

Impressum:

© Herausgegeben von:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.
Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Aktualisierte Version der ersten Auflage von 2006

Verfasser:

Stefanie Gräfe

Jörg Reitzig,

Sebastian Atmer

in Zusammenarbeit mit dem Bereich

Gewerkschaftliche Bildung der ver.di-Bundesverwaltung

Berlin, 2011

Inhalt

Vorwort.....	5
I. Orientierungsphase: Globalisierung zwischen Realität und Mythos.....	7
1. Vorschläge für einen Einstieg	8
2. Mögliche Zugänge zum Thema und Einschätzungen der Teilnehmenden	10
II. Analysephase: Ökonomische, politische und soziale Aspekte von Globalisierung.....	13
3. Globalisierung der Ökonomie.....	14
a) Globalisierung und Kapitalismusgeschichte	14
b) Akteure der Globalisierung: Multinationale Konzerne, Global Players & Co.	14
c) Internationale Finanzmärkte und „Casino-Kapitalismus“	16
d) Globaler Süden: die andere Seite der Globalisierung.....	17
4. Globalisierung, Staat und Neoliberalismus	19
a) Neoliberalismus: Der weltweite Siegeszug eines Gesellschaftskonzeptes.....	19
b) Globalisierung und Umbau des Staates: „Mehr Markt“ statt soziale Gerechtigkeit	21
c) Konsequenzen: Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse	23
5. Globalisierung und Migration	25
a) Arbeitsmigration unter den Bedingungen von Globalisierung.....	25
b) Globalisierung vor der Haustür: Migration konkret.....	26
III. Handlungsphase: Globalisierung als (gewerkschafts-)politische Herausforderung.....	28
6. Neoliberale Globalisierung ist kein Sachzwang	29
7. Alternative wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Strategien.....	30
a) Wirtschaftspolitische Herausforderungen	30
b) (Gewerkschafts-)politische Handlungsvorschläge	31
d) Eigene Handlungsmöglichkeiten.....	31

Material.....	32
M 1 - Trends und Grenzen der Globalisierung.....	33
M 2 - Antriebskräfte der Globalisierung	34
M 3 - Global Player und globale Netze.....	35
M 4 - Das Beispiel Computerspiele-Produktion.....	36
M 5 - Die 50 größten Ökonomien der Welt.....	38
M 6 - Spekulation an den internationalen Finanzmärkten	39
M 7 - Hedge-Fonds und Währungsspekulation	40
M 8 - Ursachen der Finanzkrise im Überblick.....	42
M 9 - Was ist der globale Süden?.....	43
M 10 - Triadisierung: Die andere Seite der Globalisierung.....	44
M 11 - Frauen als Verliererinnen der Globalisierung?	46
M 12 - Das globale Wohlstandsgefälle.....	48
M 13 - Globalisierung und Neoliberalismus	49
M 14 - Stichwort Neoliberalismus	51
M 15 - Der amerikanische Albtraum.....	52
M 16 - Allheilmittel Privatisierung?	53
M 17 - GATS – Liberalisierung von Dienstleistungen	54
M 18 - Deregulierung und Privatisierung.....	56
M 19 - Prekäre Beschäftigung, prekäres Leben.....	58
M 20 - Ausgrenzung durch Arbeit	60
M 21 - Stichwort Migration	61
M 22 - Globale Migrationsströme	62
M 23 - Einen Monat ohne Lohn.....	63
M 24 - Migration: Integration und Arbeitsmarkt.....	65
M 25 - MigrantInnen in Deutschland	67
M 26 - Scheinargumente	69
M 27 - Mythos Standortschwäche	71
M 28 - Alternativen zur Sicherung des Sozialstaats.....	72
M 29 - Gewerkschaften und internationale Finanzmärkte	74
M 30 - Die Tobinsteuer	76
M 31 - Gewerkschaft für Wanderarbeiter.....	78
M 32 - Kampagnen im internationalen Rahmen.....	80
Weiterführende Literatur	82
Internet-Links und Downloadmöglichkeiten:	83

Vorwort

Dass wir in einer globalisierten Welt leben, wird kaum noch ernsthaft in Frage gestellt. Das heißt jedoch nicht, dass klar wäre, was mit Globalisierung überhaupt gemeint ist. Globalisierung ist vielmehr ein ebenso häufig zu hörender wie zugleich schwammiger Begriff. Mal werden damit neue Möglichkeiten von Kommunikation, Transport und Technik, mal bestimmte Phänomene wie globaler Massentourismus oder „kulturelle Vielfalt“, mal internationale ökonomische und politische Verflechtungen bezeichnet. Bei aller Beliebigkeit ist zweierlei unstrittig: Zum einen, dass das Schlagwort Globalisierung eine tatsächliche grundlegende Transformation in den lokalen, regionalen und internationalen sozialen, ökonomischen und politischen Beziehungen beschreibt, die im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eingesetzt hat. Zum anderen, dass Globalisierung nicht nur eine Realität ist, sondern zugleich ein politischer – und damit eben auch ein Kampfbegriff. Weil das insbesondere dort spürbar ist, wo von Globalisierung im Zusammenhang mit ökonomischen Verteilungsverhältnissen, Arbeitsbedingungen und sozialer Teilhabe die Rede ist, steht die ökonomisch-politische Dimension des Phänomens Globalisierung im Mittelpunkt dieses Bausteins, der vorschlägt, sich dem Thema Globalisierung entlang folgender Fragen zu nähern:

Was ist mit dem Schlagwort Globalisierung gemeint, von welcher Veränderung ist die Rede? Welche wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen haben sich verändert – und auf welche Weise? Wie kommt der „Mythos Globalisierung“ strategisch für welche politischen und ökonomischen Ziele (Deregulierung, Privatisierung, Sozialabbau) zum Einsatz? Wie lässt sich dem gegenüber Globalisierung nicht als „Schicksal“, sondern als gestalteter und von allen gesellschaftlichen Akteuren *gestaltbarer Prozess* verstehen? Welche Gefahren, aber auch welche Chancen bietet das Phänomen Globalisierung, gerade auch in gewerkschaftspolitischer Hinsicht? Was müssen Gewerkschaften tun, um sich der Herausforderung Globalisierung zu stellen?

Der Baustein ist dabei so angelegt, dass er sowohl als Ganzes einen Überblick zum Thema Globalisierung schafft, aber auch in seinen einzelnen Teilen zur Beschäftigung mit einzelnen Aspekten des Themas verwendet werden kann. Das vorliegende Konzept eignet sich sowohl als Grundlage für die Planung eines thematisch entsprechend ausgerichteten Wochenseminars, als auch für kurzzeitigere Veranstaltungen der gewerkschaftspolitischen Bildung, z.B. Wochenendseminare. Einzelne Arbeitseinheiten können außerdem für die Gestaltung themenbezogener Sequenzen im Rahmen von Betriebsversammlungen, Diskussionsveranstaltungen, Diskussionsreihen/Jour Fixes oder Eintagesseminaren verwandt werden.

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Die Grundstruktur des Bausteins ist an dem didaktischen Dreischritt-Modell Orientierung-Analyse-Handlung ausgerichtet: Die Einführungsphase hat das Ziel, sich gemeinsam im Seminar dem Thema Globalisierung anzunähern und dabei zugleich den Austausch über die unterschiedlichen Fragen, Zugänge zum Thema und Kenntnisstände der Teilnehmenden zu ermöglichen. Die anschließende Analysephase ist in drei thematische Schwerpunkte unterteilt (Globalisierung der Ökonomie/Globalisierung, Staat und Neoliberalismus/Globalisierung und Migration), die es erlauben, zentrale Aspekte des komplexen Themas Globalisierung zu vertiefen. Dabei werden Argumente gegen Behauptungen, wonach Globalisierung und die daraus folgende Orientierung auf Konkurrenzfähigkeit und Standortsicherung eine Art unhinterfragbarer „Sachzwang“ sei, zur Diskussion gestellt. Im letzten Teil, der Handlungsphase, geht es schließlich darum, die in Teil II analysierten Zusammenhänge in Bezug auf ihre Bedeutung für politisches Handeln greifbar zu machen. Im Zentrum stehen hier konkrete Forderungen und Alternativen und Möglichkeiten entsprechenden gewerkschaftspolitischen Handelns.

In diesem Sinne bauen die Abschnitte des Bausteins aufeinander auf. Dennoch können einzelne Arbeitsschritte – insbesondere aus dem Analyseteil – übersprungen werden. Methodische Variationen gegenüber den Ablaufvorschlägen sind natürlich ausdrücklich möglich, genauso wie der Einsatz ergänzender oder aktualisierter Materialien. Hierfür finden sich entsprechende Hinweise am Ende des Bausteins (Literatur/Links).

Bei den zur Bearbeitung vorgeschlagenen Materialien wurde darauf geachtet, dass diese im Wesentlichen selbsterklärend sind und keine spezifischen Fachkenntnisse auf Seiten der Teamenden voraussetzen.

Die angegebenen Bearbeitungszeiten sind grobe Richtwerte, die im Konkreten durchaus über- oder unterschritten werden können.

Alle Bearbeitungsschritte setzen Moderationsmaterialien voraus. Wenn Arbeitsgruppen vorgesehen sind, sollten diese ungestört arbeiten können. Beste räumliche Voraussetzungen dafür bieten die ver.di-Bildungsstätten.

Übergreifendes Ziel dieses Bildungsmaterials ist es letztlich, Lust und Mut auf gewerkschaftspolitische Arbeit zu machen, die die „Herausforderung Globalisierung“ annimmt.

I. Orientierungsphase: Globalisierung zwischen Realität und Mythos

1. Vorschläge für einen Einstieg

Zielbestimmung:

Zeit 🕒

15 min

Die Orientierungsphase als Ganzes dient dem thematischen Einstieg. Ausgehend von den Erfahrungen, Fragen und Interessen der Teilnehmenden geht es darum Zugänge zum Thema Globalisierung zu entwickeln. Die im ersten Schritt der Orientierungsphase vorgestellten Thesen können als mögliche Diskussionsanreize fungieren, um die eigenen Gedanken und Fragen zum Seminarthema zu formulieren.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Das Begriff Globalisierung bietet eine Fülle von möglichen Ausgangsfragestellungen oder -überlegungen. Das Team kann von daher eine (oder alle) der folgenden „Schlagsätze“ auf einem Overheadprojektor/Beamer zeigen und für eine kurze Reflektion gängiger Sichtweisen und Einschätzungen zum Thema nutzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • „<i>Globalisierung: gefährliche Unsicherheit</i>“ <p>Ströme von Menschen, Waren, Bildern, Informationen überschreiten die Grenzen der Nationen. Die Welt sei „kleiner geworden“. Die Jeans ist in Malaysia produziert, die Turnschuhe in Guatemala, der Kaffee kommt aus Brasilien und das Handy aus Vietnam. Zum globalisierten Alltag gehören aber auch die Meldungen über Terroranschläge, Epidemien, Kriege. Die Welt scheint nicht nur unübersichtlicher, sondern auch gefährlicher geworden. Akteure wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Europäische Union (EU), alte und neue Weltmächte wie die USA bieten sich als Ordnungsstifter im „Chaos“ an. Andauernde Kriegszustände (Irak) sind ebenso Teil der Normalität geworden, wie die Tatsache, dass grenzüberschreitende Katastrophen (Tsunami, Hurrikans) immer insbesondere die Armen treffen. Globalisierung – die Entwicklung von einer kulturell geordneten und nationalstaatlich regulierten zu einer chaotischen und gefährlichen Welt?</p> <ul style="list-style-type: none"> • „<i>Angesichts der Globalisierung ist der Staat/die Politik machtlos</i>“ <p>Globalisierung scheint nach ihren eigenen Gesetzen zu funktionieren. Dem internationalen Konkurrenzdruck, dem</p>	<p>Team Overhead/Beamer</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>„Standortwettbewerb“, so wird immer wieder behauptet, können sich Staaten, Länder und Gemeinden nicht entziehen. Soziale Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit oder politische Teilhabe erscheinen in dieser Sicht nur noch als Hemmschuhe der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums. „Die Politik“ bzw. die nationalen Regierungen, vor allem in den reichen Ländern, stehen der Globalisierung allerdings keineswegs ohnmächtig gegenüber, sondern gestalten sie, schaffen selbst ihre Bedingungen. Ist die globalisierte Weltwirtschaft also ein naturwüchsiger Prozess, dem wir uns anpassen müssen oder geht es darum, sie durch eine andere Politik anders zu gestalten?</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Globalisierung gefährdet Arbeitsplätze“ <p>Immer wieder ist zu hören, Globalisierung führe zwangsläufig zu einer Senkung des Lohnniveaus in der Bundesrepublik Deutschland. Durch hohe Steuern und „Lohnnebenkosten“ würden die Unternehmen gezwungen, ins Ausland zu gehen. Deren Senkung sei deshalb unumgänglich und Forderungen der Gewerkschaften nach Einkommenssteigerungen würden letztlich eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bewirken. Zuviel „Sozialstaat“ sei ein Wachstumsblocker. Infolge der Globalisierung würden nunmehr die „Gesetze“ des Marktes und des Wettbewerbs gelten, die allein über wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg entscheiden und denen man sich daher unterwerfen müsse. Doch ist es wirklich so, dass „mehr global“ zwangsläufig „weniger sozial“ bedeutet? Welche politischen und ökonomischen Interessen stehen dahinter, wenn Globalisierung als notwendigerweise freies Spiel von Markt, Kapital und Konzernen verstanden wird?</p> <p>Abschließen lässt sich die Einführung mit folgendem kritischen Satz des US-amerikanischen Sozialwissenschaftlers Noam Chomsky, den das Team den Aussagen an der WZ zufügen kann:</p> <p style="padding-left: 40px;">„Es gibt keinen Grund, gegen die Globalisierung an sich anzukämpfen: Wenn diese den Interessen der Menschen entsprechend strukturiert wäre, müsste man sie als Fortschritt begrüßen.“</p> <p>Das Team kann zum nächstem Teil überleiten mit dem Hinweis, dass „Globalisierungskritik“, wie sie in den folgenden Seminarschritten erarbeitet wird, nicht darauf abzielt, den Globalisierungsprozess prinzipiell zu verhindern, sondern darauf, ihn gerecht zu gestalten.</p>	

2. Mögliche Zugänge zum Thema und Einschätzungen der Teilnehmenden

Zielbestimmung:

Zeit ⌚


180 min

In dieser Phase geht es zunächst (a) darum, durch einen Erfahrungsaustausch in der Gruppe einen gemeinsamen Blick auf das Thema zu entwickeln und einen Eindruck von dem individuell unterschiedlichem Kenntnisstand, den Interessen und Wünschen der Teilnehmenden zu bekommen. Dafür werden zwei Varianten vorgeschlagen, wobei die eine stärker auf den thematischen Schwerpunkt des Seminars ausgerichtet ist, die andere offener und breiter im Hinblick auf die Interessen der TeilnehmerInnen gehalten ist. Natürlich ist es auch möglich, mit beiden Varianten zu arbeiten. Anschließend geht es darum (b), einen Überblick über die verschiedenen Dimensionen der Globalisierungsthematik zu geben und (c) konkrete Arbeitsaufgaben zu entwickeln und das weitere Vorgehen festzulegen

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>a) Erfahrungsaustausch und Sichtweisen</p> <p><u>Variante eins</u></p> <p>Diese Variante schließt unmittelbar an die Einführung an. Folgende Fragen können die Diskussion strukturieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In welchen Zusammenhängen, habt ihr die vom Team vorgestellten „Schlagsätze“ schon mal gehört (Medien, Freundeskreis, Arbeitsplatz)? • Welches Bild von Globalisierung vermitteln sie? • Fallen euch noch mehr Sichtweisen auf/Aussagen zu Globalisierung ein? <p>Die TN notieren ihre Antworten auf Karten, die auf einer Wandzeitung gesammelt werden.</p> <p><u>Variante zwei</u></p> <p>Die Teilnehmenden erhalten 3-5 Karten, auf denen sie stichwortartig folgenden Satz ergänzen, der vom Team auf einer vorbereiteten Wandzeitung notiert ist:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-top: 10px;"> <p>▣ „Globalisierung bedeutet...“</p> </div>	<p>Plenum oder selbständige AG</p> <p>Wandzeitung (WZ)</p> <p>Einzelarbeit/AGen</p> <p>Team/Plenum WZ</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Als Arbeitsform eignet bei beiden Varianten sowohl die Einzelarbeit als auch die Arbeit in Arbeitsgruppen.</p> <p>Das Zusammentragen der Ergebnisse erfolgt anschließend im Plenum. Die einzelnen Karten werden dabei an eine Wandzeitung geheftet. So entsteht ein erstes Bild von der Vielschichtigkeit des Globalisierungsbegriffs und den Interessen der Teilnehmenden.</p>	
<p>b) Ergänzende Informationen</p> <p>Einen Überblick über die Globalisierungsthematik liefert der Text M1. In selbständigen Arbeitsgruppen kann er mit Hilfe folgenden Arbeitsfragen diskutiert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wo sieht der Autor Chancen, wo Gefahren der Globalisierung? • Trifft seine Einschätzung eurer Meinung nach zu? • Gibt es aus eurer Sicht weitere Chancen und Gefahren von Globalisierung, die nicht genannt sind? • Welches sind für euch zentrale Fragestellungen zum Thema Globalisierung? • Haltet eure Fragen/Anmerkungen auf einer Wandzeitung fest. <p>Die AGen stellen ihre Diskussionsergebnisse mit Hilfe der Wandzeitung im Plenum vor. Das Team kann währenddessen die aufgeworfenen Fragen an das Thema auf Karten mitprotokollieren. Diese werden auf einer Wandzeitung gesammelt und vom Team mit Hilfe der Teilnehmenden strukturiert, sortiert und mit Überschriften versehen. Am Ende könnte die WZ beispielsweise so aussehen:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin-top: 20px;"> <p>Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▣ Worin liegt die Macht der Konzerne und wer kontrolliert sie? ▣ Welche Rolle spielen Institutionen wie Weltbank, UNO, WTO etc.? ▣ Was ist dran an dem Argument mit der Standortkonkurrenz? ▣ Was ändert sich für Gewerkschaften im Rahmen von Globalisierung? ▣ Etc. </div>	<p>sAGen</p> <p> M 1 – Trends und Grenzen der Globalisierung</p> <p>Plenum WZ</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>c) Festlegung der nächsten Arbeitsschritte</p> <p>Entlang der an der Wandzeitung erarbeiteten Fragen wird im Rahmen einer Plenumsdiskussion eine Reihenfolge festgelegt, die Grundlage für die weitere Bearbeitung des Themas im Seminar ist.</p> <p>Steht für die Diskussion im Plenum nicht genügend Zeit zur Verfügung bzw. können nicht alle genannten Fragen im Seminar bearbeitet werden, lässt sich anhand der Wandzeitung eine Auswahl von Aspekten treffen, die vertieft behandelt werden sollen. Dazu können die TeilnehmerInnen Klebepunkte an die Aspekte oder Fragen anbringen, die sie am meisten interessieren.</p>	<p>Plenum/Team WZ</p>

II. Analysephase: Ökonomische, politische und soziale Aspekte von Globalisierung


3. Globalisierung der Ökonomie

Zielbestimmung:

Zeit 🕒




120-180 min

Zwar ist Globalisierung keinesfalls ein ausschließlich ökonomischer Prozess. Dennoch lassen sich die Globalisierung der Produktion, der ökonomischen Akteure und der Handelswege als grundlegende Bedingungen von Globalisierung verstehen. In diesem Abschnitt geht es daher darum, den Teilnehmenden die Bedeutung und Problematik der ökonomischen Globalisierung nahezubringen. Dazu werden Aspekte thematisiert, die sowohl im vorherrschenden politischen Diskurs, wie auch in den konkreten Erfahrungen und Auseinandersetzungen von Beschäftigten – offen oder verdeckt – eine zentrale Rolle spielen.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>a) Globalisierung und Kapitalismusgeschichte</p> <p>Einführend kann in selbständigen AGen der Text M2 gelesen und unter folgenden Fragestellung bearbeitet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche geschichtlichen Voraussetzungen für den Globalisierungsprozess werden im Text genannt? • Was ist nach Meinung der Autoren die zentrale Triebfeder von Globalisierung und wie bewertet ihr sie (finden wir falsch/richtig, weil...)? • Haltet eure Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest. <p>Anschließend werden die AG-Ergebnisse im Plenum ausgetauscht und zur Diskussion gestellt. Damit können die nachfolgend vorgeschlagenen Aspekte zur Vertiefung vorbereitet werden.</p> <p>b) Akteure der Globalisierung: Multinationale Konzerne, Global Players & Co.</p> <p>Multinationale Konzerne (MKs) bzw. global operierende Unternehmensnetze sind zentrale Akteure der Globalisierung. Die Frage ist, was MKs sind und wie sie funktionieren, welche Strategien sie verfolgen und welchen Einfluss sie auf den Weltmärkten ausüben.</p> <p>In zwei parallelen Arbeitsgruppen kann diesen Fragen entlang der folgenden Materialien nachgegangen werden: M3</p>	<p>sAGen</p> <p> M 2 – Antriebskräfte der der Globalisierung</p> <p>Plenum</p> <p>Parallele AGen</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien


Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>(Arbeitsgruppe 1) gibt einen Überblick zur Funktionsweise und Bedeutung von MKs. M4 (Arbeitsgruppe 2) veranschaulicht am Beispiel der Produktion von Computer- und Videospiele die Funktionsweise von globalen Unternehmensnetzwerken. M5 kann ergänzend als Anschauungsmaterial verteilt werden.</p> <p>Aufgaben für die Arbeitsgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lest den jeweiligen Text und fasst die Kernaussagen zusammen. • Wie bewertet ihr die einzelnen Aussagen? • Haltet eure Arbeitsergebnisse und offen gebliebene Fragen auf einer Wandzeitung fest und überlegt euch, wer die Ergebnisse im Plenum präsentiert. <p>Nach der Arbeitsgruppenphase: Vorstellung der Ergebnisse und teamgeleiteter Austausch im Plenum.</p> <p>Deutlich werden kann:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin: 10px 0;"> <ul style="list-style-type: none"> ❑ MKs sind maßgebliche Akteure der Globalisierung, internationaler Handel findet zunehmend in Form von Unternehmensnetzen statt. ❑ Als Ursachen dafür lassen sich benennen: gesunkene Transportkosten, neue Kommunikationstechnologien, Ausweitung der Konkurrenz durch aufstrebende Staaten in Asien, Osteuropa, Südamerika. ❑ Zentral ist die Unterscheidung von arbeitsintensiver Produktion einerseits und hochtechnisierter Produktion andererseits; erstere wird tendenziell in so genannte „Billiglohnländer“ ausgelagert, während High-Tech-Produktionen teilweise in die Heimatländer der Konzerne zurückverlagert werden. ❑ In den so genannten „Entwicklungsländern“ tragen MKs in der Regel wenig zur „Entwicklung“ bei, sondern mehr zur Verdrängung von einheimischen Produktionsstrukturen und Betrieben. </div>	<ul style="list-style-type: none">  M 3 – Global Player und Globale Netze  M4 – Das Beispiel Computerspiele-Produktion  M5 – Die 50 größten Ökonomien der Welt <p>Plenum/Team</p>

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>c) Internationale Finanzmärkte und „Casino-Kapitalismus“</p> <p>„Casino“- oder „Raubtier“-Kapitalismus ist eines der zentralen Schlagworte in der Globalisierungsdebatte. Doch welche Phänomene sind konkret damit gemeint? Was genau ist eigentlich ein Finanzmarkt – und wie funktioniert er?</p> <p>Diesem Themenkomplex kann sich zunächst im Plenum entlang folgender Fragen angenähert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was fällt euch zum Stichwort Finanzmarkt ein? • Welche unterschiedlichen Finanzmärkte sind euch bekannt? • An welche Geschäfte denkt ihr beim Stichwort Finanzmärkte? <p>Fragen und Antworten der Teilnehmenden können von den Teamenden auf Karten aufgeschrieben und auf einer Wandzeitung festgehalten werden.</p> <p>Anschließend können zur Vertiefung in drei parallelen, A-Gen die Materialien M6 (Arbeitsgruppe 1), M7 (Arbeitsgruppe 2) und M8 (Arbeitsgruppe 3) bearbeitet werden. M6 behandelt das Thema auf einer grundsätzlicheren Ebene, während M7 sich genauer mit den Phänomenen Hedge-Fonds und Währungsspekulation befasst. M8 gibt einen tieferen Einblick in die Ursachen der aktuellen Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit 2008. Somit kann AG3 am Ende Fragen und Ergebnisse der AGen 1 & 2 aufgreifen und diese zusammenfassen. Natürlich können die drei Aspekte bei ausreichender Zeit auch nacheinander bearbeitet werden, oder das Team wählt nur einen Text (M6, M7 oder M8) für alle Arbeitsgruppen aus.</p> <p>Fragen für die Arbeitsgruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welches sind Eurer Meinung nach die Kernaussagen des vorliegenden Textes? • Welche sozialen Auswirkungen haben Finanzmärkte und -spekulation? • Wer profitiert davon? • Haltet eurer Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und berücksichtigt dabei, dass die andere AG euren Text nicht gelesen hat und auf euren Erkenntnisstand mitgenommen werden muss. 	<p>Team/Plenum</p> <p>Team/WZ</p> <p>Parallele AGen/WZ</p> <p> M6 – Spekulation an den internationalen Finanzmärkten</p> <p> M7 – Hedge-Fonds und Währungsspekulation</p> <p> M8 – Ursachen der Finanzkrise im Überblick</p> <p>Plenum</p>




Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden von den Teilnehmenden auf einer WZ protokolliert und im Plenum wechselseitig vorgestellt.</p> <p>Folgende Aspekte können herausgearbeitet und auf einer Wandzeitung festgehalten werden:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin: 10px 0;"> <ul style="list-style-type: none"> ▣ In den vergangenen 25 Jahren ist es zu einem explosionsartigen Wachstum der Finanzmärkte gekommen. Hintergrund dafür ist die Umverteilung der Einkommen zu Gunsten der Gewinne sowie eine Deregulierung der Finanzmärkte. ▣ Spekulationsinstrumente wie z.B. Hedge-Fonds verändern die Funktion von Finanzmärkten: von einer auf längere Sicht angelegten Finanzierungsfunktion zur kurzfristigen, Gewinnmaximierung. Dies geht zu Lasten der Massenkaukraft. ▣ Vor allem in den von Finanzkrisen betroffenen Ländern steigen Arbeitslosigkeit und Armut sprunghaft an, während Kapitalanleger profitieren bzw. anderswo investieren. </div>	
<p>d) Globaler Süden: die andere Seite der Globalisierung</p> <p>Einführend kann das Team anhand der Definition des Begriffs „Globaler Süden“ in Material M9 auf Folgendes hinweisen: Globalisierung ist ökonomisch betrachtet keineswegs ein Phänomen, das gleichmäßig den ganzen Globus betrifft, sondern eine Mischung aus Ungleichzeitigkeiten, Dominanz und Konzentrationsprozessen. Wirtschaftlich betrachtet spielt sich die Globalisierung vor allem zwischen den Ländern der so genannten Triade ab (Nordamerika, Westeuropa, Japan/Südostasien) – mit einschneidenden Folgen für den „globalen Süden“.</p> <p>Anschließend diskutieren die Teilnehmenden zunächst anhand von M10 in selbständigen AGen folgende Fragestellungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lest gemeinsam den vorliegenden Text und arbeitet die zentralen Aussagen heraus. • Wo findet eurer Meinung nach eine „Triadisierung in den Köpfen der Menschen“ statt – auch im „eigenen 	<p>Team/ Overhead/Beamer</p> <p> M9 – Was ist der globale Süden?</p> <p>sAGen/WZ</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Kopf“?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Haltet eure Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und bereitet ihre Präsentation im Plenum vor. <p>In einer weiteren Arbeitsgruppenphase kann außerdem am Fallbeispiel „Frauen als Verliererinnen der Globalisierung“ (M11) verdeutlicht werden, dass Globalisierung kein geschlechtsneutraler Prozess ist, sondern an bestehenden Geschlechterhierarchien ansetzt und diese oft verschärft. Die Arbeitsfragen lauten hier:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Auswirkungen hat Globalisierung auf Frauen im globalen Süden? • Inwiefern setzt diese Entwicklung an bestehenden Geschlechterhierarchien an? • Was spricht dafür, Frauen als „Verliererinnen“ der Globalisierung zu bezeichnen – was dagegen? • Haltet eurer Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und bereitet ihre Präsentation im Plenum vor. <p>Reicht die Zeit für zwei aufeinander folgende AGen nicht, können beide Aspekte auch in parallel laufenden AGen bearbeitet werden. Als weiteres Anschauungsmaterial eignet sich M12. Im Anschluss an die AG-Phase werden die Einschätzungen der TeilnehmerInnen im Plenum zusammengetragen und gemeinsam diskutiert. Deutlich und festgehalten werden kann Folgendes:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin-top: 10px;"> <p>Globalisierung ist ein Prozess, der gegenläufige Effekte hervorbringt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▣ die Vereinheitlichung und Verdichtung zwischen den drei wirtschaftlich starken Regionen der „Triade“ und ▣ die Abkopplung der so genannten Entwicklungsländer und damit ganzer Teile der Weltbevölkerung von wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Prozessen. ▣ Im Weltmaßstab wird dadurch die Schere zwischen armen und reichen Ländern immer größer. Der Anschluß einiger Entwicklungsländer an die Industrieländer geschieht auf Kosten einer nationalen Ungleichheit. ▣ Die sich verschärfenden sozialen Hierarchien docken meist an bestehende traditionelle Hierarchien an wie z.B. die nach Geschlecht und verstärken diese. </div>	<ul style="list-style-type: none">  M10 – Triadisierung: Die andere Seite der Globalisierung  M11 – Frauen als Verliererinnen der Globalisierung?  M12 – Das globale Wohlstandsgefälle Plenum


4. Globalisierung, Staat und Neoliberalismus

Zielbestimmung:



Bei diesem Arbeitsschritt geht es darum, die konkreten Instrumente und Strukturen der ökonomischen Globalisierung genauer zu untersuchen. Eine zentrale Frage ist dabei die nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Der Staat erscheint einerseits bisweilen als „Verlierer“ der Globalisierung, der den ökonomischen Prozessen mehr oder weniger machtlos gegenübersteht. Doch Privatisierung und Deregulierung sind praktische Instrumente staatlicher Politik. Gerechtfertigt wird ihr Einsatz immer wieder unter Verweis auf die Erfordernisse von Markt und Konkurrenz. Grundlage dieser Sichtweise ist ein bestimmtes Gesellschaftskonzept, der Neoliberalismus, dessen Umsetzung mit drastischen Konsequenzen für die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen einhergeht. Andererseits hat sich die Rolle von Nationalstaaten im Kontext von Globalisierung ohne Frage verändert. Dies stellt nicht zuletzt besonders Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Letztlich geht es daher um die Frage nach den demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Dynamik des globalisierten Marktes – und der globalisierten Marktideologie.


Zeit ⌚

120-180 min.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>a) Neoliberalismus: Der weltweite Siegeszug eines Gesellschaftskonzeptes</p> <p>Zur Einführung in diesen Arbeitsschritt kann das Team – mit M13 als Hintergrundtext – kurz auf den Zusammenhang von Globalisierung und Neoliberalismus eingehen. Auf folgende Aspekte kommt es dabei an:</p> <p>Auf der politischen Ebene wird mit dem Schlagwort von den „Sachzwängen der Globalisierung“ seit den 1980er Jahren der schrittweise Abbau des Sozialstaates gerechtfertigt und vollzogen. Diese Entwicklung folgt keiner zwingenden „Logik des Marktes“, sondern ist die Umsetzung einer ganz bestimmten Vorstellung von Gesellschaft und Staat, die sich seit den 1970er Jahren weltweit mehr und mehr durchgesetzt hat. Deshalb ist oft nicht einfach von „Globalisierung“, sondern – präziser – von „neoliberaler Globalisierung“ die Rede. Das damit verbundene Gesellschaftskonzept scheint alternativlos geworden zu sein („there is no alternative“ – TINA – so der berühmte Glaubenssatz, den die ehemalige britischen Premierministerin Margret That-</p>	<p>Team Lehrgespräch</p> <p> M13 – Globalisierung und Neoliberalismus</p>



Bildungsmaterialien



Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>chers zu ihrem Amtsantritt Ende der 1970er Jahre geprägt hat). Ist es aber nicht ...</p> <p>Die Grundelemente des neoliberalen Gesellschaftskonzeptes und die Richtung, in die sich Gesellschaft demzufolge entwickeln soll, können anhand des Überblicktextes M14 und dem Essay-Ausschnitt M15 sowie mit Hilfe folgender Fragestellungen in selbständigen Arbeitsgruppen erarbeitet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Worin liegen aus der Sicht eines neoliberalen Konzeptes von Gesellschaft die zentralen Hindernisse für Fortschritt und Wohlstand? • Wie sähe aus dieser Sicht die ideale Gesellschaft aus? • Mit welchen Mittel soll diese Gesellschaftsform erreicht werden? • Zu welchen der genannten Entwicklungen, die am Beispiel USA im Text M15 dargestellt werden, seht ihr Parallelen der Entwicklung in Deutschland? • Haltet eure Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und bereitet die Präsentation für das Plenum vor. <p>Die Ergebnisse dieser AG-Diskussionen werden im Plenum vorgestellt. Wichtig herauszuarbeiten ist dabei:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin-top: 10px;"> <ul style="list-style-type: none"> ▣ Neoliberalismus ist keine alternativlose „Wahrheit“, sondern ein konkretes und unstrittenes politisches Programm. Es basiert auf einem Menschenbild, das das Individuum als ein auf Gewinnmaximierung orientiertes Wesen entwirft. Auch soziale Bindungen, Werte etc. folgen danach der Logik des Marktes, der sich Prinzip „von selbst“ regelt. ▣ Neoliberalismus kann problemlos mit autoritärer und repressiver staatlicher Politik einhergehen, sofern diese der Durchsetzung von „Marktgesetzen“ dient. ▣ Die mit dem Neoliberalismus verbundenen Wohlstandsversprechen sind bis heute nicht eingelöst. Statt dessen führt die Anwendung von neoliberalen Steuerungsinstrumenten in der Regel zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen arm und reich. </div>	<p>sAGen</p> <p> M14 – Stichwort Neoliberalismus</p> <p> M15 – Der amerikanische Albtraum</p> <p>Plenum Team/WZ</p>

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Das Team kann zur Ergänzung abschließend die Zusammenhänge zwischen neoliberalen Forderungen und vorherrschender Politik in Form eines Schaubildes zusammenfassen:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin: 10px 0;"> <p>Grundannahmen → Folgen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▣ „Verschlankung von Staat und Bürokratie“ → Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ▣ „Markt als Steuerungsinstrument“ → Abbau sozialer Sicherungssysteme ▣ „Lohnkosten senken“ → Ausbau Niedriglohnsektor, Reallohnverlust ▣ ... </div>	
<p>b) Globalisierung und Umbau des Staates: „Mehr Markt“ statt soziale Gerechtigkeit</p> <p>Zentrale Instrumente der neoliberalen Globalisierung sind die Privatisierung, Deregulierung und Ökonomisierung von immer weiteren Bereichen der Gesellschaft. Dies betrifft auch solche Bereiche, die traditionell als „soziale“ bzw. vom Staat geschützte Bereiche verstanden wurden: Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit etc.</p> <p>Die Umsetzung neoliberaler Politik auf diesen Feldern bewirkt ein Mehr an sozialer Ungleichheit und mindert die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme. Am Beispiel des Dienstleistungssektors kann das in dieser Arbeitseinheit veranschaulicht werden.</p> <p>In parallelen Arbeitsgruppen können zum einen die Argumente für Privatisierung kritisch betrachtet werden (M16/Arbeitsgruppe 1) sowie zum anderen die Folgen von Privatisierung untersucht werden (M17/Arbeitsgruppe 2). Als mögliche Zusatzinformation für die AGen erläutert M18 die Begriffe Privatisierung und Deregulierung.</p>	<p>Parallele AGen WZ</p> <p> M16 – Allheilmittel Privatisierung?</p>

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Arbeitsfragen AG 1:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was sind die zentralen Argumente der Befürworter von Privatisierung, welches die der Kritiker? • Was ist eure Meinung dazu (finden wir falsch/richtig, weil...)? • Wo seid ihr in eurem Alltag mit der Umsetzung von Privatisierung konfrontiert und welche Erfahrungen habt ihr damit gemacht? <p>Arbeitsfragen AG 2:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche gesellschaftlichen Bereiche sind von der Liberalisierung von Dienstleistungen betroffen? • Wer profitiert davon, für wen verschlechtert sich die Situation? • Wo seid ihr in eurem Alltag mit der Umsetzung von Liberalisierung konfrontiert und welche Erfahrungen habt ihr damit gemacht? <p>Haltet eure Ergebnisse in Stichworten auf einer WZ fest und stellt sie anschließend im Plenum vor.</p> <p>Herausgearbeitet werden können dabei folgende Aspekte:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin-top: 10px;"> <ul style="list-style-type: none"> ❑ Privatisierung und Deregulierung sind globale Phänomene. ❑ Privatisierung und Deregulierung bedeuten, dass in vielen grundlegenden gesellschaftlichen Bereichen die Orientierung auf „Gemeinwohl“ ersetzt wird durch Gewinnorientierung. Dies führt in Bezug auf ehemals staatlich finanzierte Bereiche (Bildung, Gesundheit, Ressourcen) in der Regel zu einem Sinken des Versorgungsniveaus insgesamt, oder aber für Teile der Bevölkerung. ❑ Privatisierung und Deregulierung sind politische Instrumente, die <i>nicht</i> pauschal zu „weniger Staat“ führen, sondern die dem Staat eine bestimmte Aufgabe zuweisen: die Sicherung des „freien Spiels“ des Marktes. Der Staat ist deshalb nicht „schwach“, sondern - idealerweise - ein „starker“ Wettbewerbsstaat. </div>	<ul style="list-style-type: none">  M17 – GATS – Liberalisierung von Dienstleistungen  M18 – Deregulierung und Privatisierung

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>c) Konsequenzen: Prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse</p> <p>Eine konkrete Folge der neoliberalen Politik und des damit einhergehenden Abbaus des Sozialstaates ist auch in den Industrieländern die zunehmende Verunsicherung in den Arbeits- und Lebensbedingungen.</p> <p>Prekarisierung ist dabei ein sehr vielfältiges und widersprüchliches Phänomen; es reicht von einem diffusen Unsicherheitsempfinden in Bezug auf Alter, Krankheit und drohende Arbeitslosigkeit über den Ausbau des so genannten „working-poor“-Sektors, des informellen Sektors bis zur Erfahrung von – durch staatliche Leistungen nicht mehr zureichend abgesicherter – Langzeitarbeitslosigkeit ohne Perspektive auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.</p> <p>Prekäre Arbeitsverhältnisse sind dabei sehr unterschiedlich; sie umfassen sowohl die sog. Papierlosen, etwa die als Dienstmädchen arbeitende illegalisierte Migrantin, als auch den zeitweise immer wieder gut verdienenden „Freelancer“, in Werbung, Journalismus oder Webdesign.</p> <p>Zu den im Text M19 aufgeführten Thesen und Erfahrungen lassen sich in selbständigen AGen diskutieren:</p> <p>Fragestellungen für die AG:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Worin unterscheiden sich die dargestellten Erfahrungen, was ist ihnen gemeinsam? • Wo habt ihr in eurem eigenen Leben/Arbeiten bereits Erfahrung mit Prekarisierung gemacht? • Welche Folgen hat die wachsende Prekarisierung eurer Meinung nach (maximal drei Stichpunkte)? • Haltet eure Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und überlegt euch, wie ihr sie vorstellen wollt. <p>Im Anschluss an die Präsentation der AG-Ergebnisse kann das Team ergänzend die Unterscheidung und Bedeutung von Zonen der Integration, Prekarität und Entkopplung erläutern (M20).</p> <p>Darüber hinaus sollte in der Diskussion der Zusammenhang von Globalisierung (Privatisierung, Liberalisierung) und Prekarisierung deutlich werden.</p>	<p>sAGen WZ</p> <p> M19 – Prekäre Beschäftigung, prekäres Leben</p> <p>Plenum Team Beamer/Overhead</p> <p> M20 – Ausgrenzung durch Arbeit</p>

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Wichtige Aspekte sind:</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px;"><ul style="list-style-type: none">❑ Prekarisierung ist eine direkte Folge des Umbaus vom Sozialstaat zum unternehmerischen „Wettbewerbsstaat“ und der damit einhergehenden Demontage von ArbeitnehmerInnenrechten und sozialen Sicherungen.❑ Prekarisierung ist kein gleichförmiger, sondern ein widersprüchlicher Prozess, der „traditionelle“ Machtverhältnisse nach Geschlecht, Nationalität oder sozialer Klasse nicht „glättet“, sondern verschärft.❑ Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, Menschen, die nicht mehr zu den „Kernbelegschaften“ gehören, sondern - auf die eine oder andere Weise - in prekäre Arbeitsverhältnisse „freigesetzt“ wurden, anzusprechen und zu organisieren.</div>	

5. Globalisierung und Migration




Zielbestimmung:

Globalisierung ist ein widersprüchlicher Prozess aus Grenzauflösungen und neuen Grenzziehungen. Einerseits ist die Welt „kleiner“ geworden, andererseits werden Kontrollen und Abschottungen weltweit verschärft. Den globalisierten Strömen von Waren, Informationen und Profiten folgen aber Menschen, die ihre Arbeitskraft an einem anderen Ort als dem, an dem sie geboren wurden, verkaufen müssen oder wollen. Ziel dieses Abschnittes ist es, den Zusammenhang von Globalisierung und Migration herauszuarbeiten. Dabei kann verdeutlicht werden, dass Migration keine mehr oder weniger erwünschte „Randerscheinung“ der Globalisierung, sondern vielmehr unaufhebbar mit ihr verbunden ist.

Zeit 🕒

60-120 min.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>a) Arbeitsmigration unter den Bedingungen von Globalisierung</p> <p>Wie bewerten wir es, wenn Konzerne im Kontext von Globalisierung <i>einerseits</i> weltweit und je nach Bedarf auf möglichst kostengünstige Arbeitskräfte zurückgreifen können und dabei von staatlicher Politik möglichst wenig gehindert werden sollen – und <i>andererseits</i> gerade in den Ländern, deren Unternehmen am meisten davon profitieren, die Grenzen „dicht“ gemacht werden bzw. Zuwanderung gemäß dem ökonomischen Bedarf „flexibel reguliert“ wird?</p> <p>Einen Überblick über die Problematiken von Migration liefern M21 und M22. Unter folgenden Fragestellungen, können die Materialien in selbständigen Arbeitsaufgaben behandelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lest den folgenden Text (M21) und legt die Grafik (M22) daneben. Diskutiert den Text entlang folgender Fragestellung: • Welches sind die Gründe für die „globaler“ gewordene Arbeitsmigration? • Wie antworten die wichtigsten Zuwanderungsländer auf die Migration? • Wie sieht der Zusammenhang von Globalisierung und Migration aus eurer Sicht aus? • Sammelt Stichwörter auf einer Wandzeitung und bereitet die Präsentation und den Austausch im Plenum vor. 	<p>sAGen/WZ</p> <ul style="list-style-type: none"> 📄 M21 – Stichwort Migration 📄 M22 – Globale Migrationsströme

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Abschließend werden die Ergebnisse gegenseitig vor- und zur Diskussion gestellt.</p>	<p>Plenum</p>
<p>b) Globalisierung vor der Haustür: Migration konkret</p> <p>Migration ist – nicht nur in Deutschland – „normal“. Sie ist ein nicht mehr wegzudenkendes Element des sozialen und ökonomischen Lebens. Dennoch sind MigrantInnen überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit und Prekarität betroffen. Zudem sind sie rechtlich in der Regel deutlich schlechter gestellt. Dies gilt insbesondere für den großen Bereich der „illegalisierten“ Arbeitsverhältnisse, in denen MigrantInnen ohne oder mit nur eingeschränktem Aufenthaltsrecht arbeiten.</p> <p>Zur Einstimmung in dieses Themenfeld können die Teamenden aus der Reportage M23 vorlesen: Sie vermittelt einen Eindruck davon, was es heißt, sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt „ohne Papiere“ zu bewegen. M24 liefert außerdem Zahlen und Fakten zum Thema MigrantInnen und deutscher Arbeitsmarkt.</p> <p>In Arbeitsgruppen kann anschließend zur Lage von MigrantInnen in Deutschland der Text M25 bearbeitet werden. Zur selbständigen Bearbeitung ist folgende Aufgabenstellung geeignet.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche der im Text beschriebenen Situationen von MigrantInnen sind für euch besonders markant? • Wie können/sollten Gewerkschaften eurer Meinung nach darauf antworten? • Haltet eure Ergebnisse auf einer Wandzeitung fest und überlegt euch, wie ihr deren Präsentation im Plenum gestalten wollt. <p>Die Ergebnisse aus den AGen werden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Hier ist insbesondere wichtig, darauf zu achten, dass auf „Arbeitskräftekonkurrenz“ zielende Argumentationsmuster („Migration macht Deutsche arbeitslos“) vor dem Hintergrund eines „globalisiert umherschweifenden“ Kapitals hinterfragt werden: Es sind nicht die MigrantInnen, die Arbeitslosigkeit verursachen, sondern die – oft entrechtete, unterbezahlte und informelle – Arbeitskraft von MigrantInnen ist eine wichtige Ressource des globalisierten Kapitalismus.</p>	<p>Plenum Lehrgespräch/Input</p> <p> M23 – Einen Monat ohne Lohn</p> <p> M24 – Integration und Arbeitsmarkt</p> <p>sAGen</p> <p> M25 – MigrantInnen in Deutschland</p> <p>Plenum</p>

Bildungsmaterialien

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Deutlich werden kann in diesem Teil darüber hinaus:</p> <ul style="list-style-type: none">❑ Migration ist ein selbstverständlicher und unumkehrbarer Bestandteil von Globalisierung.❑ Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in reichen Ländern wie Deutschland zeichnen sich trotzdem oft dadurch aus, dass sie vergleichsweise „entrechtet“ sind - dies gilt im Hinblick auf politische Rechte (Aufenthaltsstatus, Staatsbürgerschaft, Wahlrecht) wie auch im Hinblick auf soziale Rechte (Existenzsicherung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Entlohnung etc.).❑ Gleichzeitig sind ArbeitsmigrantInnen - auch im so genannten „illegalisierten“ Sektor - ein grundlegender Bestandteil der Wirtschaft, d.h. der Wertschöpfungskette.❑ Neoliberale Globalisierung zeichnet sich dadurch aus, dass möglichst flexibel über die - globale - „Ware Arbeitskraft“ verfügt werden soll: Je nach Bedarf werden MigrantInnen angeworben, geduldet oder ausgegrenzt. Die Lebenssituationen/Motive der migrierenden Menschen spielen dabei kaum eine Rolle.	

III. Handlungsphase: Globalisierung als (gewerkschafts-)politische Herausforderung



6. Neoliberale Globalisierung ist kein Sachzwang

Zielbestimmung:

Hier geht es um Schlussfolgerungen für die Auseinandersetzung mit häufig vorgetragene Argumenten über Qualität und Folgen der Globalisierung. Den Teilnehmenden soll damit erleichtert werden, in privaten und beruflichen Diskussionen über Globalisierung, Sozialabbau, Sparzwänge etc. Stellung beziehen und übliche Argumentationsmuster, wie sie auch in den Medien verbreitet werden, hinterfragen zu können.

Zeit ⌚

90 min.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>Einführend kann vom Team noch einmal zusammenfassend auf die bisherigen Diskussionen, auch entlang der bisher erstellten Wandzeitungen eingegangen werden.</p> <p>Hinweis: Selbstverständlich lassen sich die einzelnen Blöcke aus diesem Teil auch jeweils direkt im Anschluss an die thematischen Schwerpunkte im Analyseteil des Bildungsbausteins bearbeiten.</p> <p>Die in M26 aufgeführten 9 „Scheinargumente“ können in zwei Arbeitsgruppen bearbeitet werden, die sich jeweils vier bzw. fünf unterschiedliche Punkte vornehmen, diskutieren und für eine anschließende gemeinsame Präsentation und Bewertung im Plenum aufbereiten. (Bei entsprechender Gruppengröße lassen sich die „Scheinargumente“ auch auf drei Gruppen verteilen.) M27 kann dabei als zusätzliche Information an die Teilnehmenden verteilt werden. Für die Diskussion in den AGen können sich die Gruppen an folgenden Fragestellungen orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gegen welche Behauptungen wenden sich die Autoren? • Welche Gegenargumente werden von ihnen angeführt? • Wie bewertet ihr diese Argumente? • Fallen euch weitere ein? <p>Im Plenum stellen sich die Arbeitsgruppen gegenseitig ihre Ergebnisse vor. Anschließend können offen gebliebene Fragen diskutiert werden.</p>	<p>Team/WZ</p> <p>Parallele AGen</p> <ul style="list-style-type: none">  M26 – Scheinargumente  M27 – Mythos Standort-Schwäche <p>Plenum/Team</p>



7. Alternative wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Strategien




Zielbestimmung:

Zeit ⌚

90-120 Min.

Globalisierung stellt Gewerkschaften vor neue Herausforderungen. Nicht nur global agierende Konzerne und der umfassende Abbau sozialstaatlicher Garantien, auch die Tatsache, dass die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsformen sich verändern, machen es notwendig, Konzepte und Strategien zu überdenken. Kreative Vorschläge für eine alternative (Wirtschafts-)Politik sowie neue Konzepte und Methoden gewerkschaftlicher Organisation lassen sich als ebenso notwendige wie hoffentlich auch wirksame Antwort auf die vermeintlichen „Zwänge“ der Globalisierung verstehen.

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>a) Wirtschaftspolitische Herausforderungen</p> <p>Im letzten Arbeitsschritt können die bislang geführten Diskussionen auf konkrete Möglichkeiten und Ansätze (gewerkschafts-) politischer Arbeit zugespitzt werden.</p> <p>Einführend bietet sich an, zunächst M28 und M29 zu bearbeiten. Dabei sind zwei Varianten denkbar.</p> <p><u>Entweder</u> werden in parallelen Arbeitsgruppen beide Textauszüge gelesen und unter folgender Fragestellung bearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche zentralen Probleme werden im Text benannt? • Was wären mögliche politische Alternativen? • Welche Anforderungen an Gewerkschaften ergeben sich eurer Meinung nach daraus? • Haltet eurer Ergebnisse für die Diskussion auf einer Wandzeitung fest. <p><u>Oder</u> das Team entscheidet sich – je nach Diskussionsstand – für einen der beiden Texte, der dann von allen TeilnehmerInnen in AGen gelesen und diskutiert wird.</p> <p>Die Ergebnisse der AGen werden in beiden Fällen anschließend im Plenum vorgestellt und diskutiert.</p>	<p>  M28 – Alternativen zur Sicherung des Sozialstaates  M29 – Gewerkschaften und Internationale Finanzmärkte </p> <p>sAGen</p> <p>Plenum</p>

Inhalt/Ablauf:	Methode/Material:
<p>b) (Gewerkschafts-)politische Handlungsvorschläge</p> <p>Die hier vorgeschlagenen Materialien liefern Beispiele für Möglichkeiten politischer Forderungen und/oder gewerkschaftspolitisches Handeln in drei Schwerpunktbereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das globalisierte Finanzkapital (M30), - die gewerkschaftliche Organisation von ArbeitsmigrantInnen (M31) und - die internationale Kooperation von Gewerkschaften (M32). <p>Hier gibt es wiederum die Möglichkeit, je nach Zeitbudget, alle drei Beispiele in parallelen oder aufeinander folgenden Arbeitsgruppen zu bearbeiten, oder aber eine oder zwei auszuwählen. Sinnvoll ist es in jedem Fall, sowohl die Ergebnisse – z.B. unter der Überschrift „Aufgaben, denen sich Gewerkschaften stellen/stellen sollten“ – als auch die offen gebliebenen Fragen bzw. Einwände abschließend auf einer Wandzeitung zu dokumentieren, die damit zugleich zentrale Diskussionsergebnisse des gesamten Seminars widerspiegelt.</p> <p>d) Eigene Handlungsmöglichkeiten</p> <p>Die abschließende Plenums-Diskussion kann anhand der auf der Wandzeitung gesammelten Ergebnisse entlang folgender Fragen erfolgen (Diese Fragestellungen können sowohl gemeinsam im Plenum, als auch in einer kurzen AG-Phase behandelt und die Antworten dann anschließend diskutiert werden).</p> <p>Arbeitsfragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Welche Möglichkeiten seht ihr, in der eigenen betrieblichen/gewerkschaftlichen Arbeit zur Durchsetzung von Alternativen zur neoliberalen Globalisierung beizutragen? • Wo seht ihr Widerstände und Bedingungen, die eurem Handeln Grenzen setzen? <p>Die Ergebnisse der Diskussion werden auf einer Wandzeitung protokolliert und in einer gemeinsamen Abschlussrunde präsentiert.</p>	<p>sAGen</p> <ul style="list-style-type: none">  M30 – Die Tobinsteuer  M31 – Gewerkschaft für Wanderarbeiter  M32 – Kampagnen im internationalen Rahmen <p>Plenum/sAGen</p> <p>WZ</p> <p>Plenum</p>

Material

M 1 - Trends und Grenzen der Globalisierung

Globalisierung ist kein Schlagwort, wie es noch vor wenigen Jahren so schien. Es wurde sehr häufig gerade auch von gewerkschaftlichen Kreisen (...) eher gemeint, dass Globalisierung eine Drohbärde sei, von den Arbeitgebern, den Unternehmen; erfunden, um Zugeständnisse zu erpressen. Globalisierung, so wurde dann häufig gesagt, gäbe es eigentlich gar nicht, es sei denn als Ideologie zur Festigung unternehmerischer Herrschaft. (...) [Vieles] deutet darauf hin, dass wir es jetzt tatsächlich mit so etwas wie einem globalen Markt, mit einer globalisierten Welt zu tun haben und diese Globalisierung nicht mehr nur ein Schlagwort ist, dem die Realität eigentlich nicht entspricht. (...)

Globalisierung drückt sich (...) auch darin aus, dass Jobs verloren gehen – weltweit. Das ist auch ganz ‚natürlich‘ mit der Globalisierung verbunden. Durch Außenhandel kann man die Arbeitsteilung vertiefen und die Produktion spezialisieren. In der Folge steigt die Produktivität. (...) Aber wir wissen auch, dass immer dann, wenn die Produktivität steigt, Jobs verloren gehen. Dies passiert nicht an jedem ‚Standort‘ in gleicher Weise, sondern ungleichmäßig und gleichzeitig. Und so kommt es, dass wir weltweit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Es ist unmöglich – nicht nur schwierig, sondern unmöglich! – die Arbeitslosigkeit abzubauen, wenn man gleichzeitig die Standortkonkurrenz antreibt.

Doch die Menschen sind findig. Viele unter den eigentlichen Arbeitslosen landen im so genannten informellen Sektor, prekär beschäftigt in autonomer Selbständigkeit von Kleinstunternehmern, von Straßenhändlern angefangen bis zu kleinen Klitschen, die auch als Zulieferer für große multinationale Konzerne fungieren. Der informelle Sektor expandiert, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

(...) Wir haben in den entwickelten Industrieländern inzwischen auch einen informellen Sektor. Den Sektor prekärer Arbeit und der Scheinselbständigkeit, wo ähnliche ungeschützte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse (wenn auch häufig unter besseren materiellen Bedingungen als in den Ländern der Dritten Welt) existieren. (...)

[Auch] der Arbeitsprozess wird flexibilisiert. (...) [Die Flexibilisierung] entspricht der Realität des Shareholder-Kapitalismus, eines globalisierten Finanzkapitalismus, der die Flexibilisierung, die auf den Finanzmärkten und in den Märkten für Waren und Dienstleistungen gelaufen ist, nun versucht, auch den Arbeitsmärkten und den Arbeitsprozessen in den Produktionsstätten abzuverlangen. (...) Und das heißt dann auch wieder, dass Menschen exkludiert, aus den formellen Arbeitsbeziehungen ausgeschlossen worden sind, aus gewohnten Lebensverhältnissen, aus Systemen der sozialen Sicherung, und dass sie abgedrängt wurden in den so genannten informellen Sektor. Der informelle Sektor ist sozusagen das Rettungsventil der Globalisierung. Der informelle Sektor ist ein von Frauen dominierter Sektor, auf denen die Lasten der Anpassung an die Bedingungen der Globalisierung liegen. (...)

Alles in allem hat die Globalisierung zweifelsohne ihre positiven Seiten. Die dürfen wir überhaupt nicht unterschätzen, aber wir müssen vor allen Dingen die Gefahren sehen – denn das ist die strategische Herausforderung, vor der wir stehen und wo wir auch hierzulande Antworten entwickeln müssen, ebenso wie für die globale Weltwirtschaft insgesamt. Die Globalisierung in ihrer Dynamik darf man nicht mehr sich selbst überlassen.“

Elmar Altvater: Trends und Grenzen der Globalisierung. Aus: Globalisierung & Gewerkschaften, isw-Report Nr. 52/2002, S. 1-7.

M 2 - Antriebskräfte der Globalisierung

Wenngleich Handel schon seit Menschengedenken betrieben wurde, entwickelte er sich erst im großen Stil, als sich ab dem 16. Jahrhundert einerseits das Privateigentum an Produktionsmitteln durchsetzte und andererseits ein Teil der Bauernschaft von den vielfältigen Bindungen an die Scholle „freigesetzt“ wurde. (...)

Ohne Arbeitskräfte, die relativ flexibel für die Produktion von Exportwaren eingesetzt werden können, hätte sich eine über den Warentausch zusammenhängende internationale Arbeitsteilung nicht auf so breiter Basis durchsetzen können. Diese Arbeitskräfte waren entweder Sklaven (beispielsweise im Süden der USA auf den Baumwollplantagen, die lange Zeit eine ihrer wichtigsten Exportbranchen waren) oder – im zunehmenden Maße – die so genannten doppelt freien Lohnarbeiter, die zwar nicht mehr an die Grundherren gebunden waren, aber auch nicht über eigene Produktionsmittel verfügten, sodass sie also gezwungen waren, ihre Arbeitskraft frei zu verkaufen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf Privateigentum und freier Lohnarbeit basiert, tendiert zur Internationalisierung. Für Kaufentscheidungen ist (im Prinzip) nicht die Herkunft oder die Hautfarbe der jeweiligen Warenbesitzerin ausschlaggebend, sondern das Preis-Leistungs-Verhältnis ihrer Waren im Vergleich zur Konkurrenz. Die Aussicht auf Profit und der Konkurrenzdruck schaffen Anreize, Unterschiede zwischen einzelnen Wirtschaftsräumen auszunutzen, sei es durch das Angebot von Waren oder durch die Nachfrage von Waren bzw. Arbeitskräften, die im eigenen Wirtschaftsraum entweder gar nicht oder nur zu höheren Preisen angeboten werden. (...)

Warum steckt in der Konkurrenz ein Zwang zur Expansion, zur grenzüber-

schreitenden Suche nach Absatzmärkten und Produktionsstätten? Die Konkurrenz bewirkt, dass die in eine Unternehmung investierten finanziellen Mittel rasch an Wert verlieren, wenn die Unternehmung am Markt nicht mehr mithalten kann. Verliert ein Unternehmen seine Wettbewerbsfähigkeit, kann es seine Produkte nicht zu einem Preis verkaufen, der für die Rückzahlung der investierten Mittel ausreicht. Schon allein zur Vermögenssicherung muss es bestrebt sein, mit der Konkurrenz mitzuhalten. Dazu bedarf es der Einführung neuer Produktionstechniken, neuer Produkte, neuer Organisationsformen etc.

(...) Der Konkurrenzmechanismus, der die grenzüberschreitende Arbeitsteilung vorantreibt, ist jedoch zugleich auch eine Ursache von Grenzziehungen. Denn diejenigen, die im Wettbewerb nicht mithalten können, werden versucht sein, die Konkurrenz von ihrem angestammten Markt fernzuhalten. (...) So ist der Konkurrenzmechanismus also einerseits ein starker Anstoß, grenzüberschreitend zu exportieren; andererseits besteht gerade deshalb für die weniger wettbewerbsstarken Unternehmen bzw. Länder ein starker Anreiz, sich gegenüber der erfolgreicherer ausländischen Konkurrenz abzuschotten.

Diese zwei gegenläufigen Tendenzen tragen zur Erklärung bei, warum sich die Globalisierung seit ihrer „Geburt“ im 16. Jahrhundert nicht linear, kontinuierlich durchsetzte, sondern es immer wieder auch zu einer Rücknahme grenzüberschreitender Wirtschaftsverflechtungen kam. [Dennoch] hat sich die Globalisierung meist als stärkere Tendenz erwiesen.

Thomas Greven, Christoph Scherrer: Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards. Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 27-30.

M 3 - Global Player und globale Netze

Die Loyalität der multinationalen Konzerne zu ihren Ursprungsländern schwindet. Ihnen ist jedes Land gleich lieb, in dem Profite zu machen sind, schreibt Robert B. Reich, Professor an der Harvard University (USA) und zeitweiliger Arbeitsminister in der Clinton-Administration.

Manchmal hat man Mühe, den Spielern zu folgen. 1990 kaufte die japanische Telefongesellschaft NTT Digitalschalter, die in der Fabrik der kanadischen Firma Northern Telecom in North Carolina (USA) gefertigt worden waren. 1990 nahm der japanische Autobauer Mazda in der Mazda-Fabrik von Flat Rock (Michigan) die Produktion des Fordmodells "Probe" auf. Zum Teil wurde dieses Modell nach Japan exportiert und dort unter dem Markennamen von Ford verkauft. Ein von Mazda entworfener Kleintransporter wurde bei Ford in Louisville (Kentucky) gebaut und über das Mazda-Vertriebsnetz in den Vereinigten Staaten verkauft. Nissan indessen entwarf einen neuen Lieferwagen in seinem Konstruktionszentrum in San Diego (Kalifornien). Dieser sollte im Ford-Lastwagenwerk in Ohio unter Verwendung von Karosserieteilen montiert werden, die im Nissan-Werk in Tennessee hergestellt waren, und dann von Ford und Nissan gemeinsam in den Vereinigten Staaten und Japan vermarktet werden.

Welche Bedeutung hat da noch der Name Ford oder Nissan oder Mazda? Worin besteht der Unterschied zwischen einem "amerikanischen" Unternehmen, das einen Großteil dessen was es rund um die Welt verkauft, im Ausland herstellt und erwirbt, und einem "ausländischen" Unternehmen, das seine Verkaufsartikel größtenteils in den Vereinigten Staaten erzeugt beziehungsweise einkauft? Und worin unterscheiden sich die beiden einzelnen Unternehmen von einem Joint-venture, in dem

sie hier wie dort herstellen und einkaufen?

Die "Champions" alle modernen Industriestaaten verwandeln sich in globale Netze, ohne feste Bindung an ein bestimmtes Land.

Das amerikanische Unternehmen, das zunehmend im Ausland produziert oder kauft, und das ausländische Unternehmen, das zunehmend in den Vereinigten Staaten produziert oder kauft - beide globalen Netze werden sich immer ähnlicher - ungeachtet ihrer Nationalität.

Der Trend zum globalen Netz

Der gleiche Trend lässt sich bei den globalen Netzwerken anderer Länder beobachten: 1990 kündigte Daimler Benz, Deutschlands größter Industriekonzern, an, es werde seine geschäftlichen Verbindungen mit Mitsubishi, einem von Japans größten Unternehmen, ausweiten. Und Volvo in Schweden enthüllte Pläne, sich mit Frankreichs Renault zur viertgrößten Industriegruppe Europas zusammenzutun. Sogar das winzige Singapur stellte seine eigenen globalen Unternehmen auf die Beine. Wenig Kok Siew, Präsident von Singapore Technologies, beschrieb die weltweite Strategie des Unternehmens in Worten, die gleichermaßen auf jedes andere globale Netzwerk angewandt werden könnten: "Wir haben vor, in jedes beliebige Land der Welt zu gehen, wo sich gerade ein Vorteil ergibt - nach Thailand, wo die Arbeitskosten niedrig sind, nach Deutschland wegen des großen Marktes, nach Boston um Forschung und Entwicklung zu betreiben.

Aus: IGM-Standpunkt, zit. n. DGB-Bildungswerk e.V. (Hg.): Schwerpunktthema 1997/98, Globalisierung ... o.O. 1997

M 4 - Das Beispiel Computerspiele-Produktion

(...) Digitale Spiele entstanden in den 1970er Jahren als kommerzielle Abfallprodukte von Simulationsprogrammen des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes. Die verspielten Experimente der Hacker-Wissenschaftler wurden marktkonform gemacht und an Spielhallen und private Nutzer verkauft, zunächst von kleinen Software-Unternehmen, später von großen Medien- und Spielzeugkonzernen. Bis heute liegen die jährlichen Einkünfte weltweit bei etwa 17 Milliarden Dollar. (...)

Kein Unternehmen verfügt über die Kapazitäten, ein Monopol über die Softwareentwicklung zu erlangen. Selbst die großen Konsolenhersteller müssen für die Produktion von Spielen für ihre Maschinen Lizenzrechte an Dritte vergeben, wobei die offene Architektur der PCs eine unabhängige Entwicklung erleichtert. Viele der bekanntesten interaktiven Spiele wurden von kleinen Unternehmen realisiert. (...) Große Konzerne haben häufig Schwierigkeiten, Kompetenzen zu bündeln und launische kulturelle Trends zu fassen und gehen deshalb strategische Verbindungen mit kleineren, kreativeren Unternehmen ein. Dadurch entstehen komplexe, fließende Konstellationen, die sich hinsichtlich der Größe und Organisation des Unternehmens beträchtlich unterscheiden. (...)

Zwar ist die Spieleindustrie global, aber nicht universal. Für das Drittel der Weltbevölkerung, das von weniger als zwei Dollar täglich lebt, ist der Preis einer Konsole oder eines Computers unbezahlbar. Die Diskrepanz zwischen dem Geld, das überwiegend in den Metropolen des globalen Kapitals für digitale Spiele ausgegeben

wird, und den unerfüllten menschlichen Bedürfnissen auf anderen Teilen des Planeten, ist allerdings nicht größer als bei anderen Luxusgütern auch. Jährliche Einkünfte der Spieleindustrie in den USA liegen nur geringfügig unter der Summe, die aufgewendet werden müsste, um die Weltbevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen.

Arbeit und Spiel

Video- und Computerspiele werden in komplexen, transnationalen Netzwerken bezahlter und unbezahlter Arbeit hergestellt. Es lassen sich drei Gruppen unterscheiden, in die das Kapital diese Kollektivität teilt: Wissensarbeiter, „Prosumer“ und das neue Proletariat.

In den USA sind über 30.000 Menschen direkt in der digitalen Spieleindustrie beschäftigt, in Arbeitsverhältnissen mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Anforderungen, Sicherheiten und Vergünstigungen. Der dynamische Kern der Arbeitskraft sind die Spieleentwickler. (...) Es ist eine junge Industrie, die ihre Mitarbeiter aus eben der Jugendkultur rekrutiert, die sie selbst geschaffen hat, in erster Linie aus einem Pool technikbegeisterter junger Männer, die durch permanentes Spielen mit Gamedesign vertraut sind. (...) Dazu gehört die Organisation von sanftem Druck und mystifizierter Ausbeutung mit vielen Überstunden, physischem und psychischem Burn-Out, permanenter Unsicherheit, jenseits von gewerkschaftlicher Organisation und gesetzlichem Arbeitsschutz. (...)

In den Spielesystemen finden sich zwei Typen von Arbeit: die Produktion von Software und die Produktion von Hardware.

In beiden Fällen spielt digitale Arbeit eine Rolle. Einerseits die Arbeit des männlichen Programmierers in den westlichen Industrienationen, andererseits die „flinken Hände“ der überwiegend weiblichen, niedrig bezahlten globalen Arbeitskraft, die wegen ihrer vorgeblichen Duldsamkeit und freien Verfügbarkeit rekrutiert und einer brutalen Arbeitsdisziplin unterworfen wird, unter Bedingungen, die innerhalb weniger Jahre die Gesundheit ruinieren. (...)

Auch auf andere Weise ist das Nord-Süd-Verhältnis in die Produktion eingeschrieben. Spielekonsolen wie die PlayStation benötigen Columbit-Tantalit, ein seltenes Mineral, das zu Niedrigstlöhnen von Minenarbeitern im Kongo abgebaut wird. Die Einnahmen aus der Gewinnung dieses kostbaren Erzes sind inzwischen zu einem der wichtigsten Faktoren in den Bürgerkriegen der Region geworden. (...)

Unter den Wissensarbeitern, die nur zu einem kleinen Teil oder gar nicht gewerkschaftlich organisiert sind, äußert sich Unzufriedenheit oft dadurch, dass mobile Angestellte zu anderen Unternehmen wechseln oder eine eigene Firma gründen. (...) Organisierter Protest ist selten. (...)

Die in den neu industrialisierten Zonen errichteten Montagehallen für elektronisches Gerät aller Art haben sich zu Austragungsorten heftiger Arbeitskämpfe entwickelt. So ging es zum Beispiel in einem Fall um die Organisation von Arbeitern eines Subunternehmens von Nintendo in den mexikanischen Maquiladoras (=Weltmarktfabriken). Frauen montierten bis zu zwölf Stunden täglich Gameboy-Konsolen und Cartridges für Gehälter an der Armutsgrenze. Im Sommer brachen die Arbeiterinnen in der Hitze zusammen. Auf Gewerkschaftsarbeit reagierte die Firma mit Schlägertrupps, Entlassungen und üblen Tricks. Der Konzern gab erst nach, als mexikanische und US-amerikanische Gewerkschaften das Ereignis zum Testfall für die Arbeitsbedingungen innerhalb der (nordamerikanischen Freihandelszone) NAFTA erklärten.

Nick Dyer-Witheford: Boomendes kognitives Kapital. Klassenzusammensetzung in der Video- und Computerspieleindustrie. In: Thomas Atzert, Jost Müller (Hrsg.), Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu EMPIRE. Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S. 203-210.

M 5 - Die 50 größten Ökonomien der Welt

Nach Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. Umsatz im Jahr 2010 (in Mrd. US-Dollar)

Platz	Art	Ökonomie	Land	Branche	BIP bzw. Umsatz
1	Land	United States			14,582,400,000,000
2	Land	China			5,878,629,246,677
3	Land	Japan			5,497,812,568,086
4	Land	Germany			3,309,668,874,172
5	Land	France			2,560,002,000,000
6	Land	United Kingdom			2,246,079,096,749
7	Land	Brazil			2,087,889,553,822
8	Land	Italy			2,051,412,153,370
9	Land	India			1,729,010,242,154
10	Land	Canada			1,574,052,204,913
11	Land	Russian Federation			1,479,819,314,058
12	Land	Spain			1,407,405,298,013
13	Land	Mexico			1,039,661,515,603
14	Land	Korea, Rep.			1,014,483,158,314
15	Land	Netherlands			783,413,245,033
16	Land	Turkey			735,263,546,523
17	Land	Indonesia			706,558,240,892
18	Land	Switzerland			523,772,140,979
19	Land	Poland			468,585,140,962
20	Land	Belgium			467,471,523,179
21	Land	Sweden			458,003,597,858
22	Land	Norway			414,461,767,544
23	MK	Wal-Mart Stores	USA	Einzelhan-	408,210,000,000
24	Land	Venezuela, RB			387,851,676,867
25	Land	Austria			376,162,107,600
26	Land	Argentina			368,711,957,358
27	Land	South Africa			363,703,902,727
28	Land	Thailand			318,846,998,674
29	Land	Denmark			310,404,822,126
30	Land	Greece			304,865,067,454
31	Land	Colombia			288,188,988,824
32	MK	Royal Dutch Shell	Niederl./GB	Mineralöl	285,130,000,000
33	MK	Exxon Mobil	USA	Mineralöl	284,650,000,000
34	MK	BP	GB	Mineralöl	246,140,000,000
35	Land	Finland			238,801,324,503
36	Land	Malaysia			237,803,850,459
37	Land	Portugal			228,538,145,695
38	Land	Hong Kong SAR, China			224,457,859,239
39	Land	Singapore			222,698,916,766
40	Land	Egypt, Arab Rep.			218,912,422,332
41	Land	Israel			217,334,169,739
42	MK	Toyota Motor	Japan	Automobil	204,110,000,000
43	Land	Ireland			203,892,188,350
44	Land	Chile			203,442,593,943
45	MK	Japan Post Holdings	Japan	Dienstleis-	202,20,000,000
46	Land	Philippines			199,589,447,424
47	Land	Nigeria			193,668,738,107
48	Land	Czech Republic			192,151,584,569
49	MK	Sinopec	China	Mineralöl/	187,520,000,000
50	MK	State Grid	China	Versorger	184,500,000,000

Aus: Weltbank(2011): GDP (current US\$), in in: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD> (09.09.2011),
 Fortune (2011): Fortune Global 500, in: http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2010/full_list/ (09.09.2011)

M 6 - Spekulation an den internationalen Finanzmärkten

Was ist Finanzspekulation? Finanzspekulation ist der Kauf oder Verkauf von Wertpapieren (vor allem Aktien, Anleihen, Derivate) oder Währungen in der Erwartung, dass sich die Preise (Kurse) dieser Papiere ändern und sie dann mit Gewinn wieder verkauft bzw. zurückgekauft werden können. Spekulative Käufe und Verkäufe an den Finanzmärkten dienen also nicht der Finanzierung von Investitionen, und die Gewinnerwartungen beziehen sich nicht auf die Entwicklung der fundamentalen Werte (wie etwa der Produktivität oder der Rentabilität) eines Unternehmens, sondern auf die Kursentwicklung seiner Aktien. (...)

Destabilisierung. Träger der internationalen Spekulation sind vor allem die institutionellen Investoren, d. h. die großen Versicherungskonzerne, Pension- und Investmentfonds. Sie verwalten weltweit ca. 35 Billionen US-Dollar Finanzvermögen und schichten erhebliche Teile davon auf der Suche nach Kursgewinnen immer wieder kurzfristig um. Dadurch [bringen sie] erhebliche Unruhe in die Finanzmärkte und üben einen großen Druck auf Unternehmen und Regierungen aus, sich in ihrer Politik in erster Linie an den Interessen der Finanzinvestoren auszurichten. Eine besonders destabilisierende Rolle spielen die Hedgefonds (vgl. **M7**), die zwar „nur“ rund 500 Mrd. Vermögen verwalten, aber damit oft eine führende Rolle bei der internationalen Spekulation spielen. Ihr Anlageverhalten hat vielfach eine Signalwirkung und ist eine Welle nachfolgender Spekulationen aus (Herdenverhalten), was zu spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten führt.

Finanzkrisen. Besonders gefährlich wird die internationale Finanzspekulation, wenn in einem Boom immer mehr Spekulanten dazu übergehen, nicht nur vorhandenes Vermögen umzuschichten, sondern Spekulation mit Kredit zu betreiben und in Terminpapiere

(Derivate) (...) zu investieren und dadurch einen Boom massiv anzuheizen. So entstehen Spekulationsblasen. Wenn diese platzen, kommt es zum Reißen von Kreditketten, zur Zahlungsunfähigkeit von Banken, und die dann fällige Finanzkrise greift auch (...) auf solche Bereiche über, die zunächst nichts mit der Spekulation zu tun hatten. Wenn Finanzkrisen mit Abwertung verbunden sind, stecken sie die Nachbarländer an. Jüngere Beispiele hierfür sind die neuen Märkte in den Industrieländern und die Finanzkrisen in Asien 1997/98 und 2001/2002 in Argentinien.

Hintergründe. Die exorbitante (=drastische) Zunahme der internationalen Spekulation und der Zahl und Tiefe der Finanzkrisen hat einen doppelten Hintergrund: Einerseits hat die Menge der flüssigen Mittel in den Industrieländern, die nicht investiv in den güterwirtschaftlichen Kreislauf zurückgeschleust wird, im vergangenen Jahrzehnt drastisch zugenommen. (...)

Ungleichheit. Die Verteilung der spekulationsbedingten Krisenlasten ist höchst ungleich. Während in den betroffenen Ländern nicht nur Banken zusammenbrechen, sondern Arbeitslosigkeit und Armut sprunghaft zunehmen, ziehen die meisten Investoren ihr Kapital ab und investieren es anderswo. Soweit sie Gläubiger bleiben, haben sie nach wie vor Anspruch auf Rückzahlung ihrer Kredite und der Zinsen, und Umschuldungen sind in der Regel für sie ein gutes Geschäft, weil dadurch die Zinsen steigen. (...)

Jörg Huffschmid, in: Internationale Finanzmärkte (hg. von ver.di, Politik und Planung), Berlin 2002, S. 27-34.

M 7 - Hedge-Fonds und Währungsspekulation

Was sind Hedge-Fonds?

Mit der eigentlichen Bedeutung des englischen Begriffs „Hedge“, der Hecke oder Einzäunung bedeutet, haben heutige Hedge-Fonds nichts mehr zu tun. (...) Heutige Hedge-Fonds sind nichts anderes als riesige Kapitalsammelstellen, die eine immer positive und zudem besonders hohe Rendite unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung versprechen. Sie unterliegen im Unterschied zu traditionellen Aktien- oder Immobilienfonds keinerlei Anlagerichtlinien. Sie dürfen alle Formen und Strategien der Kapitalanlage nutzen. Erlaubt ist, was gefällt und der Erhöhung der Rendite nützlich ist.

Wie bedeutend sind Hedge-Fonds?

Die Anzahl und das von Hedge-Fonds verwaltete Vermögen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Prognosen bis 2008 gehen von einem weiteren starken Anstieg aus.

Mittlerweile werden knapp sieben Prozent oder gut eine Billion US-Dollar des weltweiten Fondsvermögens von Hedge-Fonds verwaltet. Das ist etwas mehr als alle Beschäftigten in Deutschland in einem Jahr verdienen. (...) Mit dem „Investmentmodernisierungsgesetz“ hat die rot-grüne Regierung ab Januar 2004

Hedge-Fonds auch in Deutschland zugelassen. Anteile an in- und ausländischen Hedge-Fonds dürfen seitdem auch Privatanlegern direkt zum Kauf angeboten werden. Gleichzeitig sind bestimmte bislang nicht zugelassene Instrumente nun erlaubt – wie der Einsatz von Krediten („Leverage“) und die Möglichkeit so genannter „Leerverkäufe“. Zusammen mit anderen Fonds haben Hedge-Fonds zudem einen wichtigen Steuervorteil eingeräumt bekommen: Sie können Beteiligungen kurzfristig verkaufen, ohne Veräußerungsgewinne versteuern zu können.

Schneller Reichtum durch Währungsspekulation

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Ökonomie, erklärt die Spekulation gegen die thailändische Währung: „Nehmen wir an, der Spekulant Fred geht zu einer thailändischen Bank und nimmt einen Kredit über 24 Millionen Baht auf, die er, beim ursprünglichen Wechselkurs, in eine Milliarde Dollar umtauschen kann. Eine Woche später fällt der Wechselkurs, statt 24 Baht ist ein Dollar jetzt 40 Baht wert. Er nimmt 600 Millionen Dollar, tauscht sie in Baht zurück, anschließend zahlt er mit den 24 Milliarden Baht, die er dafür erhält, den Kredit zurück. Die verbleibenden 400 Millionen Dollar sind sein Gewinn – ein stattlicher Betrag für eine Woche Arbeit und nur einen marginalen Einsatz eigener Mittel. (...) Je mehr sich die Überzeugung festigt, dass eine Abwertung unmittelbar bevorsteht, umso unwiderstehlicher wird der Lockreiz abzukassieren, und Spekulanten aus der ganzen Welt sammeln sich, um die Situation auszunutzen.“

Aus: Thomas Greven/Christoph Scherrer, Globalisierung gestalten, Weltökonomie und soziale Standards, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 83.

Leerverkäufe

(...) Gehen Hedge-Fonds-Manager davon aus, dass Aktien einer bestimmten Firma fallen, leihen sie sich Aktien dieser Firma zum Tageskurs von einem Investor aus und verkaufen diese an der Börse zum aktuellen Kurs. Sie verkaufen also Aktien, die ihnen gar nicht gehören. Damit sich das Geschäft lohnt, muss der Kurs durch den eigenen Verkauf sinken. Dies ist möglich, wenn der Umfang eines solchen Geschäftes groß genug ist. Da die Aktien nur geliehen sind, müssen sie zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegeben werden. Dazu werden Aktien in der entliehenen Menge am Aktienmarkt einfach zurück gekauft. Sind die Kurse zwischenzeitlich gefallen, benötigt der Fondsmanager für den Rückkauf weniger Kapital als er für den Verkauf erhalten hat. Abzüglich der Zinsen für das Leihen der Aktien wird so ein Gewinn in einem fallenden Markt eingefahren. Sind die Kurse allerdings wider Erwarten gestiegen, kommt es zu einem Verlustgeschäft. Je nach Volumen der Transaktion möglicherweise mit fatalen Folgen für den Fonds – bis hin zur Pleite. (...)

Geht die Rechnung auf, können in kürzester Zeit enorme Gewinne verbucht werden. Einzelne Fonds konnten auf diese Weise Renditen von weit über 100 Prozent auf das eingesetzte Kapital pro Jahr einfahren. (...) Geht die Rechnung aber nicht auf, dann ist nicht nur das vorhandene, sondern auch das geliehene Kapital weg. Das kann schnell zum Zusammenbruch ganzer Fonds führen. Dann sind nicht nur die privaten Anleger die Geschädigten, sondern auch die Banken, die Kredite gegeben haben.

Aus: Wirtschaftspolitische Informationen 8/2005. Ver.di Bundesvorstand Berlin – Bereich Wirtschaftspolitik, www.wipo.verdi.de.

M 8 - Ursachen der Finanzkrise im Überblick

Das Weltfinanzsystem ist bereits in den 1980er Jahren, besonders jedoch seit 2000, erheblich stärker gewachsen als das Weltsozialprodukt. Nach einer Studie von McKinsey (2008) ist von 1990 bis 2007 das weltweite Anlagevermögen von 43 auf 196 Billionen Dollar angewachsen, hat sich also um den Faktor 4,6 vervielfacht. Dagegen nahm das Weltsozialprodukt nur von 22 auf 55 Billionen US-Dollar zu und hat sich damit um den Faktor 2,5 vervielfacht. Der nominelle Wert einzelner Finanzmarktprodukte hat sich viel schneller als Weltsozialprodukt entwickelt. Allein der nominelle Wert der an den Börsen gehandelten Finanzderivate hat sich zwischen 1990 und 2007 um den Faktor 43,4 vervielfacht. Diese Expansion zeigt, dass auf den Finanzmärkten die dienende Funktion für die Wertschöpfung und Beschäftigung an Bedeutung verloren hat. Demgegenüber entstanden nominale Vermögenswerte durch die Entwicklung und den Handel mit Finanzprodukten. (...)

Die auf den Finanzmärkten strömende Liquidität sollte schnell hohe Renditen erzielen. Erfunden wurden dazu teil hochspekulative Finanzinvestitionen. Dazu gehört auch die Verpackung von Forderungen im Rahmen der Kreditvergabe in Wertpapieren (Verbriefung). Diese Wertpapiere wurden mehrfach entpackt und zu neuen Kreditpaketen zusammengeschnürt. Es entstanden sogenannte CDOs (Collateralized Debt Obligations). Der Zusammenhang zwischen der den Wertpapieren zugrunde liegenden materiellen Basis – etwa die Hypotheken auf eine

Immobilie – und dem Marktwert der handelbaren Wertpapiere hat sich im Zuge des Umverpackungsprozesses weitestgehend verflüchtigt. Bei dem Versuch, Informationslücken zu schließen, kamen Rating-Agenturen ins Spiel. Diese haben jedoch vor allem das systemische Risiko dieser Finanzprodukte unterschätzt und Bestnoten für die handelbaren Wertpapiere vergeben. (...)

Die im Zuge einer massiven Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne und zulasten der Arbeitseinkommen überschüssigen Gewinne werden in Anlagen mit dem Ziel, schnell hohe Renditen zu erwirtschaften, auf die Finanzmärkte konzentriert. Wären diese überschüssigen Gewinne etwa in eine expansive Lohnpolitik gelenkt worden, dann wäre dadurch die Binnenwirtschaft gestärkt worden.

Am Ende ist klar: Wegen der weltweiten Mehrfachverbriefung kommt es zu einem Dominoeffekt. Die Folge sind sattsam bekannt: Nicht nur die Banken müssen gigantische Wertberichtigungen vornehmen, verzeichnen Verluste und sind von Insolvenz bedroht. Das Ende der Krise ist noch nicht absehbar. Dies hat weitreichende Folgen: Das Bankensystem kann volkswirtschaftlich wichtige Funktionen wie die risikoorientierte Bereitstellung von Krediten an Unternehmen kaum noch leisten.

Aus: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009): Memorandum 2009. Von der Krise in den Absturz? : Stabilisierung, Umbau, Demokratisierung, Köln 2009, S. 88-91

M 9 - Was ist der globale Süden?

Der Begriff „Süden“ ist eine Metapher für all jene Länder, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht zu den Kolonialmächten zählten. Die meisten dieser Länder liegen im Süden der damaligen europäischen Mächte (wazu Russland gehörte), der Vereinigten Staaten von Amerika und von Japan. In ihrer Mehrzahl gehören sie auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht zu den industriell und militärisch starken Ländern der Erde. Die Bezeichnung „Süden“ für diese sehr unterschiedlichen Länder ist keineswegs optimal, doch mittlerweile recht verbreitet, insbesondere unter den dortigen weltmarktpolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (...). Der Prozess der Globalisierung könnte nicht als solcher bezeichnet werden, wenn er nicht den „Süden“ mit erfassen würde.

Aus: Thomas Greven/Christoph Scherrer, Globalisierung gestalten, Weltökonomie und soziale Standards, Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 50.

M 10 - Triadisierung: Die andere Seite der Globalisierung

Die heutige Globalisierung ist eine Rumpfglobalisierung. „Triadisierung“ ist daher eine zutreffendere Bezeichnung der gegenwärtigen Lage. Triadisierung heißt, dass die technologischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Integrationsprozesse zwischen den drei am meisten entwickelten Regionen der Welt (Japan und die neuindustrialisierten Länder Süd- und Südostasiens, Westeuropas und Nordamerika) durchgängiger, intensiver und bedeutender sind als die Integration zwischen diesen drei Regionen und den weniger entwickelten Ländern untereinander.

Die Triadisierung der Welt

Triadisierung findet auch in den Köpfen der Menschen statt. JapanerInnen, NordamerikanerInnen und WesteuropäerInnen gehen davon aus, dass die Welt, die zählt, ihre eigene Welt ist. Hier sind die kulturelle und wissenschaftliche Vorherrschaft, die technische Überlegenheit, die militärische Hegemonie, der wirtschaftliche Wohlstand zu finden, und damit auch die Fähigkeit zur Steuerung und Gestaltung der Weltwirtschaft und Weltgesellschaft.

Das Phänomen der Triadisierung zeigt sich zudem im geographischen Muster der strategischen Unternehmensallianzen. Von den zwischen 1980 und 1989 weltweit

von Firmen eingegangenen 4200 strategischen Kooperationsabkommen wurden 92 Prozent zwischen Unternehmen aus Japan, Westeuropa und Nordamerika abgeschlossen. Die vorhandenen Statistiken zu ausländischen Direktinvestitionen zeigen ebenfalls, dass Japan, die USA und Westeuropa in den letzten zehn Jahren in zunehmendem Maße untereinander Investitionen vorgenommen haben. (...) Bis zu Beginn der 80er Jahre spielten die Entwicklungsländer eine gewisse, wenn auch beschränkte Rolle als Ziel und Ursprung von Auslandsinvestitionen. (...)

Abkopplung

Wenn das Ziel der Sieg ist, kann es nur wenige Gewinner geben. Die Verlierer werden ausgegrenzt und allein ihrer Lage überlassen. Die Gewinner werden weiter zusammenhalten und sich zunehmend integrieren. Die Notwendigkeit, zwischen den Ausgegrenzten und den Integrierten neue Brücken zu schlagen, verliert an Bedeutung. Damit entsteht, gleichzeitig mit der Globalisierung, eine neue Spaltung der Welt. Durch den Abkoppelungsprozess verlieren einige Länder und Regionen allmählich ihre Verbindung zu den ökonomisch fortschrittlichsten Ländern und Regionen der Welt. Abkoppelung betrifft fast alle Länder Afrikas, große Teile

Bildungsmaterialien

Lateinamerikas und Asiens (mit Ausnahme Südostasiens) und auch die Länder des ehemaligen Ostblocks.

Die vorhandenen Zahlen sprechen für sich: 1980 betrug der Anteil der 102 ärmsten Länder der Welt am Warenaustausch 7,9 Prozent der Weltexporte und 9 Prozent der Weltimporte. Lediglich zehn Jahre später gingen diese Anteile auf 1,4 Prozent bzw. 4,9 Prozent zurück. Umgekehrt hat sich der Anteil der drei Regionen der Triade von 54,8 Prozent auf 64 Prozent der Weltexporte und von 59,5 Prozent auf 63,8 Prozent der Weltimporte gesteigert. (...) Mit anderen Worten: Die Weltwirtschaft war in den letzten zwanzig Jahren von einer allmählichen Abnahme des Güterausstauschs zwischen den reichsten und schnell wachsenden Wirtschaften Nord-

amerikas, Westeuropas und Asiens und dem Rest der Welt (insbesondere Afrika) gekennzeichnet. Wenn man diese Tendenz für die nächsten zwanzig Jahre hochrechnet, würde der Anteil Afrikas, des Nahen Ostens, Lateinamerikas, Russlands und Osteuropas von 39,2 Prozent (1970) über 26,4 Prozent (1990) auf 5 Prozent (2020) absinken. Das ist Abkoppelung. Das ist die neue Spaltung zwischen der zunehmend integrierten globalen Welt und den immer stärker ausgeschlossenen Teilen der Erde.

Aus: „Die Gruppe von Lissabon“: Die Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997, S. 108ff.

M 11 - Frauen als Verliererinnen der Globalisierung?

Nach ILO-Angaben¹ sind derzeit 27 Millionen Menschen in etwa 850 Exportproduktionszonen („Maquiladoras“) beschäftigt, 80 bis 90 Prozent davon sind Frauen (...). Der Standortvorteil, den die neuen Billiglohnländer ausspielen, sind junge, flexible und gewerkschaftlich nicht-organisierte Frauen für die arbeitsintensive Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugfabrikation (...). Sie sind nicht mehr temporäre Zuverdienerinnen, sondern sichern mit ihrem Einkommen – zwar mit Kontinuitätsbrüchen, aber doch auf Dauer – einen wesentlichen Teil der familialen Existenz. Besonders in den Maquiladoras Zentralamerikas sind die Frauen häufig die Haupternährerinnen ihrer Familien. Aus der subjektiven Perspektive der meisten Lohnarbeiterinnen ist eine Beschäftigung in der Exportproduktion ein Gewinn, denn die gezahlten Löhne liegen im Allgemeinen über denen der lokalen Fabrikation und des öffentlichen Dienstes (...).

Existenzsicherung übernehmen nicht nur die Arbeiterinnen an der globalen Werkbank, sondern ebenso die Frauen im Blumenanbau und der Krabbenproduktion für den Export und zunehmend die im globalen Büro. Denn nicht nur in der verarbeitenden Industrie, sondern auch in der arbeitsintensiven Dienstleistung fand im vergangenen Jahrzehnt eine Verlagerungswelle statt. Seit Mitte der achtziger Jahre waren zunächst Jamaika und andere Karibikinseln zu einer nachgeordneten Registrierkasse des US-amerikanischen Markts ausgebaut worden, wo Waren- und Versandhäuser, Banken und Versicherungen, Fluglinien und Gerichte ihre Leistungen buchhalterisch auf- und nacharbeiten lassen. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die

staatliche Administration nutzten die weiblichen Arbeitskräfte in Billiglohnländern im Zuge der rapiden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien immer häufiger für computergestützte Datenverarbeitung und telekommunikativen Service. Europäische und japanische Unternehmen, Stadtverwaltungen und Behörden lagern inzwischen Teile ihrer Büros, Administration und Softwareentwicklung in Freihandelszonen und Teleports nach Malaysia, China, Indien und den Philippinen aus (...).

Auslagerung und Informalisierung

Deregulierung und Rationalisierung in den Ländern des Nordens, Privatisierung nach dem Konkurs der real-sozialistischen Ökonomien und die Marktintegration von nicht-formalisierten, sog. schattenwirtschaftlichen Arbeits- und Beschäftigungsformen in den Ländern des Südens haben weltweit eine Zunahme informeller und flexibler Arbeitsformen und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zur Folge. (...) Die Exportproduktion in der frauentypischen Bekleidungs- und Elektronikbranche entwickelt sich zunehmend zur Unterauftrags- und Zeitarbeitsfabrikation in kleinen Familienbetrieben, in Sweatshops² und Heimarbeit (...). Diese Informalisierung unterläuft die Verrechtlichung, die auf nationaler und internationaler Ebene erkämpft wurde. Es entstehen in wachsender Zahl quasi rechtsfreie Räume in Klitschen, Kellern und Küchen, eine Hinterhof- und Straßenrandökonomie jenseits von Tarifen und Mindestlöhnen, von Sozialversicherung, Umweltschutz und Gewerkschaften. Je dezentraler und haushaltsnaher gearbeitet wird, desto niedriger die Löhne, desto unkontrollierbarer die Arbeitsbedingungen, desto weniger gewerkschaftliche Organisation, desto mehr

¹ ILO = Internationale Arbeitsorganisation bei den Vereinten Nationen

² Sweatshops = sog. „Schwitzbuden“

Bildungsmaterialien

Einsatz von Kinderarbeit (...). In Süd-Korea und Taiwan konnte bei der Dezentralisierung der Industrie auf ein große Zahl kleiner Familienbetriebe zurückgegriffen werden, in denen Frauen häufig unterbezahlt, teils aber auch unbezahlt "mit"arbeiten (...).

Durch die Asienkrise, die zu massiven Einbrüchen im formalen Sektor geführt hat, verloren Millionen Exportarbeiterinnen, aber auch Bankangestellte ihren Job. (...) Diese geschlechtsdifferente Verarbeitung des Erwerbslosenschocks zeigt sich auch häufig in den osteuropäischen Transformationsländern. Wo der Bankrott der Staatsbetriebe zu Massenentlassungen führte, suchen viele – auch hochqualifizierte Frauen – nun Ein- und Auskommen im wild wuchernden informellen Sektor. Sie sind u.a. zentrale Akteurinnen in der neu entstandenen "Pendelökonomie", jenem transnationalen, halb-legalen Handel von Konsumgütern, die im Ausland gekauft und in großen Koffern und Taschen über Grenzen hinweg bis in die entlegensten Winkel für den Straßen- oder Wohnzimmerhandel transportiert werden. Manche verdienen sich das notwendige Handelskapital durch Gelegenheitsprostitution. Dieser grenzüberschreitende Kleinhandel hat sich ebenso in Afrika im Zuge der Liberalisierung zu einem stark expandierenden Wirtschaftssegment von Frauen entwickelt.

Auch in den Industrienationen hat sich der Formalisierungstrend umgekehrt: Sweatshop-, Verlags- und Heimarbeit sind keine aussterbende, sondern (...) eine aufstrebende Gattung von Lohnarbeit (...). Mit dem sukzessiven Abbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes werden sozial abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze in Abruf-, Leih- und Teilzeitjobs hinuntergebrochen, was in der Regel mit einer monetären und sozialen Abwertung einhergeht. In den Niederlanden, in Großbritannien und teilweise auch in den USA ist dies die Ursache für das sog. "Jobwunder" (vgl. für Großbritannien Dingeldey 1999). In den

USA sind die Expansion des Niedriglohnssektors und sinkende Reallöhne in diesem Bereich ein wesentlicher Grund für den gefeierten arbeitsmarktpolitischen Erfolg, wobei die Mehrzahl der auf dem Armutsniveau entlohnten Frauen sind (...).

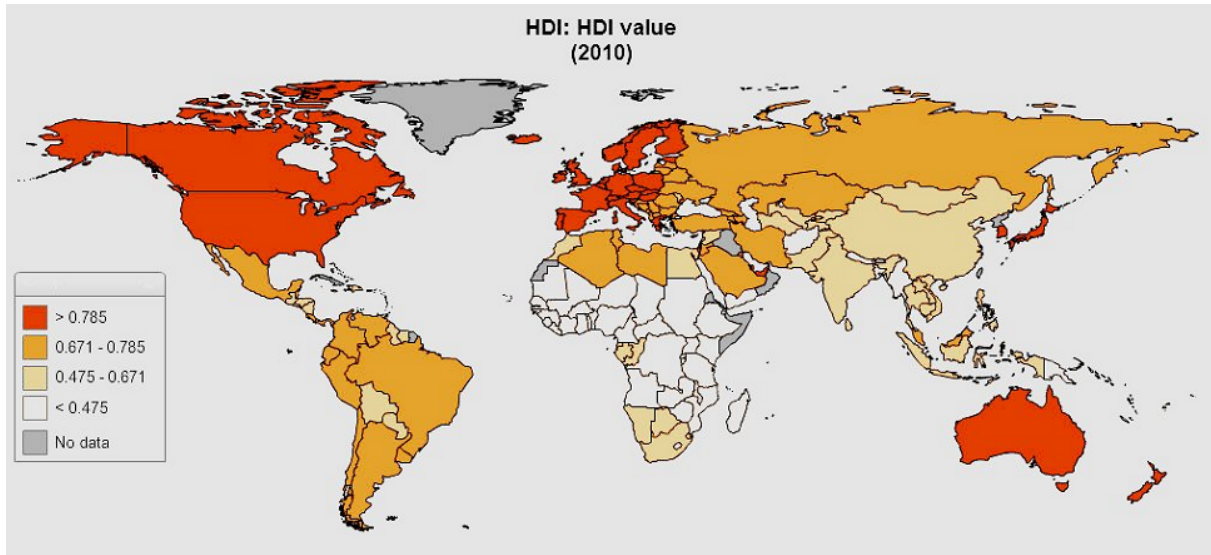
Flexibel, informell, Teilzeit

Schon jetzt sind 89 Prozent der Teilzeitarbeitenden in Deutschland Frauen, in der EU sind es 81,5 Prozent, in Japan 79 Prozent. In Holland sind 66 Prozent der beschäftigten Frauen Teilzeitarbeitende, aber nur 16 Prozent der beschäftigten Männer (...). Billiglohnjobs, von den Unternehmen als notwendige "Flexibilisierungsreserve" gefordert, werden zunehmend auch von hochqualifizierten Frauen wahrgenommen. (...)

Anders als bei den überwiegend männlichen "Gastarbeitenden" der sechziger und siebziger Jahre, steht den MigrantInnen heute keine formelle Beschäftigung mehr offen, sondern lediglich informelle Jobs in einem beschränkten Spektrum von Marktsegmenten, das durch ihren Zustrom immer neu von unten aufgefüllt wird. Dies trifft vor allem für Sweatshop- und Heimarbeit, für Reinigungs-Gastronomie- und Sexarbeit zu. Wirtschaftsniedergang und Krise wirken als Motor für Verschiebemechanismen, zuletzt die Asien- und die Rußlandkrise. Gleichzeitig prekarisieren Krise bzw. die chronische Wachstumsschwäche und der Arbeitsplatzabbau jedoch Akzeptanz und Arbeitsbedingungen in Aufnahmeländern und vergrößert das Risiko von Menschenrechtsverletzungen. Der illegale Status vieler Migrantinnen prädestiniert häufig gewaltförmige Arbeitsbeziehungen bzw. den Einbezug sexueller Gewalt in das Beschäftigungsverhältnis. (...)

Aus: Christa Wichterich (2000): Gender matters: Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten, in: http://www.attacnetwork.de/fileadmin/user_upload/AGs/Feminist_Attac/Themen/wichterich_gender_matters.pdf (25.07.2011)

M 12 - Das globale Wohlstandsgefälle



Quelle: UNDP (2010): Human Development Report. 20th Anniversary Edition. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development, New York; http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf (09.09.2011)

In der Nachkriegszeit haben sich mit Ausnahme der Länder im Kriegszustand und den ehemaligen sowjetischen Staaten die Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung in allen Ländern merklich verbessert: geringere Kindersterblichkeit, längere Lebenserwartung der Erwachsenen, höherer Bildungsstand etc. Trotz einer Bevölkerungszunahme von 2,3 auf 6,7 Milliarden liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen heute etwas viermal so hoch wie 1950. Doch zugleich öffnet sich die Schere zwischen armen und reichen Ländern. Derzeit leben weltweit 2,5 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar am pro Tag, die Säuglings- und Kindersterblichkeit liegt in Südasien bei über 76 pro 1000 Lebensgeburten, in Afrika südlich der Sahara bei über 144 pro 1000. Das reichste Fünftel der Länder hatte 1960 noch dreißig Mal so viel Einkommen wie das ärmste Fünftel, 2004 war das Verhältnis auf 90:1 angestiegen. Gemäß dem

Human Development Report ist das Einkommen der reichsten 5% der Erdbevölkerung 114mal so hoch wie das der ärmsten 5%. Ungefähr 70% der Armen weltweit sind Frauen. Ein Fünftel der Menschheit lebt in Ländern, hauptsächlich in Afrika und Lateinamerika, in denen der Lebensstandard in den Achtzigerjahren real gesunken ist. Ungefähr eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu hygienisch unbedenklichem Wasser und 2,6 Milliarden verfügen nicht über ausreichend Sanitäranlagen. Gleichwohl konnten einige Entwicklungsländer Anschluss an die entwickelten Industrieländer finden: Südkorea, Singapur, Taiwan, Thailand, Malaysia, Indonesien, Chile, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Südafrika.

Aus: Scherrer, Christoph/ Kunze, Karen (2011): Globalisierung, Göttingen, S. 76-77

M 13 - Globalisierung und Neoliberalismus

Wenn von Globalisierung gesprochen wird, dann sollte zumindest von neoliberaler Globalisierung gesprochen werden. Denn damit wird deutlicher, dass sie nicht einfach über uns gekommen ist oder sich „kapitallogisch“ entwickelt. Daher ein Schritt zurück. Was hat es also mit dem „Neoliberalismus“ auf sich? (...)

Grundlagen des Neoliberalismus

Bereits in der Nachkriegszeit wurden neoliberale Grundsätze und ein Theorieprogramm formuliert, die später großen Einfluss ausübten. Die führenden neoliberalen Intellektuellen waren Friedrich A. Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises. Im Kern ging es um die „Rückgewinnung von Freiheit“, die Durchsetzung eines „sich selbst regulierenden Marktes“ und freien Wettbewerbs. Insbesondere Hayek argumentierte vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und sieht in diesem, im Sowjetsozialismus und in der sozialistischen Regierung Großbritanniens eine Gemeinsamkeit: den „Kollektivismus“, der die Freiheit zerstöre.

(Privatkapitalistischer) Markt und Freiheit wurden synonym gesetzt. Das zentrale Argument der Neoliberalen lautet, dass individuelle Freiheit der überragende gesellschaftliche Wert sei, womit sie insbesondere die ökonomische Freiheit der Unternehmer meinten. Im Spannungsfeld zwischen der Freiheit des Individuums und der Freiheit zur Kapitalverwertung entschieden sich die Neoliberalen eindeutig für letztere. Die einzige Wirtschaftsorganisation, die die Freiheit des einzelnen garantiere, sei die „freie Tauschwirtschaft mit Privatunternehmen“ (Friedman), die auch gegen Mehrheiten zu verteidigen sei (Hayek). Dies alles

sollte unter dem Primat des Eigentums an Produktionsmitteln und einem - gar nicht schwachen - law and order-Staat geschehen, dessen wichtigste Funktion die Sicherung des Wettbewerbs und der Märkte sei. Der erklärte Gegner waren innergesellschaftlich die Gewerkschaften und der Sozialstaat sowie international der Realsozialismus. (...)

Eine andere Grundlage des Neoliberalismus ist die bis heute dominierende wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die Neoklassik. Diese geht in hochabstrakten Modellen davon aus, dass nur der Markt für die effiziente Verwendung von Produktionsfaktoren sorgt und daher Freiheit und Wohlstand für alle bringt. Die zentralen Annahmen dieser (...) Theorie sind, dass die Marktteilnehmer völlig rational handeln, dass alle über alle Informationen verfügen und dass alle Marktteilnehmer völlig individualisiert sind und agieren. Der Markt reguliert sich weitgehend selbst, staatliche Interventionen sind im abstrakten Modell kaum vorgesehen. (...)

Neoliberalismus als Praxis

Das neoliberale Programm entwickelte sich in den 1970er und -80er Jahren zur „historisch organischen Ideologie“ (Antonio Gramsci) der herrschenden Klassen. Innerhalb letzterer setzten sich die weltmarktorientierten Fraktionen, das Finanzkapital und die Besitzer von Geldvermögen durch, die vom neoliberalen Umbau der Gesellschaft am stärksten profitierten. (...)

Der blutige Anfang der Durchsetzung neoliberaler Politiken wurde (...) 1973 in Chile mit dem Militärputsch von Augusto Pinochet gegen den Sozialisten Salvador Allende [gemacht]. In den Metropolen übernahm

men in den 70er Jahren schon teilweise sozialdemokratische Regierungen das neoliberale Gedankengut und mit den Regierungsübernahmen von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981) begann die „neoliberale Konterrevolution“. Das Beispiel Chile zeigt auch, dass neoliberale Politiken in autoritären Gesellschaften besonders gut durchgesetzt werden konnten.

Neoliberalismus in den Köpfen

(...) Von Beginn an kam das neoliberale Projekt als „konservative Revolution“ (Ronald Reagan) daher. Auch „die Wende“ in Westdeutschland verband neokonservative und neoliberale Politiken. Auf der Suche nach neuen Legitimationsmustern stellte zu Beginn eher die „geistig-moralische Krise“ des sozialstaatlich verwalteten Kapitalismus und weniger der „Sachzwang Weltmarkt“ einen Ausgangspunkt dar.

Mitte der 1980er Jahre, auf dem Höhepunkt des Ansehens der Politiken unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher sprach niemand von Globalisierung. Das konservative Projekt propagierte nicht nur den law and order-Staat, sondern stand auch gegen die ineffektive staatliche „Gleichmacherei“ und von Beginn an für staatliche Interventionen beim sozialen Umbau. Die neoliberalen und die neokonservativen Strategien trafen sich darin, dass die Gesellschaft „dereguliert“ werden müsse, insbesondere was bestimmte staatliche Regulierungen anging. (...)

Zentrale Elemente des Neoliberalismus sind: Die Organisationen der Nicht-Herrschenden zu schwächen (insbesondere die Gewerkschaften), eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und die Herstellung eines „kapitalfreundlichen“ Klimas (bis zur physischen Verfolgung von Gewerkschaften). Die Ausrichtung an „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ reduziert staatliche Politik immer stärker auf Standortpolitik. Alle müssen zusammenstehen, wenn es um dessen Rettung geht. Der Staat verschwindet also nicht, sondern verändert sich grundlegend. Seine Funktionen als Ordnungs- und Wettbewerbsstaat werden deutlicher, seine sozialpolitischen Funktionen zurückgedrängt.

(...) Neoliberale Globalisierung ist aber viel mehr, als nur Veränderungen in der Ökonomie und der Politik. Der Neoliberalismus ist nicht zuletzt deshalb so stabil, weil er auf kulturellem Gebiet relativ erfolgreich war, d.h. er ist tiefgreifend in den Köpfen, Alltagspraxen und Institutionen wie Schule, Universität oder Betrieb verankert. Im Bildungsbereich wird uns gesagt, dass wir in uns investieren müssen, um später im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Bloß keine Zeit vertrödeln, für was für spannende, rebellische oder Umwegserfahrungen in der eigenen Biographie auch immer. Wir alle sind unser eigener Standort. (...)

Ulrich Brand: Globalisierung als Projekt und Prozess. Neoliberalismus, Globalisierungskritik und Alternativen, aus: IMI-Magazin Februar 2004, S. 3-7.

M 14 - Stichwort Neoliberalismus

Der »neue« Liberalismus entstand als Reaktion auf das Versagen der liberalen Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-32. Gegen den internationalen Trend zu einer aktiven und regulierenden Wirtschaftspolitik im Rahmen des umverteilenden Wohlfahrtsstaates suchten die Neoliberalen nach einer neuen Legitimationsgrundlage für den entfesselten Kapitalismus.

In Europa und den USA bildeten sich seitdem verschiedene Schulen neoliberalen Denkens heraus, die mit unterschiedlichen Akzenten, aber gemeinsamen Grundsätzen am Projekt der Rechtfertigung einer Marktgesellschaft arbeiteten. Dabei bildeten sich zwei Hauptströmungen heraus: Zum einen eine kontinentaleuropäische Richtung, die maßgeblich durch den deutschen Ordoliberalismus der Freiburger Schule geprägt wurde, zum anderen die durch die Chicago School um Milton Friedman geprägte angelsächsische Richtung. Bereits 1947 schloss sich diese selbsternannte Elite zur neoliberalen Internationale, der Mont Pelerin Society, zusammen, die heute als einflussreiches globales Netzwerk der Politikberatung wirkt.

Im Kern ist der Neoliberalismus eine modernisierte und radikalisierte Variante des klassischen Wirtschaftsliberalismus. Das Programm des Neoliberalismus beinhaltet allerdings mehr als die umfassende Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge, Deregulierung der Arbeitsmärkte und steuerliche Entlastung von Unternehmen und Vermögenden sowie eine an den Interessen der G7/G8-Staaten und transnationalen Konzerne ausgerichtete Weltmarktintegration der Entwicklungsländer. Es definiert die Marktgesellschaft als zivilisatori-

schen Endpunkt menschlicher Geschichte und zielt fundamental auf eine »Entthronung der Politik« (Hayek) - eine Aufgabe, die kein Ende kennt, gewissermaßen ein Zustand der permanenten »Reform«.

Entsprechend befindet sich der Neoliberalismus in Frontstellung zu allen Formen echter, partizipativer Demokratie, die das Projekt einer totalen Ökonomisierung der Gesellschaft gefährden könnten. Konsequenz reduziert sich das Freiheitsversprechen der Neoliberalen auf die Freiheit der Marktteilnahme, und selbst der vielgepriesene Individualismus steht durch die Zerstörung des Kollektiven allein für die negative Kategorie atomisierter Einzelwesen in einer den anonymen Marktkräften überlassenen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist der neoliberale Staat keineswegs ein schwacher oder »schlanker«, sondern durchaus ein starker Staat, wenn es um die Sicherung der wirtschaftsliberalen Grundsätze und der daraus erwachsenen Machtverhältnisse geht. (...)

Neoliberalismus bedeutet in der Praxis Destruktion des Gesellschaftlichen. Für die dabei entstehenden Ungleichheiten, Verwerfungen und Spannungen hat er außer der Option autoritärer Innen- und Außenpolitik kein taugliches Konzept. In dieser negativen Botschaft liegt aber zugleich die Chance einer emanzipatorischen Gegenbewegung - in der Rückeroberung einer konkreten Utopie von Gesellschaft und Politik im Rahmen einer solidarischen Weltökonomie.

Ralf Ptak, Aus: ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“. Herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von attac. Hamburg: VSA 2005, S. 132-133.

M 15 - Der amerikanische Albtraum

Als ich ein Teenager war und auf Long Island nahe New York lebte, machte ich oft Ausflüge zu den Villen an der Nordküste. Diese Villen waren Monumente eines vergangenen Zeitalters, in der sich die Reichen ganze Armeen von Sklaven leisten konnten. Die brauchte man auch, um Häuser von der Größe europäischer Paläste zu unterhalten. Als ich diese Häuser sah, war diese Ära, die wir heute das Goldene Zeitalter nennen, längst Vergangenheit. Kaum eine der Villen auf Long Island war noch in Privatbesitz. Entweder waren sie zu Museen umfunktioniert worden, oder sie wurden als Kindergärten oder Privatschulen genutzt.

Denn das Amerika der fünfziger und sechziger Jahre, in dem ich aufwuchs, war eine Mittelklassegesellschaft. Die großen Einkommens- und Wohlstandsunterschiede des Goldenen Zeitalters waren verschwunden. Natürlich lebte so mancher reiche Geschäftsmann oder Erbe weit besser als der durchschnittliche Amerikaner. Aber sie waren auf eine andere Weise reich als die Räuberbarone, die sich um die Jahrhundertwende riesige Villen hatten bauen lassen, und sie waren nicht so zahlreich. (...)

Die tägliche Erfahrung vermittelte uns den Eindruck, in einer einigermaßen gleichen Gesellschaft zu leben. (...) Wer als wohlhabend galt, ließ sich einmal pro Woche eine Putzfrau kommen und verbrachte den Sommerurlaub in Europa. Aber auch diese Wohlhabenden schickten ihre Kinder in öffentliche Schulen und fuhren im eigenen Auto zur Arbeit so wie jeder andere auch.

Doch das ist lange her. Heute leben wir wieder in einem Goldenen Zeitalter - ähnlich extravagant wie das Original. Villen und Paläste erleben ihr Comeback. (...) Natürlich sind auch die Armeen von Bediensteten zurückgekehrt. Ebenso die Yachten.

Nur wenigen Leuten ist bewusst, wie sehr sich in diesem Land die Kluft zwischen den sehr Reichen und dem Rest innerhalb relativ kurzer Zeit verbreitert hat. (...)

In den vergangenen drei Jahrzehnten sind die Gehälter der meisten US-Bürger nur moderat gestiegen: Das durchschnittliche jährliche Einkommen wuchs inflationsbereinigt von 32 522 Dollar im Jahr 1970 auf 35 864 Dollar 1999. Zehn Prozent in 29 Jahren - ein Fortschritt, wenn auch ein bescheidener. Glaubt man dem Fortune Magazine, stiegen in derselben Zeit die Jahresgehälter der Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen aber von 1,3 Millionen Dollar - dem 39fachen des Gehaltes eines

durchschnittlichen Arbeiters - auf 37,5 Millionen Dollar, dem mehr als 1000fachen Lohn eines normalen Arbeitnehmers. (...)

Vor 30 Jahren wurden Vorstände weniger großzügig bedacht, weil die Angst vor einem öffentlichen Aufschrei die höheren Gehälter unter Kontrolle hielt. Heute empört sich niemand mehr. Insofern spiegelt die Explosion der Gehälter von Führungskräften eher einen sozialen Wandel wider als die rein ökonomischen Kräfte von Angebot und Nachfrage. (...)

Trotz allem: Amerika ist noch immer das reichste der großen Länder dieser Welt, mit einem realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), das 20 Prozent höher ist als etwa das von Kanada. Aber: Die Lebenserwartung in den USA ist um einiges niedriger als in Kanada, Japan und jedem größeren Land Westeuropas. Im Durchschnitt haben wir Amerikaner eine Lebenserwartung, die etwas unter der der Griechen liegt. Dabei war es ein amerikanischer Glaubenssatz, dass die Flut alle Boote steigen lässt - dass also alle vom zunehmenden Wohlstand profitieren. Hat unser wachsender nationaler Reichtum sich etwa nicht in einem hohen Lebensstandard für alle Amerikaner niedergeschlagen?

Die Antwort ist: Nein. Amerika hat zwar ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als alle übrigen großen Industrieländer, das aber vor allem weil die Reichen viel reicher sind als anderswo. (...)

Zwar weist Schweden ein geringeres Durchschnittseinkommen auf als die USA, aber das liegt vor allem daran, dass unsere Reichen so viel reicher sind. Einer normalen schwedischen Familie hingegen geht es besser als der entsprechenden amerikanischen Familie: Die Einkommen sind höher, und die höhere Steuerlast wird durch die öffentliche Gesundheitsvorsorge und die besseren öffentlichen Dienstleistungen wieder wettgemacht. Und selbst schwedische Familien, die zu den 10 Prozent der Ärmsten gehören, verfügen über ein 60 Prozent höheres Einkommen als vergleichbare amerikanische Familien. (...)

Das Hauptargument für ein System, in dem einige Leute sehr reich werden, war immer: Die Aussicht auf Reichtum ist ein Leistungsanreiz. Nur: Für welche Leistung? Je mehr bekannt wird, was in amerikanischen Firmen vor sich ging, desto unklarer wird, ob diese Anreize die Manager dazu gebracht haben, in unser aller Interesse zu arbeiten. (...)

Paul Krugman: Der amerikanisch Albtraum, in: DIE ZEIT 46/2002 (Auszug)

M 16 - Allheilmittel Privatisierung?

Die Argumente der Privatisierungsbefürworterinnen folgen der neoliberalen Überzeugung, dass eine marktgesteuerte Dienstleistungserbringung positive Effekte für alle gesellschaftlichen Bereiche zur Folge hat: Mit dem betriebswirtschaftlichen Ziel der Gewinnmaximierung sowie durch die Konkurrenz zu anderen Anbietern erhöht sich ihrer Ansicht nach die *Effizienz* der Leistungserbringung und verbessert sich die *Qualität* der Dienstleistung. Wettbewerb, Effizienzsteigerung und Rationalisierung verbessern demnach die Kostenvorteile der Unternehmen, wodurch die *Nutzungsentgelte* sinken sollen. Die Übertragung ehemals öffentlich erbrachter Dienstleistungen auf private Anbieter entlastet zudem die *öffentlichen Haushalte* und steigert langfristig die *Investitionen* in die Versorgungsinfrastruktur der unterschiedlichen Sektoren. (...) Mit der Übertragung der Dienstleistungserbringung auf den Privatsektor soll außerdem dem "Klüngel" und der "Vetternwirtschaft" in öffentlichen Verwaltungen ein Ende bereitet und mehr Transparenz geschaffen werden. Privatisierung bedeutet aus dieser Sicht also die Entstehung einer effizienten "Partnerschaft" und führt zu einer »Win-Win Situation«, in der Staat, private Akteure und die als »Kundinnen« angesehenen Nutzerinnen gleichermaßen profitieren.

(...) Während die Befürworterinnen also primär mit ökonomischen Effizienzkriterien argumentieren, stellen die Kritikerinnen die komplexen gesellschaftlichen (sozialen, politischen und sozioökonomischen) Auswirkungen von Privatisierungen ins Zentrum ihrer Argumentationen und Diskussionen um alternative Ansätze. Dabei weisen sie auf die Grenzen einer Dienstleistungserbringung im Zeichen des Marktes und der Profite hin.

Vor allem die Gewinnorientierung privater Akteure steht demnach einer notwendigen gesellschaftlichen Umverteilung, sozialgerechter Daseinsvorsorge und Re-

Investition in kostenintensive Sektoren entgegen. Dementsprechend werden zunehmend eine verstärkte sozialräumliche Polarisierung, hohe ökonomische Folgekosten für die öffentliche Hand und eine Aushöhlung des politischen Systems - durch den Verlust demokratischer Einflussmöglichkeiten - als Folgen der Privatisierung weltweit beobachtet (...). Der Behauptung, dass eine ökologisch- und sozialorientierte Dienstleistungserbringung nur eine Frage angemessener staatlicher Regulierung privater Anbieter sei, wird entgegen, dass der Kontrolle und Überwachung privater Dienstleistungserbringung die fundamentalen Macht-, Informations- und Kapazitätsunterschiede zwischen privaten Konzernen und öffentlichen Akteuren entgegenstehen und dies die Regulierungsmöglichkeiten öffentlicher Institutionen einschränkt.

Im Gegensatz zu der Annahme, dass durch die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben durch Private Korruption in öffentlichen Verwaltungen eingedämmt werden könne, weisen die Privatisierungsgegnerinnen auf unzählige Prozesse hin, die Korruption einen fruchtbaren Nährboden geliefert haben. Ausgehend von einem Korruptionsverständnis, das die illegitime und illegale private Aneignung öffentlicher und privater Ressourcen zum Schaden Dritter umfasst, ist Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen an sich in einem weit gefassten Sinne bereits als Prozess der Korruption zu verstehen. Das gilt insbesondere dann, wenn Korruption den Verlust von Transparenz und öffentlicher Kontrolle bedeutet und somit einem politischen System, das auf demokratischer Einflussnahme und parlamentarischer Kontrolle basieren sollte, die Legitimation entzogen wird.

Barbara Dickhaus/Kristina Dietz (weed): Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck. Folgen von Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa. Berlin 2004, S. 10-11.

M 17 - GATS – Liberalisierung von Dienstleistungen

Bürgerrechte müssen vor den Interessen der Industrie stehen!

Wer auf knappe Ressourcen setzt, kann damit verdienen. Die Weltbevölkerung wächst, die Wasserressourcen werden knapper, Konflikte sind absehbar. Am Verhandlungstisch ist die Auseinandersetzung schon in vollem Gange. Seit Anfang 2000 verhandeln die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) über eine neue Fassung des GATS (General Agreement on Trade in Services /Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Dieses Abkommen soll es künftig ermöglichen, dass private Investoren Zugriff auf die öffentliche Wasserversorgung erhalten

(...) Derzeit verfügen 1,2 Milliarden Menschen über keinen freien Zugang zu sauberem Trinkwasser. 2050 könnten bereits bis zu sieben Milliarden Menschen von Wasserknappheit betroffen sein. Im Jahr 2000 wurde der jährliche Gewinn der Wasserwirtschaft auf 270 Milliarden Euro geschätzt, was 40 Prozent der Gewinne im Ölsektor entsprach und bereits ein Drittel höher lag als die Gewinne im Pharmasektor. So ist es nicht verwunderlich, dass europäische Wasserversorgungskonzerne wie Vivendi, Suez-Lyonnaise des Eaux und die deutsche RWE das Ziel verfolgen, Wasser zum handelbaren Gut zu machen. In diesem Sinne forderte die Europäische Union in den GATS-Verhandlungen von 72 WTO-Mitgliedsländern – darunter Kanada, Indien, Bolivien oder der Schweiz – die Liberalisierung ihrer Wasserversorgung. (...) Die Weltbank schätzt das Volumen des weltweiten Wassermarktes auf jährlich 800 Milliarden Euro, den Markt für Bildung auf 2.000 Milliarden Euro. Noch weit übertroffen wird das vom Markt für Gesundheitsdienstleistungen mit 3.500 Milliarden Euro.

Im Zuge der GATS-Verhandlungen soll die 1995 begonnene Dienstleistungsliberalisierung erheblich ausgeweitet werden. Auch andere öffentliche Güter und Dienstleistungen sollen für den Zugang privater Unternehmen geöffnet werden. Die grenzüberschreitende Erbringung öffentlicher Dienste soll wie beliebige Handelsware behandelt werden. Dabei sollen alle potenziellen Anbieter gleich behandelt werden – sei es, dass sie gemeinwohl- oder gewinnorientiert arbeiten, sei es, dass sie aus dem In- oder Ausland stammen. Innerstaatliche Regeln, die diesen Handel behindern könnten, sollen fallen. Diese Regeln betreffen öffentliche Dienste, die dazu dienen, die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dienstleistungen wie Gesundheit, öffentlichem Verkehr, Bildung und Wasser unter Einhaltung hoher Qualitätsstandards für alle zugänglich und erschwinglich zu halten.(...)

Zudem soll im GATS ein Liberalisierungsautomatismus eingebaut werden: (...) Ein Staat muss der Welthandelsorganisation nachweisen, dass er nur solche Regulierungen trifft, die am wenigsten handelshemmend sind. Dieser Anforderung können beispielsweise umwelt- oder sozialverträgliche Regeln zum Opfer fallen. Ein Investor, der sich durch Bestimmungen eines Nationalstaats behindert fühlt und einen Verstoß gegen das GATS sieht, kann ein Streitschlichtungsverfahren gegen diesen Staat beantragen. (...)

Wenn Grundbedürfnisse zur Handelsware werden

Wenn Leistungen der Daseinsvorsorge zum Gegenstand der Konkurrenz und privater Gewinninteressen internationaler Konzerne werden, werden elementare Bedürfnisse der Menschen zur Handels-

Bildungsmaterialien

ware am freien Markt. Das kann weit reichende Folgen für die Mehrheit der Menschen haben, denn auf diesem Markt zählt – wie auf anderen Märkten – die zahlungskräftige Nachfrage. Die Kaufkraft von Bevölkerungsgruppen und nicht mehr die Bedürfnisse der Bevölkerung entscheiden über Ausmaß und Qualität lebenswichtiger Dienste. Bedient werden die Bedürfnisse jener Menschen, die zahlen können. Dem Rest droht Unterversorgung. Dieser „Rest“ wird immer größer, heute wird bereits die Hälfte der Weltbevölkerung als „arm“ eingestuft, Tendenz steigend. (...)

Folgen für abhängig Beschäftigte

(...) Es gibt eine Reihe von Gründen, die GATS-Verhandlungen zu beeinflussen. Denn in mehrfacher Hinsicht sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom GATS betroffen: Zum einen sind sie Konsumentinnen und Konsumenten, und diesen entsteht durch die GATS-Liberalisierung das Risiko der Verteuerung oder Verschlechterung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen, wie Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitsleistungen und Pflegedienste, Bildung und öffentlicher Verkehr. Zum zweiten zeigen internationale Erfahrungen mit Liberalisierungen, dass diese oft von massiver Verschlechterung der Arbeitsbedingungen begleitet waren. Hinzu kommt als drittes, dass das GATS die seit den 50er Jahren in Deutschland geltenden Regularien der Arbeitsmigration verändern würde.

Kernarbeitsnormen, soziale und ökologische Mindeststandards

Eine grundlegende Forderung im Zuge der Globalisierung ist es, fundamentale Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in alle Wirtschafts-, Handels- und Finanzabkommen einzubauen. (...)

Zu den Kernarbeitsnormen gehört das Recht zur gewerkschaftlichen Organisation sowie das Recht auf Tarifverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Sklavenarbeit, das Verbot der ausbeuterischen Formen der Kinderarbeit sowie Nicht-Diskriminierung am Arbeitsplatz. (...)

Wenn die Europäische Kommission Verhandlungen über Investorenschutz und Wettbewerbsrecht in der Welthandelsorganisation gegen die Befürchtungen der Entwicklungsländer durchsetzen will, dann muss sie auch in der Lage sein, soziale und ökologische Mindeststandards im Welthandelssystem zum Gegenstand von verbindlichen Regelungen zu machen. Eine andere Politik können weder die Zivilgesellschaft noch Gewerkschaften und ihre Mitglieder akzeptieren. (...)

Die Entscheidungsfindung auf EU-Ebene ist über nationale Regierungen und das EU-Parlament demokratisch basiert und transparent. In Europa war es deshalb möglich, die Liberalisierung in manchen Bereichen zu bremsen. So wehren sich Städte und Gemeinden zur Zeit gegen die Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Bedrohung des erfolgreichen Sparkassensystems; auch gegen die Privatisierung der Wasserversorgung gibt es Widerstand. Fehlentwicklungen können auf europäischer Ebene noch korrigiert werden. Sind dagegen die Regeln eines neuen GATS erst einmal zu internationalem Recht geworden, ist keine Umkehr mehr möglich. (...)

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender. Aus: Social Watch Report 2003: Die Armen und der Markt, o.O., S. 8-11, http://old.socialwatch.org/es/informelmpreso/pdfs/teilla2003_ger.pdf (15.09.2011)

M 18 - Deregulierung und Privatisierung

Deregulierung

Deregulierung bezeichnet den Abbau staatlicher Steuerung, die wirtschaftliche Aktivitäten reguliert und Marktmechanismen einschränkt. Durch eine Aufhebung von Rechtsnormen und eine Vereinfachung von Verwaltungsverfahren sollen zusätzliche Wachstumsfelder für die Wirtschaft erschlossen werden. Akteure einer verstärkten Deregulierungspolitik sind sowohl nationale Regierungen (in Deutschland z.B. verschiedene Deregulierungskommissionen), die EU (z.B. die EU-Dienstleistungsrichtlinie) oder internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfond IWF und die Welthandelsorganisation WTO.

Die Aufhebung einzelner Gesetze oder Verordnungen ist ein normaler Prozess bei der Anpassung staatlicher Regulierung an veränderte Verhältnisse. In den letzten Jahren wird jedoch immer mehr eine allgemeine Deregulierung gefordert und mit Schlagworten wie »zuviel Bürokratie«, »Fesseln der Wirtschaft« und »Wachstumsbremse« begründet. Ausgehend von der Maxime des freien Wettbewerbs zielt Deregulierung in diesem Kontext vor allem auf eine Delegitimierung politisch motivierter Wirtschaftssteuerung ab. Der Staat - so ihre Befürworter - solle sich auf die Rolle beschränken, Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliche Selbststeuerung zu schaffen.

(...) Ein verstärkter Druck zur Deregulierung entsteht durch die neoliberale Globalisierung. Liberalisierte Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte erzeugen Konkurrenzen zwischen Unternehmen verschiedener Länder, die es vorher in dieser

Form nicht gab. Im Sinne des »nationalen Wettbewerbsstaates« stehen die Staaten dadurch in einem Wettbewerb um möglichst unternehmerfreundliche Standorte (...), und sie selbst verwenden das Stichwort »Standortkonkurrenz« als Druckmittel für weitere Deregulierung. Umwelt- und Sozialdumping sind die Folge. (...)

Staatliche Regulierung verfolgt mehrere Ziele: Unter rein ökonomischen Gesichtspunkten wird sie in einer kapitalistischen Volkswirtschaft mit Marktversagen begründet. Regulierung dient darüber hinaus der Absicherung von Eigentumsrechten, des Wettbewerbs und schließlich auch des Erhalts von Privilegien bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Diese Regulierungen sind kaum von Deregulierung betroffen. Daneben gibt es vielfältige Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, die z.B. sozial-, umwelt- oder gesundheitspolitisch begründet werden. Kündigungsschutz, Ladenöffnungszeiten, Preisregulierungen, Grenzwerte bei Abgasen und Gesundheitsschutzvorschriften gehören genauso dazu wie viele Regulierungen, die den Außenhandel betreffen (Zölle, Quoten, Investitionsauflagen u.a.). In dieser Form ist Regulierung ein wichtiger Steuerungs- und Umverteilungsmechanismus und damit Kernbestandteil der Demokratie. Deregulierungspolitik unter neoliberalen Kennzeichen delegitimiert genau jene Regulierungen, die den Interessen von ArbeitnehmerInnen und Empfängerinnen von Sozialleistungen dienen oder einer ungehemmten Kommerzialisierung aller Lebensbereiche entgegenstehen. (...)

Christina Deckwirth

Privatisierung

Privatisierung ist die Einführung gewinnorientierter Steuerung in Bereiche, die bisher an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet waren. Sie findet in verschiedenen Formen statt: als Umwandlung öffentlicher in private Unter-, nehmen wie bei der Post, als private Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen - etwa in der Bildung oder der Kultur - und als Übertragung sozialer Sicherung, beispielsweise der Alterssicherung, an die Finanzmärkte oder als Verwandlung von Teilen der Natur wie Wasser oder Gene in Privateigentum.

Privatisierung ist ein globaler Prozess. Sie begann schon in den 1960er Jahren in Westeuropa als Re-privatisierung verstaatlichter Industrien. In Lateinamerika und Afrika haben private, meist ausländische Konzerne einen großen Teil der Rohstoffe und Infrastruktureinrichtungen durch Privatisierung unter ihre Kontrolle gebracht. Dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in Osteuropa folgte die größte Privatisierungswelle in der bisherigen Geschichte der Menschheit. Die globalen Institutionen IWF und Weltbank verlangen weit reichende Privatisierungen als Voraussetzung für finanzielle Unterstützung. (...)

Wenn staatliche Unternehmen wie Werften privatisiert werden, entfällt damit in der Regel der Charakter ihrer Produkte als öffentliche Güter. Bei Dienstleistungen wie Telekommunikation, Strom- und Wasserversorgung ist das oft anders. Wenn sie privatisiert werden, bleibt der öffentliche Versorgungsauftrag in der Regel offiziell bestehen. Die Privatisierung wird damit begründet, dass private, unter Konkurrenzdruck stehende Unternehmen effizienter arbeiteten und daher das öffentliche Gut besser bereitstellen könnten als öffentliche Monopole. In diesen Fällen wird Privatisierung in der Regel mit der Einrichtung politischer Überwachungs- und Regulierungsbehörden verbunden. Bisherige Erfahrungen zeigen jedoch, dass es außerordentlich schwierig ist, durch politische Kontrolle dafür zu sorgen, dass private Unternehmen Standards des Gemeinwohls einhalten. Tatsächlich führt Privatisierung vielmehr häufig dazu, dass öffentliche durch private Monopole oder Oligopole ersetzt werden. (...)

Jörg Huffschnid

Beide Beiträge aus: ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“. Herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von attac.

Hamburg: VSA 2005, S. 32-33 und 148-149.

M 19 - Prekäre Beschäftigung, prekäres Leben

Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Gewerkschaften

Die Bereiche atypischer und prekärer Beschäftigung nehmen in der Bundesrepublik Deutschland wie in allen Industriestaaten seit Jahren zu. Exemplarisch seien hier genannt: Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Subunternehmertum, Honorar- und Werkvertragsbeschäftigung, Mini-Jobs, Arbeit auf Abruf, erzwungene Selbständigkeit (Ich-AG), befristete Beschäftigung, illegale Beschäftigung, Heimarbeit.

Von prekärer Beschäftigung sind inzwischen weite Teile des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik betroffen. In einigen Sektoren ist der Anteil prekärer Beschäftigung besonders hoch: Hotel- und Gaststättengewerbe, Freizeitindustrie, Reinigungsgewerbe, Systemgastronomie, Einzelhandel, Transport und Logistik, Medien, Kunst und Kultur, Callcenter, Pflegedienste und sonstige personenbezogene Dienstleistungen.

Die Anzahl der prekär Beschäftigten lässt sich schwer beziffern. Das hängt nicht nur mit dem großen Feld der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zusammen, sondern auch mit der unzureichenden Arbeitsmarktstatistik in Deutschland. Die Vermutung, dass wir von einer Größenordnung sprechen können, die sich im Millionenbereich bewegt, ist berechtigt.

Prekäre Beschäftigung zeichnet sich üblicherweise (aber nicht ausschließlich!) durch Niedriglöhne, unzureichende Berücksichtigung rechtlicher und tariflicher Regelungen, geringe qualitative Anforderungen und geringes Qualifikationsniveau, hohe Krankenstände, atypische Arbeitszeiten, geringe Sicherheits- und Sozialstandards, hohe Fluktuation und eine große Anzahl an nicht nur arbeitsplatzbezogenen - Problemen für die

„Ich (...) bin 49 Jahre alt. Arbeite seit 35 Jahren im Handel, habe mit 14 Jahren angefangen und drei Jahre gelernt. Seit Ende 1990 arbeite ich im Großhandel (...) und bin Verkäuferin, die auch Gabelstapler fährt. Ich arbeite bei Waschmittel und bin für einen Gang zuständig, für Kosmetik.(...) Mir macht die Arbeit Spaß, aber es gibt Situationen, wo unheimlich Druck von der Betriebsleitung gemacht wird. Ich weiß von mindestens sechs Kollegen, die in psychischer Behandlung sind. Manche sind ins Krankenhaus gekommen, in die Psychiatrie, viele nehmen Tabletten. Die haben alle nichts Körperliches, aber Seelisches.

Ich arbeite sieben Stunden am Tag. Vollzeit gibt es bei uns nur noch für Substituten und Abteilungsleiter; die meisten arbeiten sieben Stunden am Tag. Die große Angst ist, dass die Arbeitszeit vom Unternehmen noch weiter reduziert wird. Es gibt dann ja auch immer weniger Geld.

Die Arbeit hat sich verdichtet, das ist klar. Viele sind in Vorruhestand gegangen. Die werden nicht ersetzt. (...) Das Unternehmen würde das gerne ändern und deshalb auch den Kündigungsschutz ändern.

Mit den Arbeitsplätzen bei uns ist es so: Sicher ist gar nichts. (...) Anfang des Jahres wurden alle Achtstundenkräfte auf sieben Stunden reduziert. Ich befürchte, dass noch weitere Reduzierungen kommen. Neueinstellungen sind sowieso eher Vierstundenkräfte. Das sind alles keine selbstgewählten Arbeitszeitreduzierungen. Die wurden uns von dem Unternehmen mitgeteilt.

Wir wollten wissen, ob wir wieder hochgestuft werden, wenn es dem Unternehmen wieder besser geht. Das haben sie klipp und klar abgelehnt. Sie sagen, wir stellen lieber Vierstundenkräfte ein, um Krankenstände zu überbrücken. Die Kollegen haben alle Angst um ihren Arbeitsplatz und keiner will den Mund aufmachen.“

betroffenen Personen aus. In den großen Sektoren prekärer Beschäftigung finden sich gehäuft Migrantinnen und Migranten, Frauen und Menschen mit unzureichender schulischer und beruflicher Qualifikation. Der Altersschnitt ist niedriger als in anderen wirtschaftliche Sektoren, in denen noch unter den Bedingungen des Normalarbeitsverhältnisses und unter Beachtung bestehender Gesetze und Regelungen gearbeitet wird. Achtung: Prekäre Beschäftigung ist von den betroffenen Personen z.T. bewusst angestrebt. Das betrifft hochqualifizierte Tätigkeiten im Medienbereich, der IT-Branche oder der Kultur. Aber auch Menschen, denen die Angebote an atypischer Arbeitszeitgestaltung in ihren persönlichen und familiären Bedürfnissen entgegenkommen. Außerdem gibt es eine Gruppe eher besser qualifizierter junger Beschäftigter, denen es um Zuverdienste (z.B. im Studium) oder um Überbrückungstätigkeiten geht.

S., "freie" Dozentin und Autorin:
„Irgendwer sprach kürzlich vom ‚Ende der Arbeit‘. Meine Erfahrung ist, das Arbeit alles überflutet. Es fühlt sich so an, als wäre das Leben ganz in den Dienst der Arbeit gestellt. Wie willst du eine "Arbeitszeit" isolieren, wenn alles ein einziger - und damit auch dein sozialer Zusammenhang ist? Die Arbeit hat in meinem Fall schon lange aufgehört, ein Instrument zu sein und sich in reinen Selbstzweck verwandelt. Ich mache das, was ich tue, gern. In manchen Momenten sogar leidenschaftlich gerne - und auf diese Weise besetzt die Arbeit immer mehr und mehr und verhindert zugleich andere Möglichkeiten. (...) Meine Prekarität ist das Leben auf dreißig Quadratmetern, die Unsicherheit draußen drei Meter vor mir, die Unmöglichkeit zu planen; das Erwachsenwerden, das nie anfängt.

Beide Protokolle aus:
Fantômas 5, Sommer 2004

Prekäre Beschäftigung wird bewusst gefördert: Sowohl Regierungshandeln (Hartz-Gesetze, Zumutbarkeitskriterien) wie das Agieren der öffentlichen Hand (Privatisierung) und die Strategien privater Unternehmen (Outsourcing) befördern die genannten Entwicklungen. Prekäre Beschäftigung ist nur in Ausnahmefällen der Einstieg in ein geregeltes Arbeitsverhältnis in Teil- oder Vollzeit. Das Gros der Beschäftigten bleibt in schwierigen Verhältnissen und dabei immer an der Schwelle zu Arbeitslosigkeit und Armut. (...)

Für Gewerkschaften in Deutschland stellen die benannten Bereiche prekärer Beschäftigung ein weitgehend unbekanntes Gebiet dar. (...) Im Ergebnis sind riesige weiße Flächen auf der Karte der Wirtschaftsstruktur entstanden, die tarifvertraglich und organisationspolitisch außerhalb des gewerkschaftlichen Einflusses liegen. (...)

Sebastian Wertmüller (2004): *Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Gewerkschaften*, in: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/sebastian.html> (09.09.2011)

M 20 - Ausgrenzung durch Arbeit

Die gespaltene Arbeitsgesellschaft

Neun Typen der Integration und Ausgrenzung durch Erwerbsarbeit



Zone der Integration

Geschützte Normarbeit

- ① Gesicherte Integration: „Die Gesicherten“
- ② Atypische Integration: „Die Unkonventionellen oder Selbstmanager“
- ③ Unsichere Integration: „Die Verunsicherten“
- ④ Gefährdete Integration: „Die Abstiegsbedrohten“

Zone der Prekarität

Unsicherheit der Beschäftigung und Löhne unterhalb des Existenzminimums

Zu finden unter Zeit- und Leiharbeitern, befristet Beschäftigten, abhängig Selbstständigen, Mini- und Gelegenheitsjobbern

- ⑤ Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration: „Die Hoffenden“
- ⑥ Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement: „Die Realistischen“
- ⑦ Entschärfte Prekarität: „Die Zufriedenen“

Zone der Entkoppelung

Dauerhaft vollständig aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt, eingerichtet in Ein-Euro-Jobs oder in der Schwarzarbeit

- ⑧ Überwindbare Ausgrenzung: „Die Veränderungswilligen“
- ⑨ Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration: „Die Abgehängten“

Quelle: Klaus Dörre, in: WSI-Mitteilungen 2/2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

Zur „Zone der Integration“ mit geschützter Normarbeit, in welcher zumindest in der Bundesrepublik noch immer die Mehrzahl der Beschäftigungsverhältnisse angesiedelt ist, gesellt sich eine „Zone der Entkoppelung“ mit Gruppen, die dauerhaft von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Dazwischen expandiert eine „Zone der Prekarität“, die eine Bündelung heterogener Beschäftigungsverhältnisse darstellt. Dazu zählen Zeit- und Leiharbeit, abhängige Selbstständigkeit, befristete Beschäftigung, Mini- und Gelegenheitsjobs ebenso wie manche Formen von Teilzeitarbeit und Beschäftigungsverhältnisse mit tarifierten Niedrig- oder Armutslöhnen (...). Moderne „Scheinarbeit“ (Bourdieu 2000) wie die gemeinnützige Tätigkeit in Ein- oder Zwei-Euro-Jobs und das breite Spektrum informeller und Schattenarbeit markieren den Übergang zur „Zone der Entkoppelung“. (...) Ein Arbeitsverhältnis kann als prekär bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. (...)

Aus: Dörre, Klaus. (2005): *Prekarität – eine arbeitspolitische Herausforderung*. In: WSI-Mitteilungen 5/2005, 58. Jg. Frankfurt/M: S. 250-258.

M 21 - Stichwort Migration

Der Terminus Globalisierung steht für die Liberalisierung von Finanz- und Gütermärkten sowie für die Nutzung eines weltweiten Arbeitskräftepotenzials durch die Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen in Länder mit geeigneten (billigen) Arbeitskräften. Eine Ausnahme von dieser generellen Strategie der Liberalisierung bilden die nationalen Arbeitsmärkte von Industriegesellschaften. Gegenüber der Mobilität von Arbeitskräften werden nationale Grenzen verteidigt. Immigration soll weitgehend verhindert oder doch - je nach Konjunktur oder Spezialbedarf - gesteuert werden. Insbesondere in Ländern mit einem entwickelten System staatlicher Sozialpolitik finden derartige Strategien des Ausschlusses vielfache Unterstützung in der Bevölkerung. (...)

Ebenso wie früher erfolgt Arbeitsmigration auch heute zumeist im Rahmen von Netzwerken. Sie werden von Arbeitskräften aus ein und demselben Herkunftsland gebildet. Netzwerke verbreiten Informationen, sie dienen der Unterstützung von Neuankömmlingen und erlauben den Erhalt einer engen kulturellen Bindung zum Herkunftsland, nicht selten nutzen bereits etablierte frühere Einwanderinnen und Einwanderer (ethnisch/nationale) Netzwerke aber auch für eine besonders rigide Ausbeutung von Neuankömmlingen.

Ein zentrales Resultat neuer Migrationsforschungen ist die Feststellung, dass sich Arbeitsmigration im Zeitalter der Globalisierung weder durch gesetzliche Regelungen noch durch verstärkte Grenzkontrollen erfolgreich verhindern lässt. In der Bundesrepublik hat der 1974 beschlossene Anwerbestopp für »Gastarbeiter« den Anteil dauerhaft im Land lebender nicht-deut-

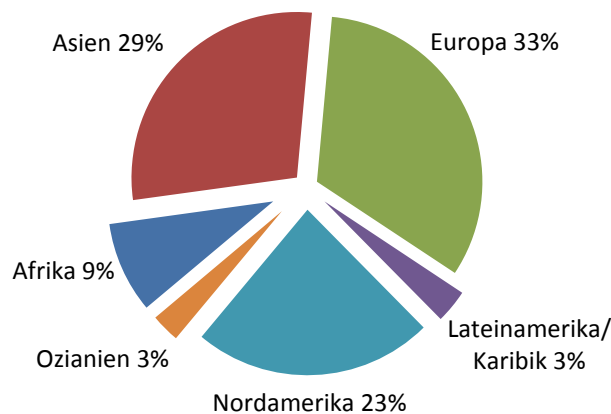
scher Arbeitskräfte erhöht. Erst seit dem 1. Januar 2000 erleichtert ein neues Staatsangehörigkeitsrecht ihre Einbürgerung. In den USA ist die Zahl mexikanischer Arbeitskräfte seit der Aufrüstung der Grenze zu Mexiko in den 1980er Jahren immens angestiegen.

Rigoreuse Ausschlussstrategien provozieren generell (so auch in Japan in den 1990er Jahren) irreguläre Immigration. Sie erfolgt entweder durch die nicht genehmigte Verlängerung eines zeitlich begrenzten Aufenthaltsstatus oder durch geheimes Grenzübertritt. In beiden Fällen handelt es sich um ein Passvergehen, nicht um eine kriminelle Handlung. Der Terminus »Illegale« ist also nicht angebracht. Irreguläre (undokumentierte) Arbeitsmigration erklärt sich zum einen aus der Suche nach Arbeit und Einkommen, zum anderen aber auch aus der systematischen Werbung von Schleusern für ihr Geschäft. Denn mit dem Schmuggel von Menschen lassen sich immense Profite erzielen. Schließlich wäre das Ausmaß irregulärer Migration weitaus geringer, wenn es in den Empfängerländern keine Nachfrage nach billigen und willigen Arbeitskräften gäbe. Vor allem in Global Cities, den lokalisierten Knotenpunkten internationaler Finanztransaktionen, gibt es nicht nur Beschäftigung für FinanzdienstleisterInnen, sondern auch für Arbeitskräfte, die niedere Dienstleistungen verrichten. Viele der letzteren arbeiten »ohne Papiere« (sans papiers).

Heide Gerstenberger, aus: ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“. Herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von attac. Hamburg: VSA 2005, S. 132-133.

M 22 - Globale Migrationsströme

Verteilung internationaler Migration nach Regionen (2010)



Quelle: Trends in international Migrant Stock: The 2008 Revision, in: http://www.un.org/esa/population/publications/migration/UN_MigStock_2008.pdf (15.09.2011)
[eigene Darstellung]

Während in der Vergangenheit nur bestimmte Regionen von Zu- und Abwanderung betroffen waren, sind es heute - ob als herkunft-, Aufnahme- oder Transitland – praktisch alle Länder Welt. (...) Die gegenwärtigen Migrationsbewegungen haben mehrere Ursachen. Da sind zunächst die enormen Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen Nord und Süd, die zusammen mit dem demografischen Ungleichgewicht einen Gegensatz schaffen zwischen den reichen und alternden Industrieländern (Europa, Japan) und den mehr oder weniger armen und jungen Schwellen- und Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Trotzdem macht sich ein Großteil der weltweit 191 Millionen Migrantinnen und Migranten nicht auf den Weg in den Norden oder Westen. Fast die Hälfte der weltweiten Migration findet zwischen den Ländern des Südens statt: Schätzungen zufolge leben mehr als 47 Prozent der aus Entwicklungsländern

stammenden Migranten in anderen Entwicklungsländern. Der Weltbevölkerungsbericht von 2006 geht übrigens davon aus, dass 95 Millionen der internationalen Migranten Frauen sind. (...) Seit dem Untergang der Sowjetunion haben die grenzüberschreitende und ethnisch Migration zugenommen, nicht zuletzt weil sich in der Bevölkerung, die nach dem politischen Umsturz und der erreichten Unabhängigkeit von einer besseren Zukunft geträumt hatte, Enttäuschung breitgemacht hat. Zunehmende Bedeutung gewinnt auch die Pendelmigration, bei der Leute, die über die entsprechenden Voraussetzungen verfügen (Dauervisum, Mehrfachvisum, doppelte Staatsbürgerschaft), regelmäßig zwischen ihrem Herkunfts- und dem Zielland hin- und herwechseln.

Aus: *Le Monde diplomatique* (2009): *Atlas der Globalisierung*, Berlin, S. 16-17

M 23 - Einen Monat ohne Lohn

»Jetzt habe ich Deutschland kennen gelernt. Einen Monat hab ich gearbeitet und keinen Lohn erhalten.«

Es ist ein diesiger Freitagnachmittag im Oktober. Wir sind nach mehr als einer Stunde Fahrt in der Kleinstadt Chisineu-Cris, nicht weit von der Kreisstadt Arad entfernt, angekommen. Hier erwarten uns fünf rumänische Frauen für ein Interview. Sie hatten im Jahr zuvor als Wanderarbeiterinnen auf südhessischen Spargelfeldern gearbeitet. Die Tür des kleinen Apartments öffnet eine junge Frau. Alina, die Tochter des Hauses, begrüßt uns: »Guten Tag, kommen Sie herein, wir erwarten Sie schon.« Im Wohnzimmer ist der Kaffeetisch gedeckt, auf dem Sofa in der Ecke und um den Tisch herum sitzen die Frauen. Ana O., die Hausherrin, beginnt zu erzählen.

Seit 1992 war sie jedes Frühjahr zur Spargelernte im hessischen Lampertheim. Das Geld, das sich in diesen zwei Monaten als Saisonarbeiterin auf deutschen Feldern verdienen lässt, übersteigt das durchschnittliche Jahreseinkommen in Rumänien. Und so gehen sie, die Familie und die Nachbarinnen jährlich, wenn möglich, für zwei bis drei Monate zur Saisonarbeit außer Landes, um ihr Einkommen aufzubessern und Geld für Extraanschaffungen zu verdienen. 5,28 Euro pro Stunde ist der gesetzliche Mindestlohn für Saisonarbeiter in Deutschland. Von diesem Mindestlohn werden in der Regel Kost und Logis abgezogen, übrig bleiben ca. 1100 Euro für

zwei Monate Arbeit auf dem Spargelfeld. »Wir erhalten nie den festgeschriebenen Mindestlohn. Am Ende gehen wir meistens mit 3,50 Euro Stundenlohn nach Hause. Aber das ist immer noch das siebenfache des Lohns hier in Rumänien,« sagt Frau O. »Wir wissen, dass das Ausbeutung ist«, fügt Juliana T. hinzu: »Aber wir brauchen dieses Geld dringend für unser Auskommen, die wirtschaftliche Lage hier in Rumänien ist eine Katastrophe, also nehmen wir das in Kauf.«

Szenenwechsel: Lampertheim, Hessen. Jedes Jahr am zweiten Juniwochenende findet hier das dreitägige Spargelfest statt, um den Abschluss der Ernte zu feiern. Lampertheimer Spargel genießt nicht nur bei Feinschmeckern einen ausgezeichneten Ruf da kaum eine andere Anbauregion das Gemüse so günstig anbietet, wie die hessische Spargelstadt.

Jedes Jahr wirbt Bauer S. beim lokalen Arbeitsamt osteuropäische Saisonarbeiterinnen für seine Ernte an. Und so reisen im Frühjahr 2002, vermittelt durch die Zentrale Arbeitsvermittlung (ZAV) 18 rumänische Frauen zur Spargelernte aus der Gegend um Arad an. Die Arbeitsverträge sehen 60 Arbeitstage und den gesetzlichen Mindestlohn vor. In der ersten Woche erhalten die Frauen keine Verpflegung, sie ernähren sich von ihrem Reiseproviant; die Unterkunft ist miserabel und erst nach drei Tagen bekommen sie Bettwäsche. Bauer S. beansprucht trotzdem 8 Euro pro Tag für Kost und 6,22 Euro für Unterkunft vom Lohn der Erntehelferinnen,

Bildungsmaterialien

obwohl der vorgeschriebene Höchstsatz für Verpflegung 2,51 Euro und für Logis 1,55 Euro pro Tag beträgt. Die Arbeit ist hart und den ersten Lohn von 50 Euro bezahlt der Bauer auf Drängen der Arbeiterinnen erst nach zwei Wochen. Dafür kaufen sich die Frauen zunächst einmal die für die Feldarbeit nötigen Gummistiefel und Gummihandschuhe.

Nach knapp einem Monat sind die Spargelfelder abgeerntet. Bauer S. verlautbart, er habe keine Arbeit mehr. Auch auf mehrfaches Nachfragen hin, macht er weder Angaben zur Höhe des Lohnes, noch wann er ihn auszahlen möchte. All dies stimmt die Arbeiterinnen misstrauisch und sie beschließen abzureisen. Kurz vor der Abreise zahlt er den Frauen, anstatt des ihnen zustehenden Lohns (in willkürlicher Manier) zwischen 250 und 350 Euro aus. In den von ihm ausgestellten Lohnabrechnungen zieht er neben Unterkunfts- und Verpflegungskosten nie geleistete Sozialversicherungsbeiträge ab. Außerdem bezahlt er weder die geleisteten Überstunden noch Wochenendtarif.

»Wir sind zwar einfache Leute, aber wissen trotzdem, was uns zusteht«, sagt Frau O. Und so kommt es, dass sie am Rückreisetag dem Bauern ihre von ihm vorenthaltene Lohnabrechnung entwendet. Gemeinsam mit einer Kollegin legt sie beim örtlichen Arbeitsamt Beschwerde über die vorzeitige Kündigung, die menschenunwürdigen Ar-

beitsbedingungen sowie die geringen Lohnsummen aller Frauen ein. Der Mitarbeiter des Arbeitsamtes protokolliert die Beschwerde und gibt den Frauen die Telefonnummer der Beratungsstelle für osteuropäische WanderarbeiterInnen, ZAPO (Zentrale Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa) in Berlin. Zu Hause angekommen setzen die Frauen sich mit der ZAPO in Verbindung und reichen mit Unterstützung der Beratungsstelle Klage vor dem Arbeitsgericht ein. Im Juli dieses Jahres wird Bauer S. dazu verpflichtet, zumindest den noch ausstehenden Lohn des ersten Monats der 18 rumänischen Landarbeiterinnen, 960 Euro pro Person, auszuzahlen.

Bauer S. ist kein Einzelfall. Mehr als 250.000 Arbeitskräfte kommen vermittelt über die Zentrale Arbeitsvermittlung (ZAV) jedes Jahr aus osteuropäischen Ländern nach Deutschland, um bis zu drei Monate vor allem in der Landwirtschaft zu arbeiten. Wie viele Menschen darüber hinaus ohne Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnisse in der deutschen Landwirtschaft oder in anderen Sektoren arbeiten, ist schwer zu schätzen. Berichte über Lohnbetrug an SaisonarbeiterInnen werden immer wieder bekannt.

Gerda Heck (2005): Jetzt habe ich Deutschland kennen gelernt. Einen Monat hab ich gearbeitet und keinen Lohn erhalten, in: http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/06_keinen_lohn.html (25.07.2011)

M 24 - Migration: Integration und Arbeitsmarkt

Zum Zeitpunkt des Anwerbestopps von 1973 waren ca. 2,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ihr Anteil liegt heute bei knapp zwei Millionen (2002: 1,89 Mio.). Ein wachsender Anteil von Zuwanderern nicht nur der zweiten und dritten Generation ist im Dienstleistungssektor und als Selbstständige tätig. Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind inzwischen in fast allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Banken- und Versicherungsgewerbes sowie des öffentlichen Dienstes mit mehr als zehn Prozent zu einem stabilen Bestandteil der Erwerbsbevölkerung geworden. Mehr als ein Drittel der ausländischen Erwerbstätigen arbeitet inzwischen als Angestellte. Dennoch bleibt mehr als die Hälfte als Arbeiter beschäftigt, während der Gesamtwert der Beschäftigten mit diesem Status 28,5 Prozent beträgt. Insbesondere für Migrantinnen sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu einer wichtigen Erwerbsalternative geworden. Zusammenfassend lässt sich von der "ökonomischen Integration eines großen Teils der Arbeitsmigranten der Ersten und noch eines Teils der zweiten Generation auf dem Niveau meist niedrig qualifizierter Beschäftigung sprechen".

Einen zentralen Problembereich im Integrationsprozess stellt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit von Migranten dar: für 2002 weist die offizielle Statistik eine Arbeitslosenquote von 17,8 Prozent aus. Ausländerinnen und Ausländer sind mehr als doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche, zudem gibt es große Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Nationalitäten.

Mehr als dreiviertel aller arbeitslosen Ausländer haben keine abgeschlossene Berufsausbildung, fast 30 Prozent sind ein Jahr oder länger arbeitslos. Dies ist auf das Zusammenwirken zahlreicher Faktoren zurückzuführen. Dazu gehört etwa der beobachtbare Strukturwandel mit einem Rückgang an Beschäftigungsverhältnissen besonders im Bereich der unqualifizierten Arbeit. Auf einem Arbeitsmarkt mit gestiegenen Qualifikationsanforderungen tragen zudem die vergleichsweise niedrigen beruflichen Qualifikationen von Zuwanderern zu ihrer geringeren Konkurrenzfähigkeit bei.

Der Zugang für Zuwanderer zum deutschen Arbeitsmarkt gestaltet sich heute sehr unterschiedlich und ist insbesondere von Faktoren wie der Staatsangehörigkeit oder dem Aufenthaltsstatus abhängig. Das zeigen die Regelungen zur Anwerbung ausländischer Anwerbekräfte (wie die Anwerbestoppausnahme- oder die Green-Card-Verordnung) und die im Zuwanderungsgesetz enthaltenen neuen Regelungen zum Arbeitsmarktzugang deutlich. Dort wurde der Arbeitsmarktzugang für Zuwanderer seit Januar 2005 neu konzipiert. Unter grundsätzlicher Beibehaltung des Anwerbestopps und der Anwerbestoppausnahmeregelungen, die weiterhin eine individuelle Vorrangprüfung vorsehen, bevor eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, wurden eine Reihe neuer Zuwanderungsmöglichkeiten für hoch qualifizierte geschaffen. Auch für qualifizierte, Selbstständige und ausländische Absolventen deutscher Hochschulen wurden die Möglichkeiten zur Einreise bzw. einer Arbeitsaufnahme erleichtert. Neu ist zudem, dass mit der Erteilung einer so genannten

Bildungsmaterialien

Aufenthaltserlaubnis gleichzeitig die Arbeitserlaubnis vergeben wird, wobei das Verfahren von der jeweiligen Ausländerbehörde und der Bundesagentur für Arbeit abgestimmt wird. (...)

Grundsätzlich war und ist die Beschäftigung von Zuwanderern vom Ausländer(arbeits)recht abhängig ist. Es regelt den Zugang Nichtdeutscher zum Arbeitsmarkt und legt fest, wer "vorrangigen", wer "nachrangigen" und wer keinen (legalen) Zugang zu offenen Arbeitsstellen hat. Insgesamt ist der Arbeitsmarktzugang vieler Zuwanderer also von Nationalität und Aufenthaltsstatus abhängig: EU-Bürgerinnen und -Bürger genießen das Recht der Arbeitnehmerfreizügigkeit, womit sie uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt besitzen und von der für Nichtdeutsche geltenden Arbeitsgenehmigungspflicht befreit sind. Gleiches gilt für Drittstaatsangehörige mit denen Deutschland so genannte bilaterale Assoziationsabkommen getroffen hat (also z.B. für die große Gruppe türkischer Zuwanderer, die 2001

knapp 27 Prozent aller Ausländer in Deutschland darstellten) sowie für Zuwanderer mit einem gefestigten, also auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus. Wie für alle Arbeitskräfte aus Drittstaaten gilt auch hier, dass sie erst nach einer individuellen Vorrangprüfung eine Beschäftigung aufnehmen können.

Die übrigen Nichtdeutschen im Erwerbsalter (Familienangehörige, Flüchtlinge und nicht auf Dauer hier lebende Zuwanderer) haben einen sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, erhalten ihn gar nicht oder – wie etwa Asylbewerberinnen und -bewerber – erst nach einjähriger Wartezeit und unter Auflagen. Im Jahr 2000 traf dies für rund 47 Prozent der Ausländer in der Bundesrepublik zu. (...)

*Carolin Reißland, Bundeszentrale für politische Bildung,
http://www.bpb.de/themen/544H4S,0,0,Integration_und_Arbeitsmarkt.html*

M 25 - MigrantInnen in Deutschland

I. Migrantinnen und Migranten sind vielfältig

Wenn wir von Migrantinnen und Migranten, Migration und Menschen mit Migrationshintergrund schreiben, benutzen wir damit einen Sammelbegriff für eine äußerst unterschiedliche Gruppe von Menschen. MigrantInnen unterscheiden sich untereinander in vielerlei Hinsicht: In der Dauer ihres Lebens in Deutschland (oder auch das ihrer Eltern und Vorfahren), in ihren Herkunftsländern (oder denen ihrer Eltern und Vorfahren), ihrer Mutter- oder Hauptsprache (in vielen Fällen Deutsch), ihrer sozialen Situation, ihrem rechtlichen Status (der von weitgehender Rechtlosigkeit bei einem illegalen Aufenthalt bis hin zur deutschen Staatsbürgerschaft bei eingebürgerten MigrantInnen und Aussiedlern reichen kann), ihrer kulturellen und religiösen Orientierung, ihres Geschlechtes und nicht zuletzt ihren ganz persönlichen Lebensumständen. MigrantInnen sind also keine einheitliche Gruppe. (...)

II. Migration ist "normal"

Migration ist für Deutschland überhaupt keine neue Erscheinung, auch wenn die öffentliche Debatte bis vor kurzem den Eindruck erweckte, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Richtig ist vielmehr, dass Deutschland über Jahrhunderte hinweg ein Land von Ein-, Durch- und Auswanderung war und dass es einen ethnisch eindeutigen Deutschen nicht gab und gibt. Die Gründe für die Ein- und Auswanderung nach und aus Deutschland sind wiederum vielfältig: Persönliche, poli-

tische, soziale und wirtschaftliche. Armut, die Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunftsperspektive waren für die Auswanderer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern (z.B. Irland, Italien, Polen), die vor allem im 19. Jahrhundert in die USA, aber auch nach Argentinien, Australien und andere Länder auswanderten, genauso wichtige Gründe wie für die meisten Menschen, die heute aus Mittel- und Osteuropa sowie vor allem aus Afrika, Lateinamerika und Asien in die Europäische Union einwandern. (...)

In den achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre kam eine wachsende Gruppe von AsylbewerberInnen nach Deutschland, obgleich nur ein sehr kleiner Teil der weltweit flüchtenden Menschen Europa oder gar Deutschland als Ziel hatte. Die heftige und manchmal hysterische Debatte um die AsylbewerberInnen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, führte 1993 zur drastischen Einschränkung des Asylrechtes im Grundgesetz. Infolgedessen sanken die Asylantrags- und Asylanerkennungszahlen, aber gleichzeitig stieg die Zahl der AsylbewerberInnen in anderen EU-Staaten und in Deutschland nahm die Zahl von Menschen, die illegal hier leben, zu. (...)

III: Zur spezifischen Rolle von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Weltweit migrieren und flüchten weit mehr Frauen als Männer. Aufgrund der ungleichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und ihrem ungleichen Zugang zu Ressourcen wird von einer »Feminisierung der

Bildungsmaterialien

Armut« gesprochen. »Frau-Sein« und »Ausländerin-Sein« zieht spezifische Ausschlüsse nach sich. Das Bild der Migrantin ist geprägt von der manchmal gut gemeinten, aber letztlich diskriminierenden Vorstellung einer »Dritte-Welt-Frau«, die unterdrückt, abhängig, hilflos und ungebildet ist. Damit werden ihnen eigene Handlungsmöglichkeiten per se abgesprochen.

Der kontinuierlich wachsende Dienstleistungsbereich zeigt deutlich die Aufteilung des Arbeitsmarktes. Je höher die Qualifizierung, die Absicherung und die Bezahlung sind, desto weißer und männlicher ist die Belegschaft.

Demgegenüber besteht die Mehrheit der prekariert, d.h. hinsichtlich des Einkommens, der Arbeitsplatzsicherheit, der Arbeitszeit flexibel und ungesichert, im Dienstleistungsbereich Beschäftigten aus Frauen. Darunter sind Migrantinnen überproportional vertreten, und unter diesen wiederum, die schätzungsweise $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ Millionen in Deutschland lebenden illegalisierten Menschen. Sie putzen, kochen, servieren, leisten Sexarbeit, betreuen Kinder und Alte in den Haushalten.

Gerade diese Beschäftigung von Frauen ohne Papiere in privaten Haushalten hat in den letzten Jahren konstant zugenommen. Es findet eine so genannte Arbeitsteilung unter Frauen statt, d.h. die Frauen zugeschriebene Verantwortlichkeit für Haushalt und Sorgaufgaben wird z.T. an migrantische Frauen abgegeben. 2000 gründete sich auch in Deutschland ein Netzwerk der Selbstorganisation und Unterstützung der Hausarbeiterinnen. Ein weiteres Arbeits-

feld, in dem seit den 1990er Jahren immer mehr Migrantinnen tätig sind, ist die Sexarbeit – einige freiwillig, andere werden zur Prostitution gezwungen.

IV. Aktuelle politische Maßnahmen wirken sich für MigrantInnen spezifisch aus

Auch männliche und legal in Deutschland lebende Migranten sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen oder im Niedriglohnbereich beschäftigt. Dies hängt u.a. mit der Tätigkeit der früheren Gastarbeiter in den Industrien zusammen, die zunehmend Personal abbauen. Unter diesen migrantischen Industriearbeitern waren die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, stark vertreten. Im öffentlichen Dienst sind MigrantInnen immer noch sehr schwach vertreten, zunehmend mehr dagegen unter kleinen und mittleren Selbstständigen. (...)

Migrantinnen und Migranten sind nicht nur von unmittelbar auf sie zielenden Gesetzen und politischen Debatten wie der um Zuwanderung und Staatsangehörigkeit betroffen. Auch allgemeine politische Maßnahmen wie die vielen so genannten Reformen in den Bereichen Rente, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarktpolitik beinhalten Verschlechterungen für MigrantInnen.

Veth, Silke/ Weis, Florian, Rosa-Luxemburg-Stiftung, (2005): Lebens- und Arbeitsverhältnisse von MigrantInnen in Deutschland, in: http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/02_verhaeltnisse.html (25.07.2011)

M 26 - Scheinargumente

(1) Die Probleme der Globalisierung lassen sich nur auf globaler Ebene lösen. In der WTO müssen Mindeststandards für Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltschutz vereinbart werden, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

Eine derartige Angleichung, die ja das gesamte binnenwirtschaftliche Gefüge eines jeden Landes einschließen müsste, ist bei den weltweit gegebenen großen Produktivitäts-, Kaufkraft- und Preisunterschieden weder ökonomisch noch politisch durchführbar bzw. durchsetzbar und würde überdies insbesondere am Eigennutz der Niedriglohnländer scheitern, die den größten Anreiz haben, die höheren Standards der Industrieländer zu unterbieten.

(2) Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer sichert die verbleibenden heimischen Arbeitsplätze.

Richtig ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen unter neoliberalen Bedingungen ohne Verlagerungen ins Hintertreffen geraten und einen noch schnelleren Arbeitsplatzabbau bewirken würde. Aufgrund des beständigen globalen Kostendrucks setzt sich der Verlagerungsprozess jedoch endlos fort und dehnt sich – dem Fortschritt der Schwellenländer folgend – Schritt für Schritt auf Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen aus. Kein einziger Arbeitsplatz kann demnach als auf Dauer gesichert eingestuft werden kann. Die Verlagerungen in Billiglohnländer bewirken lediglich eine Verzögerung des Abbaus der restlichen Arbeitsplätze.

(3) Der Arbeitsmarkt muss dereguliert und flexibilisiert werden, die Arbeitskosten, Steuern und Auflagen müssen gesenkt werden, um Wachstum zu generieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit all diesen Maßnahmen lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen unter neoliberalen Bedingungen zwar vorübergehend steigern, jede Maßnahme trägt jedoch zugleich zur Verstärkung des globalen Kostendrucks bei und erzeugt, sobald sie vom steigenden Gegendruck eingeholt wird, umso mehr Arbeitslosigkeit sowie öffentliche und private Armut. (...)

(4) Unsere einzige Chance als Hochlohnland im Wettbewerb mit Niedriglohnländern sind Innovationen und Wachstum im Export.

Produkt- und Prozessinnovationen stärken unter neoliberalen Bedingungen zwar vorübergehend die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sie erhöhen aber auch deren Scheinproduktivität auf Kosten von Arbeitsplätzen und Umwelt. Zudem provoziert eine hohe Exportabhängigkeit unter dem Kostendruck globaler Märkte ständige Verlagerungen inländischer Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Je weiter sich ein Land dem globalen Wettbewerb öffnet, je innovativer es im neoliberalen Sinne und je exportabhängiger es ist, und je mehr es folglich seine internen Wirtschaftskreisläufe unterbricht und vernachlässigt, desto stärker gerät es in den Strudel des verheerenden neoliberalen Teufelskreises.

(5) Wir sind zu träge und bequem geworden. Wir müssen einfach den Gürtel enger schnallen und mehr leisten, dann wird es auch wieder bergauf gehen.

Ein hochgradig populistisches Argument, das von unternehmerischer Seite gestreut wird, um den Boden für unbezahlte Mehrarbeit und Niedriglöhne zu bereiten. Es zielt einzig darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit im gegebenen neoliberalen Umfeld durch sinkende Arbeitskosten zu stärken. Bei steigender neoliberaler Scheinproduktivität und damit sinkendem nationalen Arbeitsvolumen lässt sich die systembedingte Dauerdepression mit hoher Arbeitslosigkeit schwerlich durch Sekundärtugenden wie Genügsamkeit und Fleiß überwinden.(...)

(6) Die Politik ist die falsche Adresse, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen – da ist allein die Wirtschaft gefordert.

Dies ist eine für neoliberale Wirtschaftspolitiker typische, taktisch motivierte Bankrotterklärung, mit der sie versuchen, die souveränen und demokratisch legitimierte wirtschaftspolitischen Vollmachten des Staates zu leugnen und sich persönlich aus ihrer Verantwortung für die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regeln zu stellen – oder anders ausgedrückt: der Deregulierung

Tür und Tor zu öffnen und die wirtschaftspolitischen Vollmachten an die EU, die WTO oder gleich direkt an die Wirtschaft zu übertragen. In Wirklichkeit sind die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ausschließlich von der souveränen politischen Gestaltung und Durchsetzung einer Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung abhängig, das heißt, vom Primat der lokalen, regionalen und nationalen Politik über die lokale, regionale und nationale Wirtschaft.

(7) Industrielle Direktinvestitionen in unterentwickelten Ländern sind die beste Entwicklungshilfe.

Direktinvestitionen global agierender Unternehmen sind für unterentwickelte Länder von zweifelhaftem Nutzen. Denn in der Regel sind sie nicht in einen schlüssigen Entwicklungsplan eingebunden, sondern entspringen eigennützigen Abmachungen zwischen fremden Unternehmern und nationalen Machtelementen. Mit diesem Geburtsfehler behaftet, zielen diese Investitionen auf isolierte Produktionen von Exportgütern, die wertvolle Ressourcen binden, ohne zum Aufbau lokaler Wirtschaftskreisläufe und landesspezifischer Arbeitsplätze beizutragen, und die nach Belieben wieder abgezogen werden, sobald sich für die globalen Akteure günstigere Standorte bieten. Langfristig fördern Direktinvestitionen in unterentwickelten Ländern unter neoliberalen Bedingungen die Ungleichverteilung bis hin zur ausgeprägten Zweiklassengesellschaft mit isolierten, exportorientierten Industriebetrieben auf der einen und verwahrlostem wirtschaftlichen Primärsektor auf der anderen Seite. Die meisten lateinamerikanischen Länder sind Opfer dieser Art von Entwicklungshilfe geworden.

(8) Privatisierung öffentlicher Güter muss sein.

Behauptet wird, die privatwirtschaftliche Durchführung öffentlicher Aufgaben wie etwa Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Umwelt-

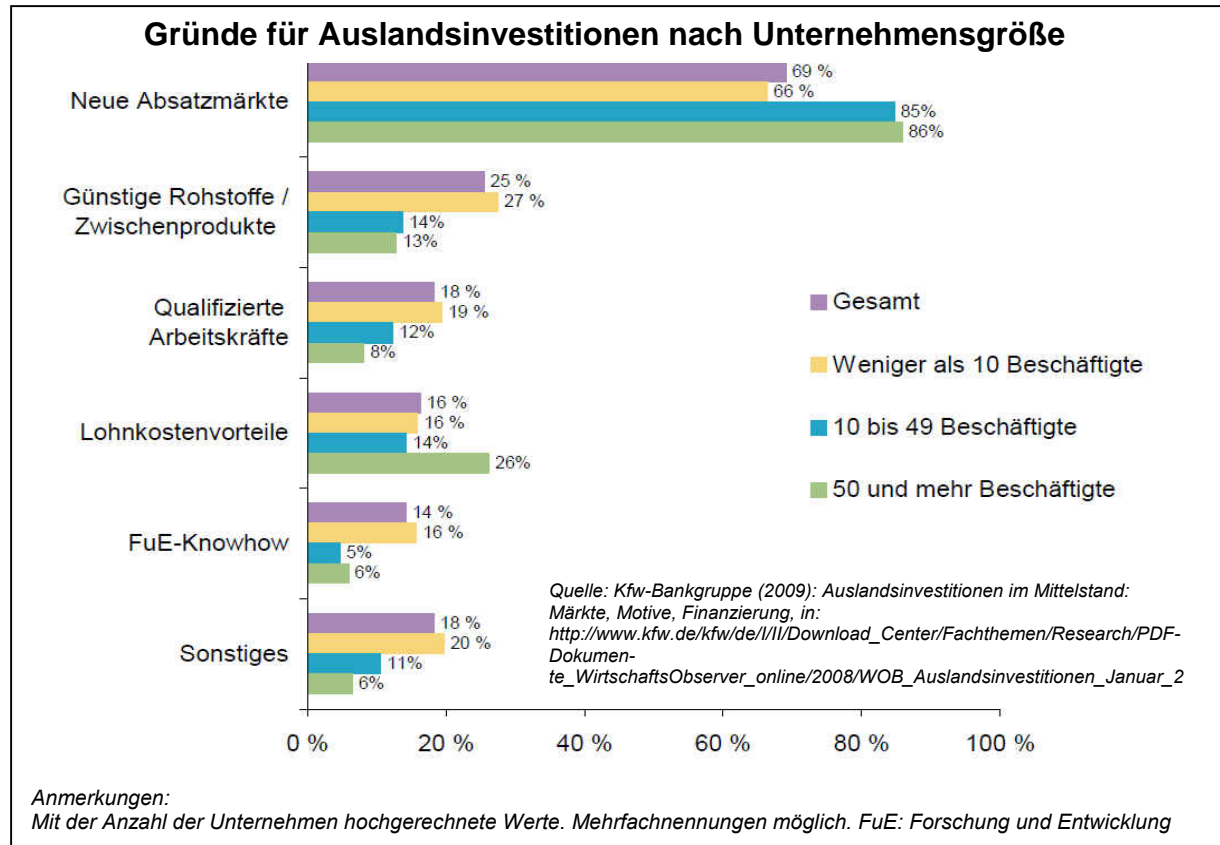
schutz, Städteplanung und Nahverkehr sei der staatlichen überlegen, weil im marktwirtschaftlichen Wettbewerb eine höhere Effizienz erzielt und den Bürgern ein besseres und preiswerteres Angebot beschert werde. Falsch! Denn die Unternehmen sind im globalen Kostenwettbewerb gezwungen, sich in die Abhängigkeit der globalen Faktormärkte zu begeben und insbesondere den Renditeerwartungen der Finanzmärkte gerecht zu werden. Daraus ergibt sich der Zwang zu Fusionen und zu Übernahmen von Konkurrenten sowie zu ständiger Rationalisierung und periodischem Arbeitsplatzabbau. Öffentliche Gebietsmonopole werden auf diese Weise in transnationale privatwirtschaftliche Oligopole und Monopole verwandelt, die ihre Geschäftsfelder auf lukrative Ballungsgebiete fokussieren, die Versorgung der Fläche einstellen und schlechte Qualität zu überhöhten Preisen anbieten.

(9) Behauptet wird, nur der globale Wettbewerb mit seinen Anreizen zu technologischen und sonstigen Innovationen schaffe die Grundlage für ständiges - quantitatives - Wirtschaftswachstum, das erforderlich sei, um Fortschritt, Beschäftigung und Wohlstand sicherzustellen.

Falsch! Denn zum einen ist ein Wirtschaftssystem absurd, das unter den irdischen Bedingungen begrenzter Ressourcen und entsprechend begrenzter Stoff- und Energieumsätze ewiges Mengenwachstum anstrebt. Zum anderen hat sich das neoliberale System mit seiner hohen Scheinproduktivität so weit aus der sozialen und ökologischen Verantwortung gestohlen, dass es selbst in den nur noch vorübergehend regional auftretenden Wachstumsphasen Arbeitsplätze und Umweltschutz abbauen muss.

<http://attac-muenchen.org/attachments/32>

M 27 - Mythos Standortschwäche



Regierung und Opposition sind sich einig: Die Globalisierung erzwingt den Abbau des Sozialstaates. Die Wettbewerbsfähigkeit müsse weiter gesteigert werden. Dies bedeute vor allem Senkung der Lohnkosten, also auch der Sozialversicherungsbeiträge. Verwunderlich, denn: Deutschland ist Exportweltmeister – noch vor den USA, obwohl dort dreieinhalb mal so viele Erwerbstätige arbeiten. Ein Zehntel aller weltweit exportierten Güter kommt aus Deutschland. (...)

Laufen die Arbeitsplätze weg?

Die angebliche Wettbewerbsschwäche wird mit Produktionsverlagerungen ins Ausland begründet. Ein Beispiel ist der Fall Siemens. Nur mit der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und weiteren Verschlechterungen sei der Standort mit 2000 Beschäftigten zu halten. Verlagerung von Produktionsstätten als Form der internationalen Arbeitsteilung ist jedoch keine neue Entwicklung. Man erinnere sich nur an die Textilindustrie und die Produktion von Radio- und Fernsehgeräten in den 70er Jahren. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ist zum Problem geworden, weil nicht gleichzeitig durch Wachstum und Strukturwandel neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Kein Wunder. Die Binnennachfrage ist durch zu niedrige Lohnerhöhungen in den letzten Jahren zu schwach. Auch der Staat hat durch immer tiefere Schnitte bei den Ausgaben die Nachfrage stranguliert. In vielen Fällen wird mit Produktionsverlagerung auch gedroht, um Kosten zu senken und die Rendite zu steigern. In Zeiten des shareholder-Kapitalismus werden von den Finanzmärkten bestimmte Mindestrenditen erwartet.

Achillesferse schwache Binnennachfrage

Wäre die binnenwirtschaftliche Dynamik nicht am Boden, wäre die Arbeitslosigkeit nicht so hoch, würden hinreichend Ersatzarbeitsplätze bereit stehen, dann wäre die Drohung des Arbeitsplatzverlustes nicht so brisant.

Aus ver.di-Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik (2004): Mythos Standortschwäche in: http://wipo.verdi.de/broschueren/als-downloads-verfuegbar/mythos_standortschwaeche/data/mythos_standortschwaeche_version_internet.pdf (15.09.2011)

M 28 - Alternativen zur Sicherung des Sozialstaats

Alternativen sind notwendig – Umverteilung umkehren

(...) Wenn Politik es wirklich ernst mit der Sozialen Marktwirtschaft meint, so hat hier der Staat die Aufgabe, die ungerechten und suboptimalen primären Verteilungsergebnisse, die an den Märkten zustande kommen, durch eine Umverteilung zu berichtigen. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert in diesem Kontext endlich die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zunächst zehn Euro brutto je Stunde. Dies auch in Anbetracht der ab dem 1. Mai 2011 gültigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger aus den zehn osteuropäischen EU Beitrittsstaaten. Hier droht ohne einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn zukünftig ein noch schärferes Lohndumping.

Ein weiterer notwendiger Beitrag des Staats besteht darin, Formen der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, durch die die Position der Gewerkschaften in den letzten Jahren nachhaltig geschwächt wurde, wieder zurückzunehmen und die Arbeitsmärkte stärker zu regulieren und zu entflexibilisieren. Hier fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik u. a. eine Begrenzung der Leiharbeit zur ausschließlichen Abdeckung von Auftragsspitzen in den Unternehmen. Leiharbeit ist dabei als eine besonders belastende Form der abhängigen Beschäftigung nicht wie heute mit geringeren, sondern mit höheren Löhnen als bei vergleichbarer Normalbeschäftigung zu vergüten. Der Staat als Tarifpartner könnte dabei mit gutem Beispiel vorangehen, indem er im Rahmen seiner eigenen Tarifabschlüsse Lohn- und Gehaltserhöhungen oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums vereinbart. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirt-

schaftspolitik unterstützt ausdrücklich die aktuellen Tarifforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten in den Bundesländern deutlich anzuheben.

Ohne Arbeitszeitverkürzung keine Vollbeschäftigung

(...) Ohne den Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist eine Trendwende bei der sozial ungerechten und wirtschaftlich kontraproduktiven neoliberalen Umverteilung von unten nach oben kaum durchsetzbar. Jede Form von Arbeitszeitverkürzung ist denkbar. Die Lebensarbeitszeit kann durch einen frühen Ausstieg aus dem Erwerbsleben genauso verkürzt werden, wie die regelmäßige Wochenarbeitszeit. In Teilzeit arbeitenden Männern und insbesondere Frauen, die gerne länger arbeiten wollen, muss dies ermöglicht werden. Entsprechend stark ist die regelmäßige Vollzeitarbeitszeit zu senken. Das Ziel muss lauten: Kurze Vollzeit auf Basis einer 30-Stunden-Woche für alle. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist – genauso wie beim Arbeitsentgelt – die Verteilungsfrage zu stellen. (...)

Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit würde der Staat die erheblichen Kosten der Arbeitslosigkeit einsparen und zudem würde durch mehr Beschäftigte eine zusätzliche Konsumnachfrage entfaltet. Zur Umsetzung von Arbeitszeitverkürzungen in kleinen Unternehmen bis 50 Beschäftigten sollte die Bundesagentur für Arbeit adäquate monetäre Unterstützungen in den ersten drei Jahren leisten. Es gibt keinen Grund, Arbeitszeitverkürzungen nicht sofort auf die gewerkschaftliche und politische Agenda zu setzen. Dagegen steht allerdings eine von mächtigen Kapitalinteressen geleitete Bereicherung einer gesellschaftlichen Minderheit zulasten der

Bildungsmaterialien

Mehrheit abhängig Beschäftigter und Arbeitsloser.

Öffentlich geförderte Beschäftigung

(...) Öffentlich geförderte Beschäftigung sieht die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik als eine sozialverträgliche Alternative zu Hartz IV an. Deshalb müssen die zu schaffenden öffentlichen Beschäftigungsverhältnisse gute Arbeitsbedingungen zu existenzsichernden Bezahlungen gewährleisten. Neben Arbeitszeitverkürzungen und einem öffentlichen Beschäftigungssektor schlägt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein umfassendes öffentliches Investitions-, Beschäftigungs- und ökologisches Umbauprogramm in Höhe von jährlich 110 Milliarden Euro vor. Dies sind etwa vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Von diesem Betrag sollen 75 Milliarden Euro in öffentliche Investitionen fließen, 18 Milliarden Euro in öffentlich geförderte Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Sektor und die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie 17 Milliarden Euro in die Förderung des Konsums durch die Anhebung der Sätze für das Arbeitslosengeld II.

Finanziert werden soll das Programm durch eine völlig andere Steuerpolitik. (...) Ausgehend von dem alten finanzwissenschaftlichen Grundsatz der gerechten Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik eine kräftige

Anhebung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie adäquate Erbschaft- und Schenkungsteuersätze mit angemessenen Freibeträgen. Das völlig überholte Ehegattensplitting soll abgesehen von einer Übergangsregelung abgeschafft werden. Als Ausgleich erhält jeder nicht erwerbstätige Ehegatte einen Freibetrag. Alle Einkunftsarten (auch Kapitaleinkommen und Dividenden) müssen einheitlich dem individuellen Einkommensteuertarif unterliegen. Die 2009 eingeführte Abgeltungsteuer muss wieder abgeschafft werden. Um die Kommunen besserzustellen, muss die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden. Um Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten zu verteuern und einzudämmen, muss eine Finanztransaktionsteuer mindestens auf europäischer, aber besser noch auf internationaler Ebene eingeführt werden. Und nicht zuletzt muss endlich eine konsequente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung durchgesetzt werden. Steuerdelikte sind keine „Kavaliersdelikte“. (...)

Aus: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): Memorandum 2011. Kurzfassung, in: http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/memorandum_2011_kurzfassung.pdf (09.09.2011)

M 29 - Gewerkschaften und internationale Finanzmärkte

Forderungen der UNI-Europa Finanz zur Regulierung der Finanzmärkte

Die nationalen und internationalen Finanzmärkte haben eine Schlüsselstellung für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft. Disfunktionalitäten in diesen Märkten haben sofortige Auswirkungen auf andere Bereiche der Volkswirtschaften, ja sie können sogar Ursachen für Wirtschaftskrisen und Zusammenbrüche von Volkswirtschaften sein. In den 90er Jahren hat weltweit eine Deregulierung der Finanzmärkte stattgefunden, globale Finanzmärkte sind entstanden. Mit dieser Deregulierung haben auch die Instabilitäten auf den Finanzmärkten zugenommen. Erinnerung sei hierbei an die Asienkrise 1997, die Pleite des Hedgefonds LTCM 1998, die Argentinienkrise 2001 oder die Börsenkrise 2001. Besonders die aktuelle weltweite Finanzmarktkrise macht deutlich, dass die Finanzmärkte aus dem Ruder gelaufen sind. Noch vor wenigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass eine wirtschaftliche Krise in einem Wirtschaftszweig eines Landes, wie die Immobilienkrise in den USA, in kurzer Zeit die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zieht. Die Globalisierung des Finanzsystems auf der Basis eines kurzfristig an den Interessen der Investoren orientierten Finanzsystems gefährdet auch bisher sehr stabile und gut funktionierende Finanzmärkte. Die immer weiter gehende alleinige Orientierung der Geschäftspolitik der Unternehmen auf die Entwicklung der Aktienkurse und der Profitrate hat wesentliche negative Effekte auf Arbeitnehmer, Kunden und die Gesellschaft. Außer Deregulierung wurden im Finanzsektor auch neue Vergütungssysteme eingeführt, die nicht nur eine teilweise nicht mehr nachvollziehbare Erhöhung von Manager-

Bezügen zur Folge hatten, sondern aufgrund der Tatsache, dass diese Systeme vorrangig auf kurzfristigen Erfolg ausgelegt waren, auch zu entsprechend falschen unternehmerischen Entscheidungen führten. Wir müssen die von der Branche eingeschlagene Richtung umkehren, um den Wohlstand und die Zukunft der Menschen großer Teile der Gesellschaft nicht zu gefährden und eine möglichst kontinuierliche Entwicklung der Volkswirtschaften zu ermöglichen. Dazu bedarf es neuer Regulierungen auf nationaler und internationaler Ebene, die sicherstellen, dass Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen schneller sichtbar werden und die negativen Auswirkungen solcher Fehlentwicklungen begrenzt bleiben.

UNI Global Union fordert deshalb folgende Maßnahmen für eine bessere Regulierung der Finanzmärkte:

Transparenz erhöhen

Alle Risiken, die ein Finanzdienstleistungsunternehmen eingegangen ist, müssen auch aus der Bilanz erkennbar sein. Dazu zählen alle Eventualverbindlichkeiten. (...) Wichtig ist, dass alle Akteure auf den Finanzmärkten den gleichen Verpflichtungen und Kontrollen unterliegen. Auch Hedgefonds, Sovereign Wealth Funds (staatlich kontrollierte Fondsgesellschaften) und Private Equity-Gesellschaften müssen den gleichen Transparenzvorschriften unterliegen, wie Banken und Versicherungen. (...)

Überwachung des Finanzsektors

Die Aufsichtsbehörden der verschiedenen Staaten müssen ihre internationale Zusammenarbeit ausbauen. Gleichzeitig dürfen sie aber ihre Verantwortung im eige-

Bildungsmaterialien

nen Land nicht vernachlässigen, wie das etwa im Falle der Société Générale geschah. In der Europäischen Union muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen überall nach den gleichen Maßstäben überwacht werden. Die internationalen Kontrollstandards müssen regelmäßig an neue Erfordernisse angepasst werden und den Neuerungen der Branche Rechnung tragen.

Eigenkapitalvorschriften

Alle Kredite und kreditähnliche Verpflichtungen müssen durch entsprechende Unterlegung mit Eigenkapital abgesichert werden. Grundlage hierfür sind die Buchungsregeln gemäß Solvency 2 und Basel 2. Diese Vorschriften müssen überprüft werden. Höhere Risiken sind mit entsprechend höheren Eigenkapitalquoten zu unterlegen.

Pensionsfonds und Lebensversicherungen

Pensionsfonds und Lebensversicherungen sind bei vielen Menschen ein wesentlicher Bestandteil der Altersvorsorge geworden. Die Finanzverordnung bezüglich Kapitalanlagen für diese Unternehmen muss das Eingehen hoher Investitionsrisiken, wie z.B. ein Investment in Hedgefonds oder Private Equity-Fonds, verbieten. (...)

Vergütungssysteme für Manager

(...) Die Managerbezüge müssen auf einem vernünftigen Niveau gehalten und an den Erlös und die Ergebnisse des Unternehmens gekoppelt werden. Die Verbraucher und Arbeitnehmer müssen heute unter den Folgen schlechten Managements und übertriebener Bezüge der hoch bezahlten Führungskräfte leiden. Das Risiko darf niemals außer Acht gelassen werden, nur weil die Bezüge gleich bleiben, ganz egal, ob ein Manager Erfolg aufweisen kann oder nicht. (...)

Ratingagenturen

Das aktuelle weltweite Oligopol der Ratingagenturen muss aufgehoben werden. Zudem darf es nicht sein, dass Ratingagenturen zunächst bestimmte Finanzprodukte mitentwickeln und dann anschließend Bonitätsbeurteilungen für diese Produkte abgeben. (...) Wir brauchen unabhängige Ratingagenturen, die Ratings nicht auf Grund von wirtschaftlichen Interessen vergeben (können). In Europa sollte auf europäischer Basis mindestens eine öffentliche Ratingagentur aufgebaut werden.

Steueroasen

Steueroasen müssen trocken gelegt werden. Hierzu bedarf es internationaler Absprachen und nationaler Steuergesetze, die dafür sorgen, dass Geschäfte mit Steueroasen gemäß der nationalen Steuervorschriften zu behandeln sind, wenn nicht eine bestimmte Mindeststeuer im Ausland fällig wird.

Unternehmensübernahmen – Outsourcing – Offshoring

Bevor Unternehmen oder wesentliche Unternehmensteile gekauft oder verkauft werden können, sind die betroffenen Beschäftigten bzw. ihre VertreterInnen zu informieren, und es sind die Auswirkungen der geplanten Entscheidung mit den Arbeitnehmervertretern zu beraten. Werden die Beratungen nicht durchgeführt, so ist über gesetzliche Regelungen, z.B. durch eine EU-Richtlinie, festzulegen, dass die Unternehmensübernahme nicht erfolgen kann. (...)

Aus: UNI-Europa Finanz (2008): Forderungen der UNI-Europa Finanz zur Regulierung der Finanzmärkte, in: http://fidi.verdi.de/fidi_-_international/data/2009-06-05_uni_finance_regulation_financial_markets_deutsch.pdf (09.09.2011)

M 30 - Die Tobinsteuer

Symbol der Auseinandersetzung um die Regulierung der Finanzmärkte

Der in der Öffentlichkeit derzeit prominenteste Vorschlag für eine Reform im internationalen Finanzsystem ist der einer Steuer auf Devisentransaktionen, gemeinhin bekannt unter dem Namen Tobin Tax. Ursprünglich hatte in den 30er Jahren schon Keynes diese Idee, und in der aktuellen Debatte werden inzwischen auch eher Varianten bzw. Weiterentwicklungen des Vorschlags des Nobelpreisträgers James Tobin aus den 70er Jahren diskutiert.

Welches Problem soll die Tobin Tax bearbeiten? Die Liberalisierung des Finanzsektors hat dazu geführt, dass die weltweiten Devisenumsätze auf börsentäglich 1,5 Billionen US-Dollar angewachsen sind. Davon sind mehr als 80 Prozent kurzfristige Anlagen mit einer Laufzeit von weniger als sieben Tagen. Diese Geschäfte haben sich inzwischen weitgehend von realwirtschaftlichen Aktivitäten - Finanzierung und Absicherung (Hedging) von internationalen Handelsgeschäften und Investitionen - abgelöst. Resultat ist eine hohe, im Wesentlichen spekulationsbedingte Überliquidität.

Entgegen der Theorie führte die zusätzliche Liquidität aber nicht zu einer Stabilisierung der Devisenmärkte. Während ein Liquiditätsverlust und die dadurch erwartete Zunahme an Wechselkursschwankungen (Volatilität) als ökonomisches Haupt-

argument gegen die Tobin Tax genannt wird, geschieht in der wirklichen Welt das Gegenteil: Im gleichen Maße wie das Volumen der Finanzströme angewachsen ist, sind die Finanzmärkte volatiler geworden. Hauptursache sind die kurzfristigen Kapitalströme. Der abrupte Kapitalzu- bzw. -abfluss ist inzwischen selbst von manchen Protagonisten eines unregulierten Kapitalverkehrs als Auslöser von Wirtschafts- und Finanzkrisen und spekulativer Blasen auf den Finanzmärkten erkannt worden.

Auch die Behauptung, dass sich die alltägliche Spekulation und Arbitrage (Ausnutzung bereits bestehender Kursdifferenzen) beruhigend auf die Märkte auswirke, ist falsch. Zwar kann es durch die kurzfristigen Finanzflüsse zu temporären Gleichgewichten kommen, die jedoch rein monetärer Art sind und mittelfristig an die realwirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Genau das geschieht aber nicht, bzw. erst im Crash. Für ein längerfristiges Gleichgewicht auf den Märkten sind kurzfristige Arbitrage und Spekulationsgeschäfte deshalb ungeeignet, denn die Konzentration auf kurzfristige Transaktionen führt dazu, dass langfristige Erwartungen, die sich auf volkswirtschaftliche Fundamentaldaten stützen müssten, zunehmend von kurzfristigen Erwartungen bestimmt werden. Die Volatilität schafft sich damit immer aufs Neue ihre eigenen Grundlagen. (...) Aus der alltäglichen Spekulation entsteht eine Spekulation

Bildungsmaterialien

onsblase, die eine Währungs- und Finanzkrise auslösen kann.

Wie funktioniert nun eine solche Steuer? Dazu muss man wissen, dass der größte Teil der Devisenumsätze den Zweck hat, kurzfristige Kursdifferenzen im Promille-Bereich zu nutzen. Bei einem entsprechend hohen Einsatz lassen sich auf diese Weise beträchtliche Renditen erzielen. Eine entsprechende Besteuerung würde einen Teil dieser Transaktionen unrentabel machen. Die Höhe des Rückgangs hängt von der Höhe des Steuersatzes und der Reaktion der Marktteilnehmer ab. Bei einem Steuersatz von 0,25 % ginge das Volumen nach ökonometrischen Rechnungen um ca. ein Drittel zurück.

Zur Höhe der Steuer gibt es unterschiedliche Vorschläge, die sich in jüngster Zeit

aber alle in einem Spektrum von 0,05 % bis 0,5 bewegen. Die Festlegung der optimalen Höhe ist schwierig. Insofern wäre es im Falle einer Einführung sinnvoll, mit einem niedrigen Einstieg zu beginnen, der dann je nach Reaktion der Märkte flexibel hochgefahren werden kann.

Schopenhauer hat einmal gesagt, jede gute Idee durchläuft drei Stadien: in der ersten wird sie für verrückt und utopisch erklärt, in der zweiten wird sie erbittert bekämpft, in der dritten wird sie in die Praxis umgesetzt. Mit der Devisentransaktionssteuer befinden wir uns gegenwärtig am Beginn von Phase zwei.

Peter Wahl (weed), aus: Ver.di (Hrsg.); Internationale Finanzmärkte. Berlin 2002, S. 37-46.

M 31 - Gewerkschaft für Wanderarbeiter

Mach meinen Kumpel nicht an! Über Kritik und Praxis in der IG BAU

"Ohne Regeln geht es nicht!" Ein kleines Männchen im Blaumann, das ein Papier in die Höhe reckt, dahinter wahlweise ein Stoppschild oder eine Polizeikelle, ruft's dem geneigten Betrachter an zahlreichen Bauzäunen entgegen. Das Plakat der IG BAU wendet sich gegen "Lohndumping und illegale Beschäftigung" und ist Teil einer bundesweiten Kampagne der Gewerkschaft. Hauptbestandteile der Kampagne sind die Forderung nach verstärkten Baustellenkontrollen sowie die Einrichtung einer Telefon-Hotline, bei der "unsaubere" Beschäftigung gemeldet werden kann. Dass dabei vor allem die illegal beschäftigten, oftmals ausländischen Kollegen bekämpft werden, hat nun auch innerhalb der Organisation heftigen Widerspruch ausgelöst. Mitte Juli wurde ein mehrseitiges Diskussionspapier "Unsere Regeln taugen nichts!" innerhalb der IG BAU verschickt, in dem aktive Bau-Gewerkschafter ihre Organisation auffordern, das Scheitern der Kampagne einzugestehen und Konsequenzen zu ziehen.

(...) In der Tat sind die geforderten Kontrollen, die die Hauptzollämter (mitunter gemeinsam mit der IG BAU) auf Baustellen durchführen, zur Bekämpfung des Problems - der Beschäftigung zu Dumpinglöhnen - weitgehend ungeeignet. Lohnbetrug auf Baustellen erfolgt in der Regel nicht durch Zahlung nominell zu niedriger Löhne, sondern dadurch, dass zwar der gesetzlich vorgeschriebene Min-

destlohn in Höhe von derzeit 10,36 Euro für Hilfs- und 12,47 Euro für Facharbeiter im Westen und 8,95 bzw. 9,65 Euro in Ostdeutschland ausbezahlt wird, die tatsächliche Arbeitszeit aber wesentlich länger ist als vertraglich vereinbart. So wird auf zahlreichen Baustellen trotz anders lautender Verträge nicht 40, sondern 60 Stunden und mehr gearbeitet. Diese Art des Lohndumpings entzieht sich der Kontrolle durch den Zoll, denn die Papiere der Arbeiter sind in Ordnung, und eine tagelange Rund-um-die-Uhr-Observation von Baustellen ist weder üblich noch möglich. (...)

Die Autoren des gewerkschaftlichen Diskussionspapiers fordern deshalb eine Rückbesinnung auf die Prämissen internationaler Solidarität. (...) Sie fordern von ihrer Organisation, sich statt dessen gemeinsam mit den von Lohndumping betroffenen Kollegen ebenso wie mit Flüchtlingsorganisationen für eine Verbesserung der Situation einzusetzen, und verweisen dabei auf die (seltenen) Beispiele, in denen eine solche Solidarität in der Praxis erprobt wurde, etwa den Fall auf einer Berliner Baustelle, bei dem es afrikanischen Arbeitern mit Unterstützung antirassistischer Gruppen gelungen war, ausstehende Löhne in Höhe von 40.000 Euro einzutreiben.

Notwendig seien darüber hinaus Schulungen in den häufigsten "Bau-Sprachen",

Bildungsmaterialien

mehrsprachiges Informationsmaterial und vor allem eine organisationsinterne Diskussion darüber, wie Dumpingunternehmen offensiv entgegen getreten werden könne. Denkbar seien etwa Kampagnen mit dem Ziel der Rufschädigung und Schließung entsprechender Firmen. Für Schritte in Richtung einer offensiven Gewerkschaftspolitik gemeinsam mit den Betroffenen stünden die Autoren jederzeit zur Verfügung.

Wanderarbeiter-Gewerkschaft gegründet

Gelegenheit dazu könnte es schon bald geben. Wie auf der Dortmunder Konferenz "Die Kosten rebellieren" bekannt wurde, bastelt die IG BAU an einem *Europäischen Verband der Wanderarbeiter*, der Anfang September der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Eine Studie der Gewerkschaft hat ergeben, dass unter bestimmten Bedingungen gut die Hälfte der zumeist osteuropäischen Entsendearbeiter* bereit wäre, einer solchen Organisation beizutreten. Der Verband, der formell völlig unabhängig von der IG BAU sein soll, wird über einen eigenen Stamm an Hauptamtlichen verfügen. Dieser soll sich zu einem großen Teil aus Angehörigen derjenigen Nationen zusammensetzen, die auf den bundesdeutschen Baustellen

vertreten sind. Der künftige Generalsekretär des Verbandes, Matthias Kirchner, betont die Notwendigkeit, dass die betreuten Kollegen es mit MuttersprachlerInnen zu tun haben. "Das ist in der Bedeutung für den Aufbau von Vertrauen durch die Kollegen uns gegenüber gar nicht hoch genug einzuschätzen", so Kirchner. Das Vorgehen soll außerdem dazu beitragen, die Arbeit auf die Bedürfnisse der Betroffenen auszurichten.

Ziel des Verbandes ist die Durchsetzung geltender gesetzlicher und/oder tariflicher Regeln für Wanderarbeiter, als wünschenswert bezeichnet Kirchner den Abschluss von Tarifverträgen, die der Situation auch der nicht-deutschen Beschäftigten gerecht wird. Auch wenn der neue Verband sich zunächst vor allem an Entsendearbeiter aus dem europäischen Ausland richtet, so sind doch ausdrücklich auch Arbeiter, die über keine gültige Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis verfügen, eingeladen, das Angebot der Wanderarbeiterunion anzunehmen. Es gehe nicht um Ausgrenzung, sondern um Hilfe auch für illegal hier lebende Menschen, so Kirchner.

Jan Ole Arps, aus: ak - zeitung für linke debatte und praxis / Nr. 486 / 20.8.2004

*Als Entsendearbeiter werden ArbeiterInnen bezeichnet, die als Beschäftigte einer Firma Auftragstätigkeiten für eine andere Firma in einem anderen Land verrichten. Sie haben wie alle anderen hier Arbeitenden mindestens Anspruch auf den in der Bundesrepublik gültigen Mindestlohn für das Baugewerbe.

Zum „Europäischen Verband der Wanderarbeiter“ s. auch: www.emwu.org.

M 32 - Kampagnen im internationalen Rahmen

Interview mit Jeffrey Raffo/OrKa (Organisierung und Kampagnen)

Jeffrey Raffo war früher »Organizer« bei verschiedenen amerikanischen Gewerkschaften. Er hat Beschäftigten geholfen, in ihren Betrieben das Vertretungsrecht der Gewerkschaft zu erringen. Heute arbeitet er in Deutschland bei OrKa (Organisierung und Kampagnen), einem Netzwerk von Kampagnenplanern, um für deutsche und amerikanische Gewerkschaften Aktionen im internationalen Rahmen zu organisieren. Wir befragten ihn zur erfolgreichen Kampagne der US-Textilarbeitergewerkschaft UNITE beim Versandunternehmen Brylane im US-Bundesstaat Indiana.

Jeffrey, worum ging es bei der Kampagne bei Brylane?

Die Beschäftigten in Logistikzentren des Versandunternehmens Brylane hatten versucht, gemeinsam mit UNITE ihr Recht auf gewerkschaftliche Vertretung durchzusetzen. Mehr als die Hälfte der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Brylane gehören ethnischen Minderheiten an, viele sind neue Immigranten. Sie verdienten sehr wenig und waren fast nicht sozial abgesichert. Brylane reagierte mit einer aggressiven antigewerkschaftlichen Strategie. UNITE hat daraufhin in einer weltweiten Kampagne Druck auf Brylane ausgeübt.

Unter anderem wurden in vielen Ländern

Aktionen bei Verkaufsstellen von Gucci organisiert. Warum Gucci?

Weder Brylane noch sein französischer Mutterkonzern Pinault-Printemps-Redoute (PPR) sind in der Öffentlichkeit bekannte Unternehmen. Gucci, ein weiteres Tochterunternehmen von PPR, ist dagegen vielen ein Begriff, selbst wenn sie noch nie dort gekauft haben. Im Rahmen einer gewerkschaftlichen Kampagne ist es sinnvoll, sich auf den schwächsten oder angreifbarsten Teil des Unternehmensnetzwerks zu konzentrieren - und damit meine ich nicht nur das Unternehmen direkt, sondern auch seine vielfältigen Beziehungen zur gesellschaftlichen Umwelt. In diesem Fall waren wir der Meinung, dass Gucci ein geeignetes Ziel sei. Bei unseren Flugblattaktionen, z. B. in Berlin, Hamburg und Düsseldorf, waren selbst die Manager von Gucci überrascht, dass sie über den Mutterkonzern PPR etwas mit Brylane in den USA zu tun haben. Sie waren darüber nicht besonders erfreut.

Welche Rolle haben deutsche Gewerkschaften in der Kampagne gespielt?

In allen Ländern arbeitet UNITE, zum Teil über die Fachberufs- und Dienstleistungsinternationale UNI und den Internationalen Textilarbeiterbund, mit lokalen Gewerkschaften und NGOs zusammen. In Deutschland beteiligte sich vor allem ver.di an den

Aktionen. Wir haben zum Beispiel eine Pressekonferenz in der ver.di-Zentrale am Potsdamer Platz in Berlin durchgeführt. Dort berichtete eine ehemalige Vorarbeiterin von Brylane, dass sie von der antigewerkschaftlichen Unternehmensberatung Ice-Miller, die von Brylane engagiert worden war, zu Gesetzesverstößen aufgefordert wurde, um die gewerkschaftliche Organisation zu verhindern. Verdianerinnen und Verdianer waren auch an allen unseren Aktionen bei Gucci in Deutschland beteiligt.

Im Juli 2002 brachten UNITE und der US-Dachverband AFL-CIO eine OECD-Beschwerde gegen den Mutterkonzern PPR vor, wegen Arbeitsrechtsverletzungen und des Missbrauchs demokratischer Rechte in den Vereinigten Staa-

ten. Was sollte damit erreicht werden?

Die neuen OECD-Leitlinien für Multinationale Unternehmen sind von vielen als zahnlos kritisiert worden, weil sie nicht rechtsverbindlich sind. Wir wollten testen, ob sie dennoch helfen können, Beschäftigte zu unterstützen, denen das Recht auf gewerkschaftliche Organisation verweigert wird. Besonders erfreulich war, dass Gewerkschaften in Frankreich und in den Niederlanden wegen der Situation in den USA solidarisch ebenfalls Beschwerde gegen PPR eingelegt haben.

Aus: Thomas Greven/Christoph Scherrer, Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards. Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 116-117.

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Weiterführende Literatur

- Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, 7. Aufl., Münster 2007: Westfälisches Dampfboot
- Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2006: Westfälisches Dampfboot.
- Erna Appelt: Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Hamburg 2006: Argument.
- Attac – Wissenschaftlicher Beirat (Hg.): ABC der Globalisierung, Von „Altersicherung“ bis „Zivilgesellschaft“, Hamburg 2005: VSA
- Attac-Basistexte: Diverse Titel zu verschiedenen Themen der Globalisierungskritik seit 2002, Hamburg: VSA-Verlag
- Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen. Hamburg 2007: VSA-Verlag
- Christoph Butterwegge: Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. - 4., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2009: VS-Verlag
- Christiane Grefe, Matthias Greffrath, Harald Schumann: Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Berlin 2002: Rowohlt.
- Jörg Huffschild: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Erw. und aktual. Neuauflage, Hamburg 2002: VSA.
- Naomi Klein: No logo! München 2005: Goldmann.
- Jerry Mander, Edward Goldsmith: Schwarzbuch Globalisierung, München 2004: Goldmann 2004.
- Maria Mies: Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit, Hamburg 2001: Rotbuch.
- Oliver Nachtwei u.a. (Hg.): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker, Köln 2002: Kiepenheuer & Witsch.
- Beverly J. Silver: Forces of Labor, Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870, Berlin/Hamburg 2005: Assoziation A
- Joseph E. Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung. München 2003: Goldmann.
- George, Susan: WTO: Demokratie statt Drakula, Attac-Basistexte 1, Hamburg 2001: VSA
- Ver.di/WEED (Hg.): Grenzenlos Billig? Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel, Autorinnen: Sarah Bormann, Christina Deckwirth, Saskia Teepe. Berlin 2005.
- WEED (Hg.): Sie riefen Dienstleistungen und es kamen Migranten. Mode-4: Die Regelung der Arbeitsmigration im Rahmen des GATS, Autorin: Sarah Bormann, Bonn 2005: Weedtexte

Globalisierung

Bildungsmaterialien

Internet-Links und Downloadmöglichkeiten:

Attac-Deutschland

www.attac.de/themen/globalisierung/

Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung

www.weed-online.org

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – Bereich Wirtschaftspolitik

www.wipo.verdi.de

Informationsportal zur weltweiten Sozialforum-Bewegung

<http://weltsozialforum.org/>

Bundeskoordination Internationalismus

www.buko.info

Kritische Beiträge und Texte zum Thema neoliberale Politik

www.nachdenkseiten.de

Bericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft des Deutschen Bundestag

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/092/1409200.pdf>